



BUKO-Ratschlag

Israel, Palästina und die deutsche Linke

26. – 28.03.2004

Reader

Referenten:

Anat Frumkin, Hamburg
Tobias Kriener, Deutsch-Israelischen Arbeitskreis (DIAK)
Alexander Flores, Uni Bremen
Jörg Später, iz3w

Der BUKO-Ratschlag ist eine Veranstaltung der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) und findet einmal jährlich statt.

Kontakt zur BUKO:

BUKO-Geschäftsstelle

Nernstweg 30-32

22765 Hamburg

Tel.: 040 - 39 31 56

Fax: 040 - 28 05 51 22

E-Mail: info@buko.info, www.buko.info

READER ZUM BUKO-RATSCHLAG: ISRAEL, PALÄSTINA UND DIE DEUTSCHE LINKE

Textübersicht

▪ Perspektiven im Palästinakonflikt <i>Alexander Flores</i>	1
▪ Die andere Seite – Zum israelisch-palästinensischen Konflikt <i>Hartmut Regitz (AKTION 3. WELT Saar)</i>	6
▪ Früchte des Wahns <i>Matthias Küntzel</i>	8
▪ Warum wir mit Israel solidarisch sind – und mit welchen Zweifeln <i>Zentralamerika-Komitee (ZAK)</i>	11
▪ An den Grenzen der Gewalt <i>Jörn Böhme</i>	13
▪ Solidarität: Mit wem? – Rückkehr: Wohin? <i>Hanno Loewy</i>	17
▪ »Kein Frieden um Israel« <i>Jörg Später</i>	21
▪ Die „Genfer Vereinbarung“ <i>Jörn Böhme</i>	28
▪ Araber, Antisemitismus und Holocaust Zur Rezeption der Shoah in der arabischen Welt (Teil 1) <i>Omar Kamil</i>	38
▪ Araber, Antisemitismus und Holocaust Zur Rezeption der Shoah in der arabischen Welt (Teil 2) <i>Omar Kamil</i>	42
▪ Schuld und Erinnerung – Die Shoah, der Nahostkonflikt und die Linke. <i>Klaus Holz, Elfriede Müller und Enzo Traverso</i>	46
▪ Projektion und Wahn – Das Dossier »Schuld und Erinnerung« demonstriert die Unmöglichkeit, binären Denkmustern zu entkommen. <i>Udo Wolter</i>	52
▪ Aufruf von 55 palästinensischen Intellektuellen gegen die Selbstmordattentate.....	55
▪ ISRAEL und PALÄSTINA – Zeichen paradoxer Hoffnung <i>medico international</i>	56
▪ Israel – Palästina 2002: Das Ende der Zukunft? <i>Infos zur Ausstellung</i>	57

Perspektiven im Palästina-Konflikt

Alexander Flores

Ich möchte hier einige prinzipielle Überlegungen zu den Perspektiven des Palästina-Konflikts vorstellen. Dabei gehe ich von der gegenwärtigen Situation aus, sage dann etwas zum Charakter und zur Substanz des Konflikts sowie zu den Veränderungen, die diese im Verlauf der Entwicklung durchgemacht haben, dann gehe ich auf die Hauptprobleme des heutigen Stadiums ein und komme schließlich zu den Desideraten der Konfliktregelung aus palästinensischer Sicht, zu den Erwartungen und den Perspektiven. Den Begriff "Friedensperspektiven" vermeide ich dabei bewusst - die Rede vom Frieden ist in unserem Zusammenhang allzu oft strapaziert worden. Vielleicht täte ihm eine Karenzzeit gut und man sollte besser von Konfliktregelung sprechen.

Wir sehen schon seit längerer Zeit, ganz dramatisch aber in den letzten Monaten, dass der sog. Oslo-Prozeß, d.h. der Versuch, den Konflikt aufgrund einer ganz bestimmten Formel einer Regelung näherzubringen, nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt hat. So, wie der Oslo-Prozeß gelaufen ist, hat er das Verhältnis der Konfliktpartner nicht verbessert; die al-Aqsa-Intifada, ihre harte Unterdrückung und die terroristischen Anschläge der letzten Zeit zeigen eher eine dramatische Verschlechterung des Verhältnisses. Um das zu verstehen, müssen wir nach einem Blick auf die Substanz und die Entwicklung des Konflikts den Oslo-Prozeß selber etwas genauer unter die Lupe nehmen.

Substanz und Entwicklung des Palästina-Konflikts

Es wird oft angenommen, der Palästina-Konflikt sei ein Nullsummenspiel, ein Kampf auf Leben und Tod zwischen zwei nationalen Gruppen - zionistische Juden und palästinensische Araber - um dasselbe begrenzte Territorium, nämlich Palästina in den Grenzen des Mandats. Diese Annahme ist in mancher Hinsicht richtig. Sie wird aber irreführend, wenn man nicht die Dynamik des Konflikts in all ihrer Tragweite in die Betrachtung einbezieht. Diese Dynamik ist die einer enormen Verschiebung in der Bevölkerungszusammensetzung und in der jeweiligen Kontrolle der Konfliktparteien über das Land. In den ersten Stadien dieser Entwicklung war die Auseinandersetzung tatsächlich existentiell; beide Parteien wollten die Oberhand gewinnen, und Gegenstand des Kampfs war das ganze Mandatspalästina. In den letzten Jahrzehnten änderte sich das - Gegenstand des Kampfs sind jetzt in jeder praktischen Hinsicht nur noch die 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiete, Westbank einschließlich Jerusalem und Gazastreifen. Das Staatsgebiet Israels ist im wesentlichen nicht mehr umstritten - was auch immer gelegentlich in dieser Hinsicht behauptet wird. Und das eröffnet auch die Möglichkeit eines territorial angelegten Kompromisses zwischen beiden Völkern über die Zukunft des Landes, konkret gesprochen, seiner Teilung.

Um einmal einige Stadien der Entwicklung zu nennen:

1. Im Anfang rannten die Zionisten gegen die überwältigende demographische Überlegenheit der Palästinenser an. Sie taten das vor 1918 unter ungünstigen, danach unter für sie günstigen politischen Bedingungen, nämlich im Bündnis mit der britischen Mandatsmacht, die ihnen massive Einwanderung und Landerwerb sowie den Aufbau eines Protostaats ermöglichte. Das führte dann 1948 zu dem gewaltigen Umschwung in der Bevölkerungszusammensetzung und der Kontrolle über das Land: Gründung des Staats Israel auf 78 Prozent von Mandatspalästina einerseits, Nakba oder palästinensische Katastrophe, Flucht, Vertreibung und Depossedierung von 750.000 Palästinensern und Verhinderung palästinensischer Staatlichkeit auf der anderen Seite.
2. Im nächsten Stadium dann rannten die Palästinenser gegen die israelische Dominanz über das Land an; zunächst aus der äußerst schwachen Position ihrer Zerstreuung, dann mit dem Aufbau einer neuen, unabhängigen palästinensischen Widerstandsbewegung, die unter den gegebenen Bedingungen dem Staat Israel jede Legitimation absprach, ihn zerstören und durch einen palästinensischen Nationalstaat ersetzen wollte, in dem allerdings Juden Existenzrecht haben sollten. Im Hinblick auf dieses Ziel blieben die Palästinenser allerdings ganz erfolglos.
3. Ganz im Gegenteil übernahm Israel dann in der Folge des Kriegs von 1967 die Kontrolle auch über die bis dahin arabisch verbliebenen Teile von Palästina, die Westbank und den Gazastreifen. Damit war es im Besitz von ganz Mandatspalästina, aber im Unterschied zu 1948 blieb die arabische Bevölkerung der neu eroberten Gebiete mehrheitlich im Land. Es trat also eine Überlappung ein: israelische Herrschaft, palästinensische Bevölkerung. Unmittelbar nach dem Krieg von 1967 wollte Israel offiziell die besetzten Gebiete als Faustpfand für eine Friedensregelung verstanden wissen, etwa nach dem Muster: Rückgabe der Gebiete gegen Anerkennung durch und Friedensverträge mit den Arabern. Das lehnten die arabischen Staaten zu dieser Zeit ab, besonders heftig aber die in der PLO vertretene palästinensische Bewegung. Die meisten arabischen Staaten änderten diese Position recht bald.
4. Die Palästinenser als Hauptgeschädigte der israelischen Staatsgründung taten sich mit einer Revision ihrer Position schwerer. Auch sie änderten ihre Haltung, aber in einem länger dauernden Prozeß. Ohne das den Palästinensern angetane Unrecht zu legitimieren, erkannten die Führer der PLO, daß sie mit dem von ihnen proklamierten bewaffneten Kampf gegen Israel wenig ausrichten konnten, und sie erkannten auch immer deutlicher die Dringlichkeit einer Regelung, welche die Palästinenser selbst vor noch größerem Schaden bewahren würde. In erster Linie wurde das an und in den 1967 besetzten Gebieten klar. Hier vollzogen sich Prozesse der Anbindung und jüdischen Besiedlung, die im Fall ihrer Fortsetzung den Palästinensern auch das letzte Stück normaler Existenz auf

ihrem eigenen Boden nehmen mußten. Um diese Prozesse zu beenden, mußte man mit Israel ins Geschäft kommen, und das hieß auch Israel anerkennen. Das hieß nicht unbedingt, das den Palästinensern angetane Unrecht zu legitimieren, wohl aber, seine Rückgängigmachung von der Tagesordnung zu streichen. Das war schwer und erforderte Zeit, um so mehr, als Israel seinerseits von der früher geäußerten Bereitschaft zu einem Deal abrückte, die ja den Rückzug aus allen 1967 besetzten Gebieten erfordert hätte, und sich überdies weigerte, mit der PLO als Vertretung der Palästinenser zu verhandeln.

5. Das Sicheinlassen der PLO auf eine Zwei-Staaten-Regelung wurde also von Israel nicht honoriert. Ob dieses seine anfänglich geäußerte Bereitschaft zum Rückzug nie ernst gemeint hatte oder die Lust dazu im Lauf der Zeit verlor, sei dahingestellt. Jedenfalls wurden in den besetzten Gebieten seit 1967 so viele Fakten der Anbindung an Israel geschaffen, daß ein Rückzug als immer schwieriger erschien. Das härteste Faktum waren und sind hier die jüdischen Siedlungen, nicht nur durch ihre massive Existenz, sondern auch durch die vorzügliche Vernetzung ihrer Lobby mit dem israelischen Establishment. Die Auseinandersetzung um die Zukunft der besetzten Gebiete spitzte sich enorm zu; ihre Bewohner machten in der Intifada, einer sehr massiven Protestbewegung, klar, dass sie nicht weiter unter Besatzung leben wollten. Die PLO stimmte beim 19. Palästinensischen Nationalkongress im November 1988 in Algier einem Friedensplan zu, der die Anerkennung Israels beinhaltete. In der Folge machte sie noch weitere Konzessionen und ließ sich auf einen Prozess ein, der nicht den israelischen Rückzug aus allen besetzten Gebieten garantierte, sondern nur einen Teilrückzug in Aussicht stellte. Auch Israel überwand schließlich seine Vorbehalte gegen die PLO und schloß mit ihr den Deal von Oslo. Es gab also seit September 1993 eine prinzipielle Einigung über eine friedliche Konfliktbeilegung.

Der Oslo-Prozeß

Vor der Einigung war die Kluft zwischen den Positionen der beiden Parteien enorm. Sie bestand in nicht weniger als der ganzen Breite der besetzten Gebiete: Die Palästinenser, und mit ihnen die anderen Araber und ein breiter internationaler Konsens, verlangten den israelischen Rückzug aus allen 1967 besetzten Gebieten; Israel war nicht bereit, sich aus irgendeinem nennenswerten Teil der Gebiete zurückzuziehen, schon gar nicht zugunsten palästinensischer Souveränität.

Diese Kluft sollte überbrückt werden, indem man die zwischen beiden Parteien strittigen Problemfelder einteilte in solche, die kurzfristig lösbar schienen, und solche, die das nicht taten. Die ersteren sollten in einer Interimsperiode angegangen werden, die Regelung der zweiten wurde aufgeschoben und den Verhandlungen über einen endgültigen Status vorbehalten. Die Interimsphase sollte fünf Jahre dauern.

Konkret sah die Interimslösung einen Rückzug der israelischen Armee aus einem zunächst kleinen Teil der besetzten Gebiete (Gazastreifen und das Gebiet um Jericho) und einen phasenweisen weiteren Rückzug möglichst aus allen dicht bevölkerten Gegenden vor. Eine zunächst zwischen beiden Seiten vereinbarte, dann von der palästinensischen Bevölkerung der besetzten Gebiete einschließlich Ostjerusalems gewählte Behörde (der palästinensische Rat) sollte schrittweise die zivilen Kompetenzbereiche und die unmittelbare Sicherheitsverantwortung in den betreffenden Gebieten übernehmen.

Die Verantwortung für Außenbeziehungen, äußere Sicherheit, Sicherheit und öffentliche Ordnung in den jüdischen Siedlungen und für Israelis behielt sich Israel hier und in allen Folgevereinbarungen ausdrücklich selbst vor. Die Komplexe Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen, Sicherheitsarrangements, Grenzen, Außenbeziehungen "und andere Fragen von gemeinsamem Interesse" wurden den Verhandlungen über den endgültigen Status vorbehalten.

Es handelte sich bei dieser Vereinbarung um einen Deal, bei dem jede der beiden Seiten etwas erhielt bzw. zu erhalten hoffte: Israel erhielt die Beseitigung des letzten Hindernisses für seine Akzeptierung in der Region: Die meisten arabischen Staaten, an einer Normalisierung des Verhältnisses interessiert, hatten dabei den Palästinensern als unmittelbar Betroffenen den Vortritt gelassen bzw. ein Vetorecht eingeräumt. Das war jetzt weg. Die Palästinenser erhielten die Anerkennung der PLO und den Verzicht Israels auf die direkte Kontrolle über einen Teil der besetzten Gebiete - mit der Aussicht auf weiteres.

Über diese unmittelbaren Vorteile hinaus wollten beide Seiten mit ihrem Sicheinlassen auf Oslo natürlich noch mehr erreichen. Die Palästinenser wollten Unabhängigkeit und einen eigenen Staat in allen oder fast allen 1967 besetzten Gebieten; Israel glaubte wohl, die palästinensischen Bedürfnisse befriedigen zu können, ohne die letzte Kontrolle über die Gebiete und ohne die meisten Siedlungen preisgeben zu müssen.

Die Hoffnungen, die viele Beteiligte und Beobachter an die Vereinbarungen von Oslo knüpften, beruhten auf der Erwartung, dass mit der Umsetzung der Interimslösung, begleitet von "vertrauensbildenden Maßnahmen", das Klima derart verbessert würde, dass man auch die schwierigeren Probleme erfolgreich würde angehen können. Bekanntlich ist es ganz anders gekommen. Es gab enorme Verzögerungen bei der Umsetzung der Interimsmaßnahmen, vor allem bei dem phasenweisen Rückzug der Armee, was - vom israelischen Standpunkt aus folgerichtig - mit deren Aufgabe des Schutzes der jüdischen Siedlungen begründet wurde. Das weist auf eins der wichtigsten Probleme des Oslo-Prozesses: das unverminderte Fortbestehen der jüdischen Siedlungen. Seit 1993 wurde nicht die kleinste noch so exponiert gelegene Siedlung aufgegeben. Es ist allerdings richtig, dass in den Vereinbarungen keine Verpflichtung dazu enthalten ist - was wieder auf den problematischen Charakter der Vereinbarungen hindeutet. Die Umgruppierungen der Armee, die ja in den Vereinbarungen vorgesehen sind, fanden nur in bescheidenem Rahmen statt. Anstelle der von

den Palästinensern erhofften - und in den Vereinbarungen vorgesehenen! - Kontrolle über den weitaus größten Teil der besetzten Gebiete findet sich die palästinensische Behörde heute in voller Kontrolle über 18% und mit Israel geteilter Kontrolle über weitere 24% des Territoriums.

Weitere Probleme ergaben sich durch die weitgehende Abriegelung der Gebiete von Israel - für Palästinenser wohlge-merkt; für die Siedler bleibt die Grüne Linie durchlässig -, weitere Einschränkungen der Bewegungsfreiheit auch zwischen palästinensischen Regionen, durch den massiven Bau von Umgehungsstraßen für die Siedler und den Ausbau bestehender Siedlungen, darunter sehr symbolträchtiger wie Har Homa, das die letzte noch bestehende Lücke im Ring jüdischer Vorortsiedlungen um Ostjerusalem schließt. Alles das ist sehr schmerzhaft für die Palästinenser und lässt ihnen den Oslo-Prozeß in bedenklichem Licht erscheinen. Und auch im alltäglichen, routinemäßigen Verhalten Israels gegenüber den Palästinensern hat sich gegenüber dem verächtlich-schikanösen Muster aus der Zeit vor Oslo allzu wenig verändert. Die unmittelbaren gewaltsamen Konfrontationen wurden zunächst reduziert, weil sich die Armee aus den größeren Städten zurückzog. Wo sie aber weiterhin stattfanden, war der alte allzu rasche Schusswaffengebrauch, war dieselbe oppressiv-verächtliche Behandlung der Bevölkerung festzustellen. Weiterhin waren die israelisch-palästinensischen Nahtstellen von Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet.

Die hier angeführten Umstände weisen auf Kontinuitäten im israelischen Verhalten und auf Versäumnisse auf der israelischen Seite als hauptverantwortlich für das Scheitern des Oslo-Prozesses - jedenfalls gemessen an seinen ursprünglichen Ansprüchen. Auch auf der palästinensischen Seite gab und gibt es Haltungen und Verhaltensweisen, die den Konflikt verschärfen - am spektakulärsten die Selbstmordattentate in Israel und der Beifall, den sie von manchmal bedeutenden Teilen der Bevölkerung erhalten. Die Parameter der Auseinandersetzung, die Verhältnisse in den besetzten Gebieten sind aber unter den gegebenen Umständen so weitgehend von Israel bestimmt, dass man seine Verhaltensweisen als hauptverantwortlich für die unerfreuliche Entwicklung festmachen kann.

Wie ist nun das genannte israelische Verhalten zu erklären? Offenbar dadurch, dass so nachhaltige Verhaltensänderungen, wie sie für einen Erfolg des Oslo-Prozesses erforderlich waren, nur unter Zwang erfolgen, und dass dieser Zwang für Israel nicht bestand. Vor wie nach den Vereinbarungen von Oslo vollzieht sich die Entwicklung unter den Bedingungen eines krassen Kräfteungleichgewichts der Konflikt- bzw. Verhandlungspartner. Die benachbarten arabischen Staaten und mehr noch die Palästinenser sind Israel auf wichtigen Gebieten: Wirtschaftskraft, technologische Entwicklung, militärische Schlagkraft usw., hoffnungslos unterlegen. Hinzu kommt, dass Israel über die fast uneingeschränkte finanzielle, politische und militärische Unterstützung des Westens unter Führung der USA verfügt, und zwar auch dann, wenn im einzelnen Meinungsunterschiede bestehen. So konnte sich Israel seine auch nach der offiziellen Auffassung der US-Regierung völkerrechtswidrige Besatzungspolitik leisten, ohne unter allzu großen Druck zu geraten. Das schließt natürlich Druck nicht völlig aus - die israelischen Wahlen von 1992 beispielsweise sind aufgrund solchen Drucks zugunsten der Arbeitspartei ausgefallen, und das hat dann die Einigung von Oslo ermöglicht oder zumindest erleichtert. Und weiter kommt hinzu, dass sich Israel den schleppenden Fortgang des Friedensprozesses leisten konnte, weil seine Bevölkerung unter dem Status quo nicht übermäßig litt, während bei den Palästinensern Bevölkerung wie Führung viel dringender darauf angewiesen sind, die Früchte des Friedens ernten zu können. All das machte sich bei den Verhandlungen und der Umsetzung der Vereinbarungen bemerkbar.

Wir stellen also fest, dass der Oslo-Prozeß große Probleme für die Palästinenser mit sich brachte. Dennoch stimmten sie ihm über weite Strecken mehrheitlich zu. Sie hofften wohl, dass die Verhandlungen über den endgültigen Status für diesen bessere Bedingungen vorsehen würden.

Camp David

Lange Zeit gab es bei den Verhandlungen über den endgültigen Status wenig Bewegung. Sie wurden mit Verspätung aufgenommen, für längere Zeiträume suspendiert und ernsthaft erst von der im Mai 1999 gewählten Regierung Barak betrieben. Auch jetzt litten sie aber noch darunter, dass diese Regierung nicht bereit war, auch nur ihre Verpflichtungen aus dem Interimsabkommen zu erfüllen. Sie schlug vielmehr vor, direkt zu dem auszuhandelnden endgültigen Status überzugehen. Das weckte das Misstrauen der Palästinenser.

Bei den Verhandlungen zur Regelung des endgültigen Status im Juli 2000 in Camp David, auf die die israelische Regierung gedrängt hatte und der die palästinensische Führung nur aufgrund enormen amerikanischen Drucks zugestimmt hatte, wurden drei Fragenkomplexe behandelt: die Regelung der territorialen Fragen zwischen den beiden Seiten (einschließlich der jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten), die Frage von Jerusalem und die der Flüchtlinge. Davon ist sicher die territoriale Frage die substantiell wichtigste - wie groß, wie zusammenhängend und wie frei von jüdischen Siedlungen ein zukünftiger palästinensischer Staat ist, das spielt praktisch für die betroffenen Palästinenser die größte Rolle. Aber auch bei den beiden anderen Fragen - die praktisch bei einigem gutem Willen durchaus lösbar sind - kommen sehr empfindliche Punkte ins Spiel. An der Jerusalemfrage kann man den nationalen Konflikt zwischen den beiden Seiten gleichsam religiös aufladen, und die Flüchtlingsfrage berührt das große palästinensische Trauma der Nakba, der Katastrophe von 1948. In den kriegesischen Auseinandersetzungen von 1947/48 flohen bzw. wurden vertrieben ungefähr 750.000 Palästinenser, 400 ihrer Dörfer wurden entvölkert und zerstört, der größte Teil ihrer städtischen Immobilien und ihres Agrarlandes von Israel übernommen - das alles mit sehr unfeinen Methoden, unter Einsatz physischer Gewalt einschließlich regelrechter Massaker und ohne Rückkehrmöglichkeit für eine nennenswerte Zahl von Flüchtlingen oder Vertriebenen. Das war ein Unrecht historischen Ausmaßes, dessen Folgen abzumildern Israel sich immer geweigert hat - von der Übernahme der Verantwortung für es ganz zu schweigen.

In Jerusalem befinden sich wichtige Heiligtümer der beiden Seiten (Klagemauer und Tempelberg) in unmittelbarer Nachbarschaft, was die religiöse Aufladung und Überhöhung des schon sehr scharfen nationalen Konflikts erlaubt. Überdies haben beide Seiten Jerusalem traditionell hoch auf ihre jeweilige nationale Tagesordnung gesetzt. Israel hat seit der Eroberung Ostjerusalems stets von Jerusalem als unteilbarer und ewiger Hauptstadt Israels gesprochen, und die Palästinenser haben ihren Unwillen erklärt, auf das arabische Ostjerusalem und insbesondere auf die Heiligen Stätten des Tempelbergs (Felsendom und Aqsa-Moschee) zu verzichten. In der Verschränkung von nationalen und religiösen Aspekten bildet also Jerusalem ein Abbild und einen Brennpunkt des größeren israelisch-palästinensischen Konflikts.

In Camp David wurden nun alle drei Fragen gleichzeitig angesprochen, aber auf eine Weise, welche die palästinensische Delegation unvorbereitet traf. Hier sollte man vielleicht etwas zu Rolle und Charakter der palästinensischen Behörde sagen. Sie wird ja, seit es sie gibt, also seit 1994, von der PLO gestellt, die lange Zeit der Erzfeind Israels war, seit der Einigung von Oslo aber mit diesem ein wie immer auch prekäres Bündnis eingegangen ist. Damit spielte sie eine Doppelrolle: gegenüber Israel der Sicherheitspartner, ja vielleicht sogar ein Sicherheitsorgan mit sehr weitgehenden Konzessionen an Israel für die Dauer der Interimsphase; gegenüber der eigenen Bevölkerung in der Rolle der Garantin eines letztendlich zu errichtenden eigenen Staats, mit der dementsprechenden militanten Rhetorik. Hier bestand eine große Kluft, die nur überbrückt werden konnte, indem man als Endstatus etwas in Aussicht stellte, dem man in der Interimsphase sehr zögerlich oder gar nicht näher kam. Für die Dauer der Interimsphase bis zu den Verhandlungen von Camp David konnte die palästinensische Führung sich mit Hilfe der internationalen Hilfszahlungen und mit Hilfe von Arafats Talent zum politischen Überleben durchwursteln. In dem Augenblick, in dem der Endstatus ernsthaft auf den Tisch kam, musste auch die Stunde der Wahrheit für diese Taktik kommen. Hier mussten sie nun "liefern", d.h. eine für die Palästinenser akzeptable Regelung erreichen, oder mit einer schweren Erschütterung der eigenen Position rechnen. Es zeigte sich, dass die palästinensische Führung auf diese Herausforderung schlecht vorbereitet war. Nun wurde sie allerdings auch von Israel und den USA ziemlich plötzlich und barsch in eine schwierige Entscheidungssituation gebracht.

Der israelische Ministerpräsident Barak wollte in Camp David gleichsam den gordischen Knoten durchhauen und aus dem Stand zu einer Regelung des endgültigen Status kommen. Dazu hatte er ein Paket geschnürt, das er den Palästinensern ultimativ präsentierte: - Im Hinblick auf die territoriale Frage zeigte er sich bereit, den Palästinensern den größten Teil der besetzten Gebiete für ihren Staat zuzugestehen. Der genaue Umfang der davon betroffenen Gebiete wurde in Camp David nicht schriftlich fixiert; man sprach von etwa 90% der Westbank, manchmal sogar noch von deutlich mehr. Die dicht jüdisch besiedelten Gebiete sollten von Israel annektiert werden. Außerdem wollte Israel im Jordangraben militärisch präsent bleiben und zu diesem Zweck weiteres Gebiet dort von den Palästinensern langfristig pachten.

- Jerusalem sollte in seinen von Arabern bewohnten Teilen palästinensisch verwaltet werden, allerdings unter Beibehaltung letztendlicher israelischer Souveränität. Auch der Tempelberg sollte palästinensisch verwaltet werden, jedenfalls auf der Oberfläche - der Untergrund sollte israelisch bleiben.
- Im Hinblick auf die Flüchtlinge lehnte Barak es ab, irgendwelche Flüchtlinge aus dem Jahr 1948 in den Staat Israel zurückkehren zu lassen - außer in einer sehr begrenzten Zahl von Fällen von Familienzusammenführung. Die übrigen Flüchtlinge sollten entweder mit internationaler Hilfe dort integriert werden, wo sie jetzt sind, oder in den zu gründenden palästinensischen Staat "zurückkehren".

Jeder dieser Punkte war schon einzeln von den Palästinensern schwer zu akzeptieren: Territorial würde die Annexion des dicht jüdisch besiedelten Landes tiefe Keile in die Westbank treiben, sie auf der Höhe von Jerusalem fast ganz entzweischneiden und sie überdies von Ostjerusalem geographisch weitgehend isolieren. Die Vorenthaltung der Souveränität über den Tempelberg war wegen der islamischen Weihe dieses Areals und seines auch nationalistisch begründeten symbolischen Status für die Palästinenser, aber auch für viele andere Araber und Muslime schwer zu schlucken. Und im Hinblick auf die praktische Regelung der Flüchtlingsfrage sind palästinensische Konzessionen durchaus denkbar und auch öfter angedeutet worden, aber die völlige Weigerung Israels, für das Problem Verantwortung zu übernehmen, war ein Affront. Das größte Problem war aber, daß das alles als unaufschnürbares Problem formuliert wurde, das Arafat annehmen sollte und mit dessen Annahme auch die formelle Erklärung der Beendigung des gesamten Konflikts verbunden sein sollte.

Arafat hatte angesichts der Tatsache, dass es sich in Camp David um Endstatusverhandlungen handelte und daß Barak so ultimativ auftrat, den Eindruck, dass er niemals bekommen würde, was er hier nicht erhielt, und lehnte vor diesem Hintergrund die Vorschläge Baraks ab. Damit war der Gipfel von Camp David gescheitert.

Ein Fehler von Arafat?

War Arafats Ablehnung des Angebots von Camp David ein Fehler? Nach dem Ausbruch der neuen Intifada Ende September 2000 verbreitete die israelische Führung eine Lesart der Ereignisse, die sowohl Arafats Ablehnung wie auch die angeblich von ihm losgetretene Intifada als Beleg für palästinensische Intransigenz sah. Danach habe Arafat sowohl mit seinem Nein in Camp David wie auch mit der Intifada - die also nach dieser Auffassung von ihm verursacht wurde - gezeigt, dass er ganz starr und zu keinem Kompromiss bereit war und nicht ein Jota von den offiziellen palästinensischen Positionen abweichen wollte oder konnte. Später wurde sogar zunehmend behauptet, er sei hinter diese Posi-

tion zurückgefallen und besinne sich auf das alte Programm der Infragestellung des Staats Israel sogar in seinen Grenzen vom 4. Juni 1967. Diese Behauptungen, soweit sie sich auf Camp David bezogen, wurden in der Folge weitgehend widerlegt; es wurde gezeigt, dass die israelische Führung durch die Art ihres Angebots, durch ihr Vorgehen in Camp David, vor allem aber durch die Substanz ihrer bisherigen Politik gegenüber den Palästinensern weitgehend für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich war. Ehud Barak, der bis dahin nicht nur die Politik der Stärkung der Siedler und ihrer Position auf Kosten der Palästinenser unvermindert fortgeführt, sondern sie in mancher Hinsicht sogar noch intensiviert hatte, erschien wenig glaubwürdig, wenn er nun die Räumung von mehr als 90% der Westbank anbot.

Im Licht seiner bisherigen Praxis in den besetzten Gebieten kann man also Israel ohne weiteres als Hauptverantwortlichen für das Scheitern der Verhandlungen von Camp David bezeichnen. Aber wenn man einmal die "große Situation" einschließlich der israelischen Überlegenheit und der wenig konzilianteren israelischen Politik als gegeben ansieht, wie man es realistisch wohl muss, bleibt doch auch für die Palästinenser die Frage nach dem Ausweg aus der Situation. Und da genügt es nicht, wenn die palästinensische Führung die Vorschläge der anderen Seite einfach ablehnt, so unzureichend sie auch sind. Vielmehr sollte sie selbst eine Strategie für Verhandlungen entwickeln bzw. in der Lage sein, die eigenen Zielvorstellungen, die ja ganz legitim und keineswegs unbescheiden sind, in Verhandlungen zur Geltung zu bringen. An den israelischen Behauptungen ist ja so viel richtig, dass noch keine israelische Regierung bereit gewesen war, den Palästinensern so viel zu konzedieren bzw. mit ihnen über so vieles ernsthaft zu verhandeln wie Barak in Camp David. Hier hätte eine verantwortliche Führung - bei Ablehnung der barsch an sie gestellten Forderungen - klar machen können, dass sie bereit war, über die inhaltlichen Positionen weiter zu verhandeln, wie es ja dann später auch geschah. Es scheint allerdings, dass Arafat auf die in Camp David aufgebrachten Fragen über die rein territoriale hinaus kaum vorbereitet war.

Die Al-Aqsa-Intifada

Wie ist nun die Ende September 2000 ausgebrochene neue Intifada, die wegen ihres Anlasses, aber auch wegen der in ihr zutage tretenden religiösen Aspekte, Al-Aqsa-Intifada genannt wurde, zu bewerten? Stimmt es, daß sie nach dem Scheitern von Camp David durch Arafat losgetreten wurde, um auf diese Weise zur Erreichung der palästinensischen Ziele beizutragen oder gar Israel ganz in Frage zu stellen? Zunächst: Die israelische Politik tat so viel für ihren Ausbruch, dass es einer Ermunterung von anderer Seite wohl kaum bedurfte. Bereits im Frühjahr 2000 zeigten sich angesichts des in praktischen Fragen harten Kurses der Regierung Barak Frustration und Hoffnungslosigkeit der Palästinenser, die sich dann nach dem Scheitern von Camp David und einem provokativen Besuch Scharons auf dem Tempelberg am 28. September 2000 in der Intifada Bahn brachen. Besondere Ermunterung der palästinensischen Führung scheint es nicht gegeben zu haben - allerdings taten Arafat und seine bewaffneten Kräfte wohl auch wenig, die Intifada-Aktivisten zurückzuhalten. Angesichts der harten israelischen Unterdrückungsversuche, die mit immer neuen Opfern den Zorn anfachten, reichte das wohl, die Dinge am Laufen zu halten. Eine politische Führung oder auch nur Orientierung durch die palästinensische Führung gab es offenbar nicht, und die Beteiligung an der Intifada blieb auf viel geringere Teile der Bevölkerung beschränkt als im Fall der ersten Intifada. In den ersten Wochen handelte es sich um Angriffe weitgehend unbewaffneter Palästinenser mit Steinen und gelegentlich mit Molotowcocktails auf israelische Soldaten an kritischen Punkten, wo israelisches an palästinensisch kontrolliertes Territorium stieß. Erst nachdem ungefähr 400 Palästinenser der israelischen Unterdrückung zum Opfer gefallen waren, d.h. seit November 2000, setzten auch sie selbst Feuerwaffen in größerem Umfang ein. Im Lauf der Zeit kam es auch zu immer mehr Selbstmordattentaten, zunächst ausschließlich von Islamisten (Hamas und Dschihad).

Anfang 2001 kam es auf Clintons Initiative und Drängen noch einmal zu intensiven israelisch-palästinensischen Kontakten und Verhandlungen in Taba, die in der Sache erstaunlich große Annäherung brachten, aber angesichts der unmittelbar bevorstehenden israelischen Wahlen von Barak abgebrochen wurden. Mit dem Regierungsantritt Scharons scheint wieder vollkommene politische Ausweglosigkeit im Hinblick auf eine Regelung vorzuherrschen - bei gleichzeitiger Schaffung von Tatsachen "on the ground" im Sinne von Scharons Konzeption.

Perspektiven

Welche Perspektiven lassen sich nun aufmachen? Ich nenne noch einmal die wichtigsten Forderungen der Palästinenser: Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, Auflösung der meisten Siedlungen, Schaffung eines palästinensischen Staats, dessen Grenzen sich an der "Grünen Linie" orientieren sollen - mit der Möglichkeit von Grenzkorrekturen, die es gestatten, einen großen Teil der Siedler nach Israel "einzugemeinden", ohne dass sie darum umziehen müssten. Teilung der Souveränität über Jerusalem je nach der ethnischen Zugehörigkeit der Bewohner, palästinensische Souveränität über die Altstadt ausschließlich des jüdischen Viertels und der Klagemauer. In der Flüchtlingsfrage die israelische Bereitschaft, Verantwortung für die Entstehung und die Lösung des Flüchtlingsproblems zu übernehmen, und die palästinensische Bereitschaft, über die physische Rückführung der Flüchtlinge nach Israel mit sich reden zu lassen.

Diese Forderungen erscheinen nicht unvernünftig oder unbillig, aber es ist kurz- oder mittelfristig keine israelische Regierung in Sicht, der man ihre Erfüllung zutraut, und auch die palästinensische Führung scheint im Hinblick auf ihre Realisierung nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben zu sein. Besonders rosige Perspektiven sind das nicht, aber etwas anderes kann ich ehrlicherweise nicht sagen.

Die andere Seite – Zum israelisch-palästinensischen Konflikt

Hartmut Regitz

Flugblatt der AKTION 3. WELT Saar zu Israel/Palästina anlässlich des Europ. Sozialforums in Paris

Kaum ein Thema ist unter Globalisierungskritikern so umstritten wie der Nahost-Konflikt. Sowohl in Porto Alegre 2003 als auch auf dem ESF 2002 in Firenze dominierte dabei die "Solidarität mit dem palästinensischen Volk" und die Verurteilung Israels. Doch ist das so einfach?

1. Geschichte: Durch Islam und Christentum unterdrückt

Das kleine Volk der Juden ist in seiner 5000jährigen Geschichte schon oft von Vernichtung bedroht gewesen, durch Ägypten, Babylon, die griechisch-römischen Herrscher. Nach der Eroberung Palästinas durch Muslime errichteten sie den "Felsendom" – an der Stelle des zerstörten Tempels, von dem nur noch die "Klagemauer" stehen blieb. Jerusalem war nun Pilgerstätte der drei monotheistischen Weltreligionen, von denen zwei einen missionarischen Anspruch vertreten: das Christentum und der Islam.

Obwohl beide sich auf die Religion Abrahams beziehen, bekämpften sie sich unversöhnlich. Um 1100 n. Chr. massakrierten die Kreuzritter viele jüdische und islamische Bewohner. Als die Ritter nach 2 Jahrhunderten vertrieben waren, zerstörten die türkischen Mamelucken alle Städte entlang der Küste und nutzten das Land als Weide. Palästina verfiel, die Zahl der Juden und Christen schrumpfte. Ab 1516 gehörte Palästina zum Osmanischen Reich. Jüdische Gemeinden gab es noch in Zefat, Hebron und Jerusalem.

In den islamischen Ländern galten Christen und Juden als "Dhimmi" (Geschützte), die zwar als Anhänger der Bibel durch einen Schutzvertrag (Dhimma) vor dem Jihad bewahrt wurden – als Gegenleistung aber mussten sie Muslimen den Vortritt lassen, durften sie vor Gericht nicht gegen einen Muslim aussagen, durften sie keine Gebetsstätten errichten, mussten sie leise beten, durften sie keine muslimische Frau heiraten usw. Wurde diese Unterordnung durch Einzelne aufgekündigt, so konnte ein Beamter die gesamte Gemeinde verfolgen lassen.

Der christliche Judenhasse speist sich aus der Meinung, die Juden hätten Jesus getötet. Er führte dazu, Juden als Sündenböcke für Krankheiten, Pest und Wirtschaftskrisen zu verfolgen, sie aus vielen Berufen auszuschließen. Meist mussten sie in Ghettos leben. Verfolgt durch "Reconquista" (1492) und ungezählte Pogrome mussten sie immer wieder flüchten. Nach der Französischen Revolution wurden in Europa Nationalstaaten gegründet, die sich über eine gemeinsame "Kultur" oder über eine gemeinsame ethnische Herkunft definierten. Theoretisch waren jüdische Bürger nun gleichberechtigt, praktisch aber weiter ausgeschlossen. So wuchs als Reaktion auf den europäischen Nationalismus nach den Pogromen 1882 in Russland und der Dreyfuss-Affäre in Frankreich der Zionismus als Befreiungsbewegung: die Suche nach einer sicheren Heimat.

2. Fragen zu einem tragischen Konflikt

a) Wem gehört Palästina?

Bis Anfang des 20. Jahrhunderts existierte unter den Fellachen kein nationaler Zusammenhalt. Der Boden gehörte meist einer christlichen Oberschicht, die in den Städten lebte, oder islamischen Feudalclans. Erst durch das brutale Vorgehen der türkischen Besatzung im 1. Weltkrieg gewann der arabische Nationalismus an Popularität. Er erreichte vom britischen Hochkommissar in Ägypten die Zusicherung für ein "grobarabisches Reich". Fast gleichzeitig sicherte der britische Außenminister Balfour ein jüdisches "Nationalheim in Palästina" zu. Inzwischen hatten aus Europa emigrierte Sozialisten mit Hilfe des Barons Rothschild Land erworben. Durch mehrere Angriffe – 1920 und 1929 kamen dabei mehrere hundert Juden um – setzte die panarabische Bewegung schließlich bei den Briten eine Zuzugsbeschränkung gegenüber Juden durch. So war Millionen Juden der Fluchtweg versperrt, als der deutsche Rassenwahn in Europa zu wüten begann.

b) Warum wurden die Palästinenser vertrieben?

Juden waren in Nord-Afrika, im Mittleren und Nahen Osten über tausend Jahre lang Dhimmis gewesen – deshalb erschien der Zionismus vielen religiösen Arabern als Provokation. Als 1947 die UNO beschloss, dass auf dem Gebiet Palästinas sowohl ein israelischer als auch ein arabischer Staat gegründet werden solle, lehnte die Arabische Liga die Resolution 181 ab.

So verschärfte sich der Bürgerkrieg, und sofort nach der Staatsgründung am 14.5.1948 wurde Israel angegriffen durch eine Koalition aus Ägypten, Transjordanien, Syrien, Libanon und Irak. In dem einjährigen Krieg starben rund 6000 israelische Soldaten und flohen rund 700.000 Palästinenser. Auch jetzt wurde auf dem nicht zu Israel gehörenden palästinensischen Gebiet kein eigener Staat gegründet – wie von der UNO vorgesehen. Stattdessen wurden die Flüchtlinge von arabischen Staaten für ihre Zwecke instrumentalisiert. Bis heute haben sie dort keine Bürgerrechte, sind von vielen Berufen ausgeschlossen, sozial diskriminiert. Sie dienen als Kanonenfutter für die Regierenden.

c) Ist Arafat ein "gemäßiger Führer"?

Jassir Arafat al-Husseini bezeichnet sich als "Soldat" von Hadschi al-Husseini, des früheren Großmufti von Jerusalem. Dieser, ein glühender Antisemit, organisierte 1920 den blutigen Angriff gegen jüdische Zivilisten, und 1929 ein Massaker gegen die alte jüdische Gemeinde in Hebron, die nicht zionistisch gewesen war. Er führte mit von Hitler gelieferten Waffen den "Arabischen Aufruhr", wurde 1941 von Hitler in Berlin empfangen und warb dann 20.000 bosnisch-muslimische Freiwillige, die in Waffen-SS-Einheiten gegen Partisanen kämpften und Juden, Serben und Roma jagten. Nach al-Husseinis Tod 1974 behielten seine Verwandten entscheidenden Einfluss, auch Jassir Arafat. Dieser dominiert über die radikale Fatah die "gemäßigte" PLO und die Autonomie-Behörden mit ihren zehn Sicherheitsdiensten, die rund 100.000 Mann umfassen. Nachdem die PLO in Oslo offiziell das Existenzrecht Israels anerkannt hatte, gründete die Fatah die Al-Aqsa-Märtyrerbrigaden, die mit der Hamas, dem "heiligen Dihad" und der Hisbollah seit Beginn der 2. Intifada für den Mord an über 800 israelischen Zivilisten verantwortlich ist. Bis 1967 gehörten West-Bank und Gaza zu Jordanien und Ägypten. Warum hat die PLO nie von diesen Staaten gefordert, einen palästinensischen Staat zuzulassen? Weil sie - abhängig vom Geld aus Saudi-Arabien - in Wirklichkeit auch ein Instrument panarabischer Politik zur Zerstörung Israels ist. Deshalb wird bei jedem Waffenstillstand der Konflikt durch neue Anschläge verschärft.

d) Ist jede Kritik an der Sharon-Regierung antisemitisch?

In Israel gibt es Rassismus, religiösen Fanatismus und eine kapitalistische Wirtschaft. Wieso sollte Israel in dieser Beziehung anders sein als alle anderen Staaten? Wer illegal errichtete Siedlungen, den Verlauf des Sicherheitszauns oder die gezielte Tötung arabischer Terroristen (mit der Inkaufnahme ziviler Opfer) verurteilt, ist alleine deshalb noch kein Antisemit.

Es gibt jedoch unter "Anti-Imperialisten" eine Art von Kritik, die der von Antisemiten und Nazis, gewollt oder ungewollt, gute Berührungspunkte liefert für ihre Querfront-Strategie, mit der sie versuchen, globalisierungskritische Menschen für Bündnisse zu gewinnen. Ein beliebtes Spiel ist z.B., das israelische Vorgehen mit Vokabeln aus der Nazi-Zeit zu versehen: "Völkermord", "Nazi-Methoden", "Sharon = Hitler" Dies verharmlost zum einen die systematische Vernichtungspolitik der deutschen Nazis, die zusammen mit Japan die halbe Menschheit versklaven wollten. Zum andern übertreibt es maßlos die reale Situation in Israel, dessen Regierung zwar rechts, dessen Verfassung aber immer noch bürgerlich-demokratisch ist. Im Gegensatz zur Verfassung aller umliegenden Staaten. Wen interessiert, dass es in den arabischen Staaten weder Koalitionsfreiheit (unabhängige Gewerkschaften) noch freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit gibt? Dass Frauen völlig von den Männern abhängig sind? Dass Kriegsdienstverweigerung verboten ist, Schwule in den Knast kommen, die Parlamente nur Feigenblätter sind?

e) Apartheid? - Warum der Fokus auf Israel?

Durch die weltweite Apartheid sterben rund 30 Millionen Menschen/Jahr an Unterernährung, noch viel mehr an vermeidbaren Krankheiten und Umweltkatastrophen. Es wird geschätzt, dass an den Grenzen der Festung Europa in den letzten Jahren rund tausend Flüchtlinge ertrunken, erfroren oder erstickt sind. In der EU sind hunderttausende von Abschiebung bedroht. Patriarchale religiöse Fundamentalisten predigen die rechtliche Ohnmacht der Hälfte der Menschheit. Im Sudan, im Kongo und an ca. 30 andern Kriegsschauplätzen werden Millionen Zivilisten Opfer macht- und geldhungriger Eliten. Völkische, nationalistische und rassistische Ideologien blockieren die Köpfe von Milliarden Menschen und hindern sie an der Entwicklung einer selbstbestimmten Individualität. Warum also konzentrieren sich so viele Internationalisten auf die "Solidarität mit dem palästinensischen Volk" und die Brandmarkung Israels? Im Nahost-Konflikt ist heute Israel aus demographischen, wirtschaftlichen (kein Öl) und militärischen Gründen der schwächere Part - gegen Terrorismus hilft auch keine Atombombe. Jeder Aufruf gegen Israel nimmt deshalb einseitig Partei für arabische Diktatoren in den umliegenden Staaten und islamische Fundamentalisten. Eine Lösung des Nahost-Konflikts kann es nur geben, wenn die israelische Bevölkerung die soziale Lage der palästinensischen zur Kenntnis nimmt, und die arabische die Shoah als Hintergrund für die Existenz Israels. Wir in Europa sollten alle die auf beiden Seiten unterstützen, die das Verständnis für die jeweils andere Seite fördern.

Für die freie Entwicklung eines jeden als Bedingung für die freie Entwicklung aller!

Früchte des Wahns

Matthias Küntzel

MATTHIAS KÜNTZEL, 47, Politikwissenschaftler und Publizist, lebt in Hamburg. Sein Text ist die gekürzte Fassung seines Vortrags "Islamischer Antisemitismus", den er im Dezember 2003 auf der vom Bundesfamilienministerium und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland organisierten Konferenz "Ewiger Antisemitismus?" in Frankfurt am Main hielt.

aus: Taz-Magazin vom 21./22. Februar 2004

Die Israelfeindschaft der arabisch-islamischen Welt gilt vielen als triftig. Was aber hat der Judenhass wirklich mit der Politik Israels zu tun?

Menschen töten, nur weil sie Juden sind: Dies war das Ziel der islamistischen Anschläge in Mombasa, Casablanca und Istanbul. Menschen dämonisieren, nur weil sie Juden sind: Darauf zielte die Rede des scheidenden malaysischen Ministerpräsidenten Mahathir Mohamad, der im Oktober 2003 als erster Regierungschef seit 1945 den Antisemitismus vor den Teilnehmern einer Islam-Gipfelkonferenz propagierte und anschließend Standing Ovations erhielt.

Ausmaß und Wesen dieses Judenhasses werden in Deutschland kaum richtig erfasst. Während der Antisemitismus eines MdB Hohmann berechnete Empörung provoziert, wird derselbe Antisemitismus verharmlost oder ignoriert, wenn er sich islamisch artikuliert. Dann zeigen viele beschwichtigend auf Sharon: Hat nicht dessen Politik den islamischen Antisemitismus erst provoziert? Wird dieser Spuk nach Lösung des Nahostkonflikts nicht schnell wieder verschwunden sein?

Gewiss besteht zwischen der Entwicklung des Nahostkonflikts und der Mobilisierung von Antisemiten ein Zusammenhang. Dennoch ist die Separierung zwischen einem "wahnhaften" Antisemitismus bei Hohmann und einem "triftigen" Antisemitismus in der arabisch-islamischen Welt, da dieser sich immerhin auf reale Probleme bezieht, absurd. Erstens basieren islamischer und europäischer Antisemitismus gleichermaßen auf dem Phantasma der Weltverschwörung, das die Juden als Menschheitsfeinde dämonisiert. In beiden Fällen wird rassistisch argumentiert: Man dichtet "den Juden", um sie zu enthumanisieren, unveränderliche negative Eigenschaften an. Weltverschwörungstheorie und antijüdischer Rassismus haben mit dem traditionellen Judenbild im Islam nichts gemein. Es ist die Ideologie der Nazis, die hier lebendig wird: Wir blicken der Fratze der eigenen Geschichte ins Gesicht.

Zweitens beweisen die Erkenntnisse der Sozialwissenschaft, dass Antisemitismus mit jüdischem Verhalten nichts zu tun hat. Auch eine noch so kritikwürdige Politik der israelischen Regierung mag zwar den Zorn auf diese Regierung steigern, niemals aber verschafft sie der antisemitischen Gewissheit, Washington werde in Wirklichkeit von Jerusalem aus regiert, Plausibilität. Wer aber erst mal dieser dämonisierenden Wahnvorstellung anheim gefallen ist, wird sein antijüdisches Feindbild in allem, was eine israelische Regierung tut oder lässt, bestätigt finden.

Drittens ist auch historisch der arabisch-islamische Antisemitismus keine unmittelbare Folge des Nahostkonflikts. Schon 1894 - die zionistische Bewegung war zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht existent - erschien die erste arabische Übersetzung der antisemitischen Schrift "Der Talmud-Jude" von Eugen Dühring, die das Konzept einer "Bedrohung durch Juden" popularisierte und die als der Anfangspunkt des arabischen Antisemitismus gelten kann. 1920 folgte die erste arabische Übersetzung der "Protokolle der Weisen von Zion".

Als ein Jahr später, am 14. März 1921, der damalige britische Kolonialminister Winston Churchill Jerusalem besuchte, wurde er vom Palestinian Arab Congress mit einem antisemitischen Dokument konfrontiert, wie es der Nazi-Ideologe Alfred Rosenberg nicht besser hätte abfassen können: "Juden haben zu den aktivsten Befürwortern der Zerstörung in vielen Ländern gehört", betont jenes Memorandum der Palästinenser, welches dem konkreten Verhalten zionistischer Siedler keine Silbe widmet. "Es ist wohl bekannt, dass die Desintegration von Russland vollständig oder zu einem großen Teil von den Juden bewerkstelligt worden ist. In einem großen Maße sind sie auch für die Niederlage von Deutschland und Österreich verantwortlich zu machen. Der Jude ist ein Jude überall in der Welt. Er unterstützt Kriege, wann immer das Eigeninteresse es nahe legt, und benutzt so die Armeen der Nationen, die tun sollen, was ihm beliebt."

Im Geiste dieser rabiat antisemitischen Position wurden im Frühjahr 1920 und 1921 die alten jüdischen Viertel von Jerusalem und Jaffa unter Führung des späteren Mufti von Jerusalem, Amin al-Husseini, demoliert und 48 Juden getötet. 1929 fand ein weiteres Massaker in den jüdischen Vierteln von Hebron und Safed statt. Auch hier wurden nicht Zionisten, sondern unbewaffnete Angehörige des alten Jischuw attackiert und 133 von ihnen erschlagen. Der Mufti führte als Rechtfertigung die "Protokolle der Weisen von Zion" an. Antisemitische Manifeste und Pogrome waren also schon zwanzig Jahre vor der Gründung Israels Realität. Mehr noch: Dieser Judenhass hat den Nahostkonflikt bis heute geprägt.

Gewiss beschworen zionistische Einwanderung und jüdischer Landerwerb Konflikte aller Art herauf. Dennoch stieß der Antisemitismus des Mufti auch bei palästinensischen Muslimen auf Kritik. So nahm 1924 die einflussreiche Großfamilie der Naschaschibis die jüdische Religion gegen antisemitische Verleumdungen in Schutz. Zahlreiche Dorfscheichs

unterzeichneten Petitionen, in denen sie sich vom Mufti-Kurs distanzieren und die zionistische Einwanderung befürworteten.

Amin al-Husseini, der 1921 von den britischen Mandatsträgern in sein Mufti-Amt eingesetzt und über Jahrzehnte von London hofiert worden war, setzte sich jedoch durch. Von der Moschee aus erhob er den unerbittlichen Kampf gegen die Juden zur obersten Pflicht aller Gläubigen. Wer sich seinen antijüdischen Vorgaben nicht beugte, wurde in den Freitagsgebeten namentlich denunziert und bedroht. Als den Palästinensern 1937 erstmals ein eigener Staat neben einem jüdischen angeboten wurde, stimmten nicht nur die Zionisten, sondern die gemäßigten Palästinenser vom Clan der Naschaschibis zu. Dieser Staat scheiterte allein am Veto Amin al-Husseinis.

1947 wurde anlässlich des UN-Teilungsplans für Palästina die zweite große Chance einer Einigung vereitelt. Mit größter Vehemenz sorgte der Mufti im arabischen Lager für die Ablehnung des UN-Beschlusses, um den Krieg gegen den neu gegründeten jüdischen Staat vorzubereiten. Der skandalöse Umstand, dass der in Europa als Nazi-Kriegsverbrecher gesuchte al-Husseini erneut als Sprecher aller Palästinenser reüssieren konnte, erhielt so historisches Gewicht. Später engagierte sich der Exmufti als Pate und Finanzier der 1959 gegründeten Fatah und setzte 1968 Jassir Arafat inoffiziell als seinen Nachfolger ein. "Amin al-Husseini hatte den Eindruck, dass Arafat der richtige Führer für die palästinensische Nation war", berichtete später Muheidin al-Husseini, sein Schwiegersohn.

Auch wer der israelischen Politik Fehler und Menschenrechtsverletzungen ankreidet, kommt somit um die Erkenntnis nicht herum, dass die zionistische Bewegung und der Staat Israel von Anfang an einer Bewegung gegenüberstanden, die sich nicht von Rationalitätskalkülen, sondern von einer antisemitisch motivierten Vernichtungswut gegen Juden leiten ließ. Die Zuspitzung des Nahostkonflikts hat nicht den Antisemitismus bewirkt, sondern der Antisemitismus jene Zuspitzung. Wenn es aber nicht der Konflikt um den Besitz von Land gewesen ist, der den antisemitischen Funken in Palästina zum arabisch-islamischen Steppenbrand entfachte - was war es dann?

Stets setzten antisemitische Ideologen die Juden mit den bedrohlichen Aspekten der modernen kapitalistischen Welt in eins. Dafür bog man in Europa die Wirklichkeit zurecht. Nicht so in Palästina: Hier verkörperten die einwandernden Zionisten tatsächlich Kapitalismus und Modernität. Die progressiven russischen Juden, die nach dem Scheitern der Revolution von 1905 in das Land strömten, sahen sich mit vormodernen Zuständen konfrontiert: unmittelbare Herrschaft des Patriarchats und Unterjochung der muslimischen Frau, striktes Loyalitätsgebot gegenüber dem eigenen Familienclan, gnadenlose Herrschaft der Religion. Sie praktizierten demgegenüber einen anderen Lebensstil, gekennzeichnet durch Säkularität, individuelles Streben nach Glück, Meinungsfreiheit und Gleichstellung der Frau, und dachten gar nicht daran, den diskriminierenden Status anzuerkennen, den der traditionelle Islam für Christen und für Juden vorgesehen hat.

Dieser Impuls der Moderne stieß in der islamischen Welt nicht nur auf Ablehnung. "Die Zionisten sind für dieses Land [Palästina] notwendig", schrieb 1913 beispielsweise der Herausgeber der ägyptischen Zeitung al-Ahram. "Das Geld, das sie bringen werden, ihre Intelligenz und der Fleiß, der sie charakterisiert, werden ohne Zweifel dazu beitragen, das Land wieder zu beleben."

1924 trat in der Türkei das modernistische Leitbild Kemal Atatürks an die Stelle des Kalifats. In Palästina aber ließ der Mufti dieser Strömung im Islam keinen Raum. "Das Kino, das Theater und einige schamlose Zeitungen kommen wie Nattern in unsere Häuser und Höfe, wo sie die Moral töten und die Grundlagen der Gemeinschaft zerstören", rief er 1935 auf einer Konferenz islamischer Religionslehrer aus. "Die jüdischen Mädchen, die in kurzen Hosen herumlaufen, demoralisieren unsere Jugend durch ihre bloße Anwesenheit." Jerusalem war für den Mufti der Kristallisationskern der "Wiedergeburt des Islam" und Palästina das Zentrum, von dem aus der Widerstand gegen die Juden und die Moderne ihren Anfang nehmen sollte.

Es ist bemerkenswert, wie 1943 Giselher Wirsing, ein führender Nazi-Journalist und Bewunderer des Mufti, die Konfliktparteien beurteilte. "In Palästina", so Wirsing, "verkörpert sich kapitalistische Denk- und Lebensform (mit ihrer marxistischen Entsprechung) allein im Judentum." Eine vollständig andere Rolle spiele demgegenüber der Islam, "wo die Ideen des Westens die Substanz der überkommenen Lebensform noch nicht zu erschüttern vermochten. In Palästina ist durch die Tatsache, dass der Mufti gleichzeitig nationalarabischer Führer wurde, der Einbruch liberalistischer Ideen überhaupt kaum erfolgt." Den Naschaschibis wies Wirsing eine Mittlerfunktion zu: "Wie es scheint, wäre [für den Einbruch liberalistischer Ideen; Anmerkung M. K.] allenfalls die Familie der Naschaschibi geeigneter gewesen, weshalb sie auch von England besondere Förderung erfuhr."

Wirsing hatte Palästina im Auftrag der SS in den Jahren des "Arabischen Aufstands" (1936 bis 1939) zweimal bereist. Dieser "Aufstand" richtete sich seit 1937 hauptsächlich gegen die modernisierungsfreundliche Fraktion der Palästinenser und markierte für die Entwicklung Palästinas den Wendepunkt. Der Mufti erhielt von Nazi-Deutschland Rückendeckung und besiegte die reformwillige Fraktion. Gleichzeitig verwandelte er Teile Palästinas in islamistische Zonen, in denen die Rechtsprechung der Scharia galt. Diese Entwicklung kontaminierte fortan die gesamte arabische Welt. Grenzüberschreitend wurde der Hass auf Juden angestachelt, um die subversiven Elemente der Moderne, die der Zionismus in die Region brachte, zu bekämpfen und von den eigenen Gesellschaften fernzuhalten.

Dieser Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Antimoderne macht die Beliebtheit der "Protokolle der Weisen von Zion" in der arabischen Welt plausibel. Der Text ist als Hetzschrift gegen den Liberalismus konzipiert: Um den Kampf gegen individuelle Freiheiten voranzutreiben, werden diese als zentrales Werkzeug einer globalen jüdischen Konspiration denunziert. Was vor hundert Jahren von zaristischen Agenten verbreitet wurde, um den Zarismus zu

retten, wiederholen seit fünfzig Jahren die Nachfolger Ibn Sauds, um den arabischen Feudalismus oder, wie im Falle Ägyptens, den herrschenden Machtapparat zu retten.

Niemand darf der naiven Hoffnung Nahrung geben, dass es lediglich einiger politischer Konzessionen Israels bedürfe, um die neuen Judenhasser zu stoppen. Israel und der islamische Antisemitismus haben durchaus miteinander zu tun, jedoch ganz anders als kolportiert. Ebenso wie der Antisemitismus der Nazis ist auch der Antisemitismus der Islamisten das Schlüsselement einer regressiven Revolution. Der Nahostkonflikt ist für antisemitische Attacken in Paris oder Istanbul nicht Ursache, sondern Gelegenheit, das Feindbild Sharon für Islamisten nur Agitationsfläche und Verkleidung. Man muss diesen Deckmantel nur ein wenig anheben, schon lugen die "Protokolle der Weisen von Zion" darunter hervor, die die Charta der Hamas so stolz als ihren Leitfaden präsentiert. In Wirklichkeit geht es um die Abschaffung von Aufklärung, Vernunft und individueller Freiheit zugunsten einer repressiven Scharia-Diktatur.

Warum wir mit Israel solidarisch sind - und mit welchen Zweifeln

ZAK (Zentralamerika-Komitee) Tübingen (Juli 2002, überarbeitet Oktober 2003)

Wie solidarisch sein mit den Menschen in Israel, ohne denjenigen in die Hände zu spielen, die am liebsten alle PalästinenserInnen nach Jordanien verfrachten würden?

Wie solidarisch sein mit den PalästinenserInnen, ohne denjenigen in die Hände zu spielen, auf deren Landkarten - wie in großen Teilen der arabischen Welt - kein Staat Israel existiert?

Die Kriegstreiber auf beiden Seiten haben eine Situation geschaffen, die eine menschliche, friedliche Lösung kaum mehr denkbar erscheinen lässt.

Der folgende Text ist ein Versuch, auf unsicherem Gelände eine Position der Solidarität mit der israelischen Gesellschaft zu begründen. Wir sehen uns jenseits der polarisierten Lager der deutschen Linken: Einerseits die Antideutschen, die sich im antinationalen Eifer eine bedingungslose Unterstützung für die israelische Politik auf die Fahnen schreiben, andererseits diejenigen Teile der Palästina-Solidarität, die die Israelis ausschließlich als Kolonisatoren auf besetzten Land betrachten, das es wieder zu befreien gilt. Wir wollen mit all denjenigen ins Gespräch kommen, die merken, dass sie sich in dieser Debatte immer wieder in Widersprüchen verfangen, und mit denen, die aus Angst, etwas Falsches zu sagen, lieber den Mund halten.

Als im Wohlstand lebende BürgerInnen der Ersten Welt haben wir uns bisher schwer getan, öffentlich eine Kritik an der palästinensischen Nationalbewegung (und ihrer terroristischen Exzesse) zu formulieren, ohne uns dem Vorwurf auszusetzen, wir urteilten besserwisserisch vom sicheren Fernsehsessel aus über die Verzweiflung palästinensischer Jugendlicher. Doch unser Schweigen kann das Gefühl von JüdInnen in Deutschland und anderswo nur verstärken, allein gelassen zu sein.

Als Deutsche tun wir uns gleichzeitig schwer, eine Kritik an der aggressiv-expansiven israelischen Politik zu formulieren, ohne in den Verdacht zu geraten, uns nur von der Schuld unserer Eltern reinwaschen zu wollen, indem wir die Opfer und ihre Nachfahren als Täter entlarven. Wir müssen immer auch reflektieren, ob unsere Kritik den hiesigen - erschreckend zunehmenden - Antisemitismus bedient. Das bedeutet eine Pflicht zur (auch sprachlichen) Sorgfalt, damit wir nicht Beifall von der falschen Seite bekommen.

Wir waren und sind als Zentralamerikakomitee Teil einer internationalistischen Bewegung, die an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten solidarisch mit nationalen Befreiungsbewegungen war. Wir haben dabei immer wieder erfahren, dass sich diese Befreiungsbewegungen herrschaftsförmig deformierten, dass sie - einmal an die Macht gekommen - die staatliche Gewalt zur Absicherung der eigenen Herrschaft nutzten, dass dabei die Idee der nationalen Autonomie ihre emanzipatorische Kraft verlor und sich wandelte zu einer nationalen Verklärung von Klassenherrschaft, Rassismus und Sexismus. Aus diesen Erfahrungen haben wir ein kritisches Verhältnis zu jeder staatlichen Herrschaft und zu jeder nationalen Formierung entwickelt.

Trotzdem wissen wir um die Unterschiede zwischen Nationalismus „von unten“ und „von oben“. Oder zwischen dem republikanisch-aufgeklärten Nationalismus der französischen Revolution und dem völkisch-naturtümelnden der deutschen Romantik (vom Blut- und Boden-Wahn der Nazis ganz zu schweigen).

Wie kommen wir nun dazu, ausgerechnet die Existenz eines *ethnisch-religiös* definierten Staates zu verteidigen? Sind wir nicht zurecht skeptisch gegenüber Abstammungsmythen? Stecken nicht hinter historischen Ableitungen von Nationen immer ganz konkrete Interessen von einzelnen Gruppen?

Aus unserer Sicht erlangt die israelische Gesellschaft ihr bedingungsloses staatliches Existenzrecht nicht aus einem naturwüchsigen „Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes“, sondern aus der Tatsache einer jahrtausendlangen Verfolgung von Menschen jüdischen Glaubens an unzähligen Orten der Weltgeschichte - bis hin zur industriell organisierten Massenvernichtung durch die Deutschen. Israel würde es ohne den Holocaust nicht geben. Solidarität mit Israel bedeutet daher mehr als Mitgefühl mit den Opfern der Selbstmordattentäter. Sie bedeutet, für die Existenz des israelischen Staates einzustehen. Wenn überhaupt irgend ein bürgerlicher Staat ein Existenzrecht hat, dann dieser. Zur Sicherung der israelischen Gesellschaft bedurfte es zum damaligen und zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Weltgeschichte der staatlichen Form. Israel ist weiterhin umgeben von anderen Staaten, die (mit wenigen Ausnahmen) sein Existenzrecht bis heute nicht anerkennen. Israel würde nicht mehr existieren, hätte es auch nur einen Krieg verloren.

Erklärtes Staatsziel ist ein Territorium, auf dem JüdInnen in Sicherheit vor Antisemitismus leben können. Darin begründet sich auch die ethnisch-religiöse Grundlage des Staates, der darauf achtet, die „eigene“ Bevölkerungsmehrheit zu erhalten.

Gleichzeitig müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass dieser Staat - wie jeder Staat - repressiv ist und dies immer auch mit einer rassistischen Komponente. Schon die Gründung des Staates Israel führte zur Vertreibung von vielen PalästinenserInnen von ihren Häusern und Grundstücken, basierte also auf Unrecht - wie im Übrigen kein Staat ohne Unrecht und Gewalt gegründet wurde. Die Diskriminierung der arabischen Bevölkerung in Israel (und erst recht in den besetzten Gebieten) dauert an. Daraus lässt sich aber keine Kritik an der Existenz des israelischen Staates ableiten, sondern nur an der konkreten israelischen Politik - wie das auch in Israel selbst viele tun, trotz der Kriegsbedingungen.

Diese Logik einer so begründeten Solidarität mit Israel ist in unserer Gruppe, in jedem von uns nicht ohne Widerspruch. Wenn wir nun auf diese Widersprüche im einzelnen eingehen, dann nicht, um sie zu entkräften, sondern um nach Wegen zu suchen, wie man ihnen gerecht werden kann, ohne die Grundsätze der skizzierten Position in Frage zu stellen.

1. Wir sind solidarisch mit der palästinensischen Bevölkerung, die Opfer der repressiven israelischen Politik ist.

Wir verstehen den palästinensischen Wunsch nach staatlicher Souveränität, wenngleich die bisherige autoritäre Entwicklung der Autonomiebehörden und der hasserfüllte Nationalismus und Islamismus wenig Hoffnung machen auf das emanzipatorische Potenzial dieses künftigen Staates.

Langfristig werden sich Israel und Palästina ohnehin nicht autonom voneinander entwickeln können. Sie sind beispielsweise in Fragen des Arbeitsmarktes, der Wasserverteilung, der Siedlungsgebiete so sehr miteinander verwoben, dass jede Lösung ein Miteinander und nicht nur ein Nebeneinander erfordert. Wir wollen die Kräfte auf beiden Seiten unterstützen, die die Existenz der jeweils anderen Seite bedingungslos anerkennen und auf dieser Grundlage nach Lösungen suchen.

Wir hoffen: Wenn erst einmal die Existenz Israels und des noch zu gründenden palästinensischen Staats nicht mehr in Frage gestellt werden, dann werden in beiden Gesellschaften diejenigen Kräfte stärker werden, die sich gegen nationalistische Ideologien zur Wehr setzen und die Interessen der jeweils „eigenen“ Herrschenden benennen und kritisieren können.

2. In unserem politischen Umfeld stellen wir immer wieder fest, dass man/frau sich mehr oder weniger spontan mit der momentan schwächeren Seite (also die palästinensische) solidarisiert.

Wir können nachempfinden, dass man sich auf Seiten der PalästinenserInnen positioniert. Was wir aber von Linken erwarten, ist eine Ablehnung der menschenverachtenden Selbstmordattentate und eine Verurteilung ihrer religiös verbrämten Verherrlichung – und zwar ohne „Erklärung“ dieser Attentate als „verzweifelte Aktionen der Ohnmacht“ oder gar als „Widerstandsaktionen gegen Unterdrückung“. Zivilisten in die Luft zu sprengen, ist eine terroristische Aktion, egal wer sie warum ausführt. Bei Diskussionen und auf Palästina-Kundgebungen in Deutschland waren wir immer wieder befremdet und erschrocken, wie wenig Einfühlungsvermögen gegenüber den Opfern der Attentate dort erkennbar war.

3. Viele erwarten gerade von den JüdInnen, dass sie als (überlebende) Opfer des Holocaust nicht zu Tätern werden dürften.

Warum sollen gerade Opfer nicht zu Tätern werden? Soll eine millionenfach grund- und sinnlos erlittene Gewalt eine Gewähr für Vertrauen und Offenheit sein? Abgesehen davon lehnen wir jegliche Gleichsetzung israelischer Politik mit dem NS-Holocaust ab. Sie kann nur zu einer Entlastung und Verharmlosung deutscher Vergangenheit führen.

4. Israel hat auch deswegen überleben können, weil es geopolitischen Interessen von USA und Westeuropa gedient hat.

Das heißt freilich noch lange nicht, dass eine anti-imperialistische Position automatisch anti-israelisch sein muss. Selbstverständlich folgte und folgt die westliche Politik gegenüber Israel nicht edlen Motiven. Aber wir müssen akzeptieren, dass Israel sich zu seinem Schutz in die Obhut von mächtigen Interessen begibt, solange wir (wer auch immer hier „wir“ ist) dem Staat Israel, aber auch den JüdInnen weltweit diesen Schutz, nicht gewährleisten können. Gleichzeitig dienen aber auch viele arabische Staaten den imperialistischen Interessen und erhalten in erheblichem Umfang westliche Militärhilfe.

Deutschland und die EU versuchen immer wieder, sich in dem Konflikt als „unabhängige Vermittler“ anzubieten – in Konkurrenz zu den USA. Unsere Kritik an der aggressiven Politik der USA darf nicht dazu führen, dass wir den „eigenen“ (deutschen, europäischen) machtpolitischen Interessen das Wort reden. Das gilt auch für die Frage möglicher deutscher „Friedenstruppen“ im Nahen Osten.

Was tun?

Die aktuelle israelische Politik führt zu einer Situation, in der JüdInnen in Israel nicht mehr sicher sind. In der manche schon wieder auf gepackten Koffern sitzen und trotz Walser und Möllemannfreunden lieber (wieder) nach Deutschland kommen wollen, als sich in Israel bedrohen zu lassen. Dabei ist klar: Jüdische und nichtjüdische Israelis werden von palästinensischen Selbstmord-TerroristInnen getötet und bedroht und nicht von der israelischen Regierung. Trotzdem lässt uns die Politik der israelischen Regierung verzweifeln, die momentan nicht an einem dauerhaften Frieden interessiert ist. Sie nimmt nur die eigenen Lebensinteressen wahr und kann die Lebensinteressen der anderen nicht als Grundlage für die eigene Sicherheit erkennen. Diese Politik ist verheerend für die Menschen auf beiden Seiten. Auch auf palästinensischer Seite gibt es mächtige Interessen, die der gleichen Logik von Fanatismus und Militarismus unterworfen sind.

Wir wollen die zivilgesellschaftlichen Kräfte auf beiden Seiten unterstützen, die dieser polarisierenden Logik entgegen treten mit einer Politik der Verständigung. In diesem Sinne begrüßen wir den Aufruf „Zeichen paradoxer Hoffnung“ von medico international und Centrale Sanitaire Suisse ebenso wie den öffentlichen Appell palästinensischer Intellektueller gegen die Selbstmordattentate (beide Juni 2002).

An den Grenzen der Gewalt

Jörn Böhme

Interview mit Uri Avnery und Sari Nusseibeh über die Nahost-Friedenspläne und ihre Chancen

Das Gespräch vom 16.11.03 (Köln) wurde geführt für israel&palästina. Zeitschrift für Dialog, 1/04 und in der vorliegenden Fassung von der Redaktion gekürzt. Wir danken Jörn Böhme für die freundliche Abdruckerlaubnis. – Übersetzung: Marianne Weiß.

So gewalttätig sich der Nahostkonflikt nach wie vor präsentiert, in jüngster Zeit keimt neue Hoffnung auf. Zwar scheinen sich die Offiziellen auf beiden Seiten keinen Millimeter zu bewegen, wohl aber bewegt sich einiges in der palästinensischen und in der israelischen Bevölkerung. Drei grenzübergreifende Friedensinitiativen sind inzwischen auf den Plan getreten, haben sich an die internationale Öffentlichkeit gewandt, haben zigtausende Unterschriften auf beiden Seiten gesammelt. Jörn Böhme vom Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten (DIAK) hat mit zwei führenden Vertretern dieser Gruppen gesprochen.

Jörn Böhme: *Es gibt zurzeit drei wichtige Friedensinitiativen, die Ayalon/Nusseibeh-Initiative, die Genfer Initiative von Jossi Beilin/Yasser Abed-Rabbo und anderen und die Vereinigte Aktionsgruppe für israelisch-palästinensischen Frieden, gegründet von Uri Avnery, Hanan Ashrawi und anderen. Wie würden Sie die unterschiedlichen Ansätze beschreiben? Wie viel Zusammenarbeit zwischen diesen Initiativen gibt es, sollte es geben oder sollte es nicht geben?*

Uri Avnery: Es gibt Unterschiede, doch ich glaube, in der derzeitigen Situation sind sie nicht sehr wichtig. All diese Initiativen haben das gleiche Ziel, nämlich das Klima der Hoffnungslosigkeit auf beiden Seiten zu beenden und beide Seiten davon zu überzeugen, dass sie Partner für den Frieden haben. Es gibt einige Unterschiede bezüglich des Flüchtlingsproblems, vielleicht auch über die Grenzen. Es gibt ein Problem, das meiner Auffassung nach auf palästinensischer Seite auf Widerspruch stößt, nämlich die Definition des Staates Israel als jüdischer Staat. Ich glaube, das ist im Moment nicht so wichtig. Wir, Gusch Schalom und die Aktionsgruppe, unterstützen unsererseits diese Initiativen vollkommen. Praktische Zusammenarbeit ist nicht das Wichtigste. Das geht nach der alten deutschen Maxime: »Getrennt marschieren – vereint schlagen«.

Sari Nusseibeh: Vielleicht sind all diese Initiativen Manifestationen der Versuche, die Regierungen und Führungen dazu zu bringen, sich der von ihnen übernommenen Aufgabe zu stellen und beide Seiten zum Frieden zu führen. Es gibt vielleicht Differenzen über dies und das, doch diese sind weniger wichtig als die Hauptbotschaft, dass wir, das Volk, von unserer Führung wollen, sie sollen sich zusammenehmen und Frieden für uns schaffen, weil wir in Frieden leben wollen.

Nun habe ich gelesen, Sie hätten auf einer Pressekonferenz in Ramallah gesagt, die Genfer Initiative stehe der Linken in Israel zu nahe und um Dinge ändern zu können, müsse man sich der Hauptströmung annähern. Ami Ayalon wiederum sagte vor ein paar Tagen, er wolle keinen Regierungswechsel in Israel. Die Genfer Leute wollten die Regierung stürzen, doch er denke, nur die Likud-Regierung könne die notwendigen Kompromisse eingehen. Was denken Sie darüber?

Sari Nusseibeh: Wissen Sie, wir hörten Botschafter Primor sagen, wenn man sich die Meinungsumfragen anschau, so gäbe es eine Mehrheit für Sharon, aber auch eine Mehrheit, die den Frieden auf der Basis eines Endes der Besetzung – mehr oder weniger auf der Basis von 1967 – befürworte. Nun, was heißt das? Es heißt zunächst einmal, dass es eine große Gruppe in der Mitte gibt, die unter den richtigen Voraussetzungen die Art von Frieden befürwortet, die wir vorschlagen. Dies ist deshalb das Publikum, auf das wir abzielen sollten. Und dazu muss man die Menschen direkt ansprechen. Auf die eine oder andere Art gehören nicht 85 Prozent oder 70 Prozent der Befürworter der Mitte an, sondern sind auch Anhänger von Gusch Schalom, Jossi Beilin oder der Arbeitspartei und machen so die 85 oder 70 oder 65 Prozent aus, die es wahrscheinlich sind. Ich kenne das Gerede über Beilin, dies sei eine Unterstützungsinitiative in dem Sinne, dass sie die Linke wieder an die Macht bringen wollen. Soweit ich als Palästinenser betroffen bin, ist es mir gleichgültig, wer an der Macht ist, solange ich bekomme, was ich will, nämlich das Ende der Besetzung. Ich bin mir bewusst, dass Sharon uns das nicht geben wird, bevor es keinen eindeutigen öffentlichen Druck aus der Bevölkerung gibt.

Uri Avnery wird in Ha'aretz vom 20. Juli 2003 mit dem Satz zitiert, es bereite ihm Sorgen, dass Sari Nusseibeh in den Augen vieler Palästinenser am Ende sei, da er das Recht auf Rückkehr aufgegeben habe. Nun hat die Ayalon/Nusseibeh-Initiative beinahe 65000 Unterschriften auf palästinensischer Seite gesammelt. Wie sind ihre Erfahrungen beim Sammeln der Unterschriften?

Sari Nusseibeh: Ich glaube, niemand, mich eingeschlossen, hätte gedacht, dass das funktionieren und sich intensivieren würde, doch es gelang uns, eine große Zahl Unterschriften zu bekommen. Dies ist beispiellos, es gibt keine schrift-

liche Vereinbarung oder Aussage, die sowohl von Israelis als auch von Palästinensern unterzeichnet worden ist, auf der sich so viele Unterschriften finden wie auf dieser. Wissen Sie, man kann Millionen Palästinenser dafür gewinnen, ein Statement mit einer unilateralen Friedensvision zu unterzeichnen, doch es gibt kaum Menschen, die zusammenkommen, um ein Statement zu unterzeichnen, das, wie Sie schon sagten, dermaßen umstritten ist, dass selbst Uri Avnery – neben seiner Skepsis über die moralische Basis – an seinem Erfolg zweifelt. Doch es war tatsächlich überraschend, dass wir in der Lage waren, so viele Menschen zu gewinnen. Wie ich schon früher sagte, glaube ich, wir können noch mehr Menschen gewinnen und weit mehr, als irgendjemand vorher.

Befürchten Sie, die Menschen könnten verwirrt sein, weil es einerseits diese Unterschriftensammlung gibt und andererseits der Text der Genfer Initiative an alle Haushalte in Israel und den palästinensischen Gebieten verteilt werden soll? Werden die Menschen verwirrt sein oder werden sie verstehen, dass diese beiden Initiativen größtenteils in dieselbe Richtung gehen?

Uri Avnery: Ich glaube nicht, dass die Menschen sie überhaupt unterscheiden, denn was wir alle gemeinsam sagen, ist so umfassend, dass die Unterschiede nebensächlich sind. Alle sagen, es muss zwei Staaten geben, alle sagen, die Grenze muss auf der grünen Grenze basieren und ein Landtausch muss in gegenseitigem Einvernehmen auf einer Eins-zu-eins-Basis geschehen. Alle sagen, Jerusalem muss geteilt werden, sodass es eine israelische Hauptstadt in Jerusalem und eine palästinensische Hauptstadt in Jerusalem gibt, alle sagen, die israelischen Siedlungen in den Palästinensergebieten müssen entfernt werden. Im Vergleich dazu wirken die taktischen Differenzen über das Flüchtlingsproblem für die Öffentlichkeit nebensächlich. Ich denke, sie sind nebensächlich, denn so, wie wir die Lösung sehen, denke ich nicht, dass es zwischen Jossi Beilin und Sari Nusseibeh und mir wirklich große Differenzen gibt, denn wir stimmen alle darin überein, dass es keine massive Rückkehr nach Israel geben kann. Diese Frage ist eine taktische Frage. Akzeptieren wir prinzipiell Israels Verantwortung für den Teil des Flüchtlingsproblems, für den Israel verantwortlich ist? Sagen wir etwas über das Flüchtlingsproblem, erkennen wir das prinzipielle Recht auf Rückkehr an? Wenn man einen großen Teil der israelischen öffentlichen Meinung für sich gewinnen will, spricht man natürlich besser nicht über das Rückkehrrecht, da es den Israelis Angst macht. Die Beilin/Abed-Rabbo Leute haben beschlossen, es überhaupt nicht zu erwähnen, zwar über die praktische Lösung des Flüchtlingsproblems zu sprechen, die moralischen und prinzipiellen Aspekte jedoch außen vor zu lassen. Wir haben es getan, wir haben explizit darüber gesprochen. Ich würde sagen, lassen wir hundert Blumen blühen. Lassen wir all diese Initiativen und noch mehr Initiativen – ich bin mir sicher, es wird noch mehr davon geben – ihren Weg gehen, dann werden wir sehen, welche Methode sich in der Praxis als die beste erweist. Ich glaube nicht, dass einfache Israelis wirklich zwischen Abed-Rabbo und Sari Nusseibeh und Beilin und Ayalon unterscheiden, außer dass sie wissen, dass Beilin Politiker ist und Amy Ayalon den Ruf eines reinen Sicherheitsexperten ohne politische Anbindung hat.

Lassen Sie mich einen Moment lang auf einen Punkt zurückkommen, der Scharon betrifft. Es gibt immer die Versuchung zu sagen, um Frieden zu schließen, ist es besser, einen rechten Ministerpräsident oder Präsidenten zu haben als einen linksgerichteten, da es jemand vom rechten Flügel viel leichter hat. Ich kenne Ariel Scharon nun schon sehr lange, ich denke, ich kenne ihn besser als die meisten. Ariel Scharon wird niemals Frieden schließen. Im Gegensatz zu dem, was einige sagen, hat er eine sehr klar umrissene Lösung. Seine Lösung ist es, die Palästinenser – wenn möglich – aus dem Land zu werfen und ihr Leben so zu erschweren, dass sie weggehen, oder sie zumindest in Enklaven zu sperren. Die Mauer, die gebaut wird, sperrt die Palästinenser nicht in vier oder fünf, sondern in zwölf bis fünfzehn voneinander getrennte Enklaven ein. Das ist Scharon, und darum wäre es sehr naiv zu glauben, Scharon würde ein zweiter de Gaulle werden. Das wird er nicht, weil er nicht de Gaulle ist, er ist völlig anders. Es ist eine Illusion zu glauben, man könne Scharon an diesen Punkt bringen, und darum stimme ich mehr mit Beilin überein, der meiner Ansicht nach glaubt, man müsse eine neue Regierung an die Macht bringen, wofür man eine neue Arbeitspartei braucht. Dies ist ein langer Weg. Wir alle sind mit einem grundsätzlichen Problem konfrontiert, nämlich dass den Umfragen zufolge die israelische öffentliche Meinung keine Verbindung mit der israelischen politischen Szene hat. Die 1000-Dollar-Frage ist nun, wie diese beiden zusammenzubringen sind. Wie schafft man eine politische Situation, die die aktuelle öffentliche Meinung widerspiegelt? Es wird geschehen, denn in einer Demokratie kann man eine derartig immense Kluft zwischen dem politischen System und der öffentlichen Meinung nicht sehr lange aufrechterhalten. Darum halte ich das, was Sari und Ayalon tun, für sehr wichtig, denn sie zeigen, dass – wenn man zum Beispiel wirklich eine halbe Million Unterschriften sammeln und den Politikern damit den Zukunftstrend aufzeigen kann – all diese furchtbaren Leute auf den fahrenden Zug aufspringen und wir anschließend eine neue politische Situation haben werden. Sie wollen wieder gewählt werden und darum werden sich – sobald erkennbar ist, dass sich die öffentliche Meinung geändert hat – auch die Politiker ändern.

Sari Nusseibeh: Und dann wird es darauf ankommen, dann wird sogar ein Regierungswechsel möglich sein. Mit anderen Worten: Wenn man genügend öffentlichen Druck auf die Führung erzeugt, indem man klar macht, die Bevölkerung will, dass dies und jenes geschieht, und die Führung dies verwirft, hat man die Herausforderung. Doch zurück zur Arbeitspartei. Mein Problem mit der Arbeitspartei und speziell zum Beispiel mit Beilin und anderen und Yasser Abed-Rabbo auf palästinensischer Seite ist, dass sie dies vor drei Jahren hätten tun sollen. Sie hätten es in Taba unterzeichnen sollen. Es ist wie jemand, der seine Examensarbeit einreicht, nachdem das Examen vorbei ist, ein oder zwei oder drei Jahre später. Darüber bin ich nicht glücklich. Es ist gut, dass sie es getan haben, aber – die Arbeitspartei war, ich weiß nicht wie viele Jahre, an der Macht, und ich denke, sie haben uns gegenüber versagt – mit uns meine ich

Israelis und Palästinenser. Genau so hat unsere Führung versagt, sie sind beide dafür verantwortlich, in den letzten sieben, acht, neun Jahren die Gelegenheit verpasst zu haben, den Menschen Frieden zu bringen, und deswegen glaube ich, die Menschen müssen sich selber mehr und offen an dem Prozess beteiligen. Es sollte nicht nur Jossi Beilin oder Peres oder wem auch immer überlassen bleiben, der vielleicht okay ist, vielleicht aber auch nicht. Die Menschen wollen Frieden und ich denke, die Führungen sollten tun, was die Menschen wollen.

Uri Avnery: Dem stimme ich völlig zu. Ich denke an diese Idee, Millionen Kopien herzustellen und an alle israelischen Haushalte zu verteilen. Das ist ein interessanter Werbegag. Es ist keine wirkliche politische Arbeit. Man aktiviert keine Menschen, wenn man ihnen einen Text gibt, den die meisten nicht lesen werden. Jeder von uns sollte sich wirklich politisch betätigen und mit den Menschen über grundlegende Dinge reden. In diesem Sinne kann ich das, was Sari tut, eher anerkennen als das, was Beilin tut. Doch noch einmal, ich denke, es ist gut, verschiedene Wege auszuprobieren, verschiedene Verfahren. Wir werden sehen, was dabei herauskommt.

Wir sprachen darüber, was innerhalb der Gesellschaften geschieht, an der Basis. Wie sehen Sie die Beziehung zwischen diesem Versuch, Druck von innen heraus zu erzeugen, und dem Druck von außerhalb? Wie schätzen Sie die derzeitige Situation ein und was würden Sie sich bezüglich des Quartetts, der EU, bezüglich der USA wünschen, besonders in Hinblick auf das Problem mit der Regierung Bush und den dort bevorstehenden Wahlen? Wie wichtig ist für Sie der Versuch, einflussreiche Akteure in den USA zu beeinflussen: jüdische Gemeinden, jüdische Organisationen, Mitglieder des Parlamentes und des Senats?

Uri Avnery: In den Vereinigten Staaten gibt es sehr mächtige Kräfte, die gegen eine friedliche Lösung arbeiten. Dies ist noch nicht einmal vorwiegend die jüdische Lobby. Es ist vor allem die Lobby der christlich-evangelistischen Fundamentalisten, die absolut furchtbar sind, doch das sind 60 Millionen Amerikaner, sie haben in der republikanischen Partei immensen Einfluss. Sollte es Hoffnung geben, dass Bush abgewählt wird, wird dies nicht die Lösung sein, jedoch ein Schritt vorwärts. Auch die demokratische Partei wird sehr von pro-israelischen Einstellungen dominiert – mit pro-israelisch meine ich pro-Scharon-Elemente – jedoch nicht so sehr wie Bush. Meiner Meinung nach dient die amerikanische Regierung nicht den amerikanischen Interessen, zumindest im Nahen Osten, ich denke, sie arbeiten gegen Amerikas Interessen. Zu Europa: Wissen Sie, Europa verhält sich sehr feige, sie scheinen keine eigenständige politische Kraft zu sein – die EU unterwirft sich den Vereinigten Staaten. Vor zwei Wochen sagte mir ein Außenminister, dessen Name ich nicht erwähnen will, wir sind völlig machtlos, niemand hört auf uns, wir haben keinen Einfluss und wir können nichts tun. All diese Probleme werden sich ändern, wenn sich Israel ändert. Wenn sich die öffentliche Meinung in Israel ändert, wird dies auf Europa und sogar auf die Vereinigten Staaten übergreifen. Unsere Aufgabe ist es nicht, ausländische Interventionen zu suchen, unsere Aufgabe ist vor allem, in Israel und Palästina Bedingungen zu schaffen, die eine ausländische Intervention möglich und attraktiv macht. Bis dahin denke ich, was heute hier geschah, ist der richtige Weg. Das Beste, was Europa tun kann, ist, Palästinenser und Israelis zu unterstützen, die für den Frieden arbeiten, indem es ihnen Ansehen verleiht und materielle Unterstützung gibt. Dies ist die wirkliche Aufgabe der Europäer, die Friedenselemente auf beiden Seiten zu ermutigen und zu unterstützen.

Sari Nusseibeh: Auch ich halte es für wichtig, am inneren Klima zu arbeiten – an der Meinung der israelischen und palästinensischen Öffentlichkeit als Voraussetzung für die Beteiligung der internationalen Gemeinschaft. Vor zwei Wochen war ich in den Vereinigten Staaten, und wir besuchten verschiedene Kongressabgeordnete, Senatoren, das Außenministerium, den Nationalen Sicherheitsrat, das Pentagon und sogar – wie Sie schon sagten – Wolfowitz. Unsere Botschaft bei all diesen Treffen war sehr einfach: Die US-Regierung hatte etwas auf dem Tisch – die Road Map – unterstützt durch das Quartett. Doch die Road Map ist dabei zu scheitern, ja, sie ist schon gescheitert. Einer der Hauptgründe, warum sie scheitern muss, warum sie scheitern wird, ist das Fehlen eines Zieles. Wir schlugen all den Menschen, die wir trafen, vor, die amerikanische Regierung solle klar machen, dass sie ein solches Ziel unterstützt, wie es in unserem Ein-Seiten-Papier skizziert ist. Wir fanden viel Verständnis auf allen Ebenen. Wir sagten ihnen, wir fänden die Road Map unzureichend, da sie in einfachen Sätzen versuche, die Rede Bushs in einen Prozess zu übersetzen. Dies gelänge zwar mit den meisten Komponenten, aber mit einer Komponente nicht – und zwar der Perspektive für die Zukunft. Die Road Map spricht zum Beispiel von zwei Staaten. Doch sie sagt nicht, wo, und wenn man sich ansieht, was Scharon tut, kann man daraus ableiten, wo sie sein werden. Doch wenn man im Voraus sagt, der Staat wird auf den Grenzen von 67 basieren, was mit Jerusalem geschehen wird und so weiter, wird dies Unterstützung und Begeisterung dafür wecken, die Road Map zum Erfolg zu führen. Als wir ihnen das erklärten, antworteten uns die meisten von ihnen sofort – einschließlich der Leute im Nationalen Sicherheitsrat und Elliot Abrahams –, die Road Map sei nicht heilig. Wichtig für die sei die Rede von Bush, die ist heilig. Darum – wenn sich Vorstellungen entwickeln ließen, die die Bush-Rede widerspiegeln, gut. So sollte man es machen. Unglücklicherweise freundeten sich die Menschen daheim mehr mit der Road Map an, sie wurden päpstlicher als der Papst, indem sie sagten, dies sei »the only game in town«. Sie ist es nicht. Die Road Map ist schön und gut, aber sie ist nicht genug. Die Europäer folgten leider auch dieser Richtung, die Road Map ist das Einzige, erzählt uns nicht von etwas anderem. Unsere eigene Führung begann, so zu reden.

Ich denke, das hat damit zu tun, dass die Road Map im Vergleich zur Bush-Rede vom Juni 2002 verschiedene Elemente enthält, die die Bush-Rede nicht enthielt, wie eine internationale Konferenz und der Hinweis auf die saudische Initiative.

Sari Nusseibeh: Aber nutzlos, nutzlose Hinweise. Meiner Meinung nach völlig nutzlose Hinweise. Die Road Map ist de facto die Road Map für Scharons Vision eines eingezäunten Staates oder Enklaven für die Palästinenser. Nichts in der Road Map garantiert mir als Palästinenser, dass eine internationale Konferenz Israel dazu bewegen wird, sich auf die Grenzen von 1967 zurückzuziehen oder Siedlungen zu evakuieren oder mir die Souveränität über Ost-Jerusalem zurückzugeben. Sie sagt nur, wir gehen Schritt für Schritt vor, ihr führt eure Reformen weiter, ihr arbeitet weiter an der Sicherheit, wir werden Schritt für Schritt mehr Druck auf euch ausüben. Dann gehen wir zu einer internationalen Konferenz und reden über einen endgültigen Status. Bis dahin geschieht vor Ort, dass Israel auf 40 bis 50 Prozent der Westbank einen eingezäunten Staat errichtet und uns die restlichen 40 bis 50 Prozent lässt. Meinem Verständnis nach ist die Road Map ein Weg zum völligen Desaster, es sei denn, es gäbe im Voraus ein klares Ziel, das sicher stellt, dass sie uns tatsächlich dorthin bringt, wohin wir wollen. Das ist es, was der Road Map fehlt. Das ist etwas, was nicht in der Bush-Rede enthalten war. Bush wäre glücklich, gesagt zu bekommen, das ist ihre Vision, und wir wollen sie als ein Ziel in die Road Map aufnehmen. Ich glaube, auf diese Art und Weise käme eine größere Beteiligung und mehr Druck durch das Quartett zu Stande. Wenn dieser Druck mit dem Druck von unten korrespondiert, sodass es Druck von innen und von außen gibt, kann es entscheidenden Druck auf die Führung beider Seiten geben, die wir ja dazu bringen wollen, miteinander zu reden.

Wenn Sie sich Ihre Ideen, Konzepte, Ihre Visionen, wie Sie die Realität verändern möchten, anschauen und dazu die letzten drei Jahre der aktuellen Realität, und wenn Sie dann versuchen, diese beiden Ebenen zusammen zu bringen – wo sehen Sie dann Israel und Palästina in fünf Jahren?

Uri Avnery: Ich habe in meinem langen Leben gelernt, dass man mit ein wenig Logik und Intuition vorhersehen kann, was geschehen wird. Ein Element ausgenommen, das ist die Zeit. Man hat nie Recht. Als die deutsche Mauer fiel, gab es, glaube ich, niemanden in ganz Deutschland, der noch eine Woche zuvor auch nur davon geträumt hätte, dass dies möglich sei, und plötzlich geschah es. Ich bin optimistisch, und das ist kein abstrakter Optimismus. Ich glaube, wir befinden uns inmitten einer grundlegenden Änderung der öffentlichen Meinung in Israel. Ich glaube, dass auch auf palästinensischer Seite die Menschen auf Frieden hoffen, aus negativen Gründen, sie haben genug von dem Krieg, sie haben genug vom Blutvergießen, sie erkennen, dass es keine militärische Lösung gibt. Die israelische Armee erkennt, dass sie bis hierher gehen kann und nicht weiter, dass alles, was sie darüber hinaus tut, kontraproduktiv sein könnte. Ich denke, dass viele Palästinenser, die Gewalt befürworten, weil sie glauben, keine andere Wahl zu haben, nun bereit sind, andere Mittel zu wählen, wenn ihnen Ergebnisse versprochen werden. Werden ihnen keine Ergebnisse in Aussicht gestellt, wird dies nicht geschehen. Die Situation ist sehr, sehr ernst. Für einen einfachen Palästinenser in einem Dorf ist es unerträglich, ich frage mich, wie sie es schaffen, aber sie schaffen es. Diese Mauer ist ein Monster, sie ist fürchterlich. Was immer man über sie sagt, es ist nicht schlimm genug, sie ist viel schlimmer, als man sich vorstellen kann. Doch ich glaube, unter der Oberfläche gibt es eine Strömung, die in Richtung Frieden führt, und dies ist auf lange Sicht wichtiger. Meine Freunde fragen mich manchmal, wie kannst du optimistisch sein, wenn du siehst, wie all das geschieht? Ich antworte darauf, der Vorteil eines hohen Alters ist, dass man eine viel weitere Perspektive hat. Ich erinnere mich an Zeiten in Israel, in denen es keine zehn Menschen gab, die bereit waren anzuerkennen, dass es ein palästinensisches Volk gibt. Ich habe in meinem Leben Tausende von Stunden damit verbracht, israelischen Zuhörern zu erzählen, dass es ein palästinensisches Volk gibt. Heute gibt es keinen Israeli, der das leugnet. Als die Idee eines palästinensischen Staates vor 35 Jahren, 1967, geäußert wurde, klang das völlig unrealistisch. Peres war hundertprozentig dagegen, Rabin war hundertprozentig dagegen, extrem dagegen, und nun gibt es in Israel fast niemanden mehr, der nicht weiß, dass es ohne einen palästinensischen Staat keinen Frieden geben wird, auch wenn ihnen die Vorstellung vielleicht nicht gefällt. Dann begannen wir, über die PLO zu reden, dass wir mit der PLO verhandeln müssten, ob es uns gefällt oder nicht, denn sie vertritt die Palästinenser. Das war Verrat. Heute ist es die offizielle israelische Politik. Wenn man dies alles über einen längeren Zeitraum betrachtet, hat Israel einen weiten Weg in Richtung Frieden zurückgelegt. Das Gleiche gilt für die Palästinenser. Als die Palästinenser 1988 die Idee eines palästinensischen Staates in Teilen von Palästina – etwa 22 Prozent – annahmen, war dies eine unglaubliche Revolution all dessen, an das die Palästinenser bis dahin geglaubt hatten. Ich denke, wenn man dies aus dieser historischen Perspektive betrachtet, bewegen wir uns definitiv in Richtung Frieden. Dies ist vielleicht die letzte Stufe, die schwierigste, die gefährlichste. Ich glaube, es gibt nun eine wirkliche Gefahr für die Existenz des palästinensischen Volkes, größer als die Palästinenser selbst erkennen. Es gibt Leute an der Macht, die das palästinensische Volk als Nation, als Einheit eliminieren wollen. Dies ist eine große Gefahr, die Palästinenser müssen sich ihr stellen.

Sari Nusseibeh: In den letzten drei Jahren haben natürlich beide Seiten ihre Muskeln spielen lassen. Dabei gibt es zwei Aspekte: Der eine ist, du übst Gewalt gegen den anderen aus. Doch der andere Punkt ist, dass du auch siehst, wo die Grenzen der Ausübung dieser Gewalt liegen. In den letzten drei Jahren übten sie die Gewalt aus, indem sie die Bevölkerungen insgesamt leiden ließen, die Israelis gegen uns und wir gegen die Israelis, doch mehr und mehr Menschen haben auch die Grenzen der Gewalt erkannt. Also denken sie nun, vielleicht sollten wir verhandeln.

Solidarität: Mit wem? – Rückkehr: Wohin?

Hanno Loewy

[Aus: BUKO (2003) (hg.): radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke. Berlin]

»Jeden Tag werden wir dümmere.« Mit diesen Worten begann ich mich im April 2002 in einem Essay über mich selber zu ärgern. Und über die Hilflosigkeit, mit der ich auf den eskalierenden Konflikt um Israel und Palästina reagierte – und immer noch reagiere. Daraus wurde ein Text, der in der Wochenzeitung Die Zeit erschien und über den sich andere geärgert haben und den ich nun selbst, ohne die Kürzungen der Redaktion, wieder einmal lese:

Jeden Tag werden wir dümmere. Die Gewalt in Israel und Palästina eskaliert und ein amerikanischer Präsident kann auf den Tisch schlagen und »Genug!« rufen – die Nachricht kommt und verraucht wie der Wetterbericht der letzten Woche.

Täglich werden Solidarisierungen verlangt und geleistet. Bekenntnisse für die einen, gegen die anderen. Jeden Tag korrumpiert die Gewalt das Denken und Handeln. »Arafat gleich Hitler« skandieren die einen, »Sharon gleich Hitler« die anderen. Die Rhetorik der Vernichtung fordert Tribut, eine Rhetorik, die freilich immer nur von der Vernichtung handelt, die die jeweils andere Seite im Sinn habe. Und angesichts drohender Vernichtung sei fast alles erlaubt. Oder alles? Nennen wir die Realitäten beim Namen. Der Staat Israel hält seit 1967 gegen jedes Völkerrecht Territorien besetzt, deren Bevölkerung er täglich schikaniert und erniedrigt. Nur dies verhindere, so heißt es, die eigene Vernichtung. Hunderttausende Palästinenser folgten 1948 ihren Führern und flohen, teils gewaltsam vertrieben, teils mit der trügerischen Aussicht auf gewaltsame Rückkehr, aus ihren Städten und Dörfern, ohne dass das ihnen angetane Unrecht anerkannt worden wäre. Und viele träumen bis heute davon, die Juden »ins Meer zu treiben«.

Die Palästinensische Führung, inklusive Arafat, hat vor zwei Jahren ein weitreichendes, wenn auch in vieler Hinsicht unzureichendes Friedensangebot der israelischen Regierung nicht mit einer anderen, alternativen Friedensoption beantwortet, sondern mit der Ermunterung von Selbstmordmassakern, die nicht nur jeden Zivilisten zum potenziellen Opfer, sondern vor allem jeden Palästinenser zur potenziellen Bombe machen. Die israelische Führung hat nun ein ebenso beispielloses – wenn auch sicherlich unzureichendes – Friedensangebot fast der gesamten arabischen Welt wie Luft behandelt und stattdessen einen Rachefeldzug in die palästinensische Zivilbevölkerung getragen, mit dem Argument, dort hielten sich die Täter verborgen. Wo denn sonst? Und Sharons Versprechen, der Hydra der Selbstmordattentate die Köpfe abzuschlagen, hat sich als tödliches Hirngespinnst eines Mannes erwiesen, der ebenso wie Arafat Gefangener seiner eigenen Taktik geworden ist. Nur dass er, anders als Arafat, nicht unter Hausarrest steht.

Diese nach beiden Seiten »ungerechte« Liste, lässt sich beliebig verlängern. Und keine Seite wird je mit ihr zufrieden sein.

Die Konfliktparteien verstehen zu wollen, wohin führt es? Auf den Ostermärschen war vom Verständnis für Selbstmordattentate die Rede. Und die angesichts antisemitischer Gewalt in Europa zu Recht beunruhigten Vertreter jüdischer Gemeinden üben sich in Rechtfertigung für die Politik eines rechtsradikalen Abenteurers, mit dem noch vor Jahren kaum einer gerne am Tisch gesessen hätte.

Wen nimmt dies hierzulande Wunder? Dem Nachrichtenmagazin Der Spiegel fällt zur Gewalt in Israel und Palästina kein intelligenterer Titel ein als das antisemitische Stereotyp »Auge um Auge. Der biblische Krieg«. Wenn in Nordirland Katholiken und Protestanten, in Ex-Jugoslawien Serben und Kroaten, in Indien Moslems und Hindus oder in Afrika Tutsi und Hutu sich – oder die einen die anderen – massakrieren, dann spricht niemand von biblischen Kriegen. Doch die »Ursachenforschung« zur Gewalt im Nahen Osten weicht gerne ins Grundsätzliche aus. Wer manche deutschen Zeitungen verfolgt, wird den Eindruck nicht los, als koche so manche trübe Suppe auf diesem Feuer.

Die Frankfurter Rundschau meldet jeden Tag in großen Titeln Israels neueste gewaltsame Schritte. Und in kleinen Lettern darunter die neuesten Attentate. Wer soll darin nicht eine »klammheimliche« Parteinahme sehen? Nicht zuletzt aber ein Kommentar in der Zeit, veröffentlicht zum 9. November 2001, konnte kaum anders verstanden werden, als beschäftige sich die deutsche Öffentlichkeit nicht mit dem Nahostkonflikt, sondern mit den eigenen Projektionen auf »die Juden«. Aus Christoph Dieckmann hat es da gesprochen, in Sätzen wie: »War nicht das Volk Israel, dem Gott seine Gebote offenbarte, unterwegs nach einem verheißenen Land, in dem aber längst andere Menschen lebten? Hält nicht Israel bis heute fremde Erde und büßt dafür mit Tod und tötet jeden Tag?« Und: »Niemals vergesse ich, wie am zehnten Jahrestag der deutschen Einheit der Palästinenserknabe Mohammed al-Durra in den Armen seines Vaters erschossen wurde.« Was sich da in altertümelnder Sprache Bahn brach, war sicher ein Ausrutscher. Doch sind die Ausrutscher nicht die Momente der Ehrlichkeit? Nicht zufällig endete Dieckmanns Bekenntnis mit den »Genen der Völker«. Was wollte er uns damit sagen?

Solange die Wahrnehmung der Gewalt in den deutschen Medien immer wieder nur die eigenen, geschichtsgeladenen »Schuld«-Phantasien beflügelt (Auschwitz-Vergleiche aller Art), wird von den jüdischen Gemeinden in Deutschland nur wenig kritische Distanz zur israelischen Regierungspolitik erwartet werden können.

Dies ist ebenso fatal wie die Versuche, eine Neudefinition deutscher Außenpolitik auf dem Rücken von Ressentiments und »Tabubrüchen« zu starten. Dass Joschka Fischer sich von Karl Lamers (CDU) vorwerfen lassen muss, man höre aus

ihm »die Israelis sprechen«, mag ein Treppenwitz politischer Profilneurosen sein. Aber dass Bundeskanzler Schröder den Vorwahlkampf mit den Grünen mit der Ankündigung befeuern will, man würde über den Einsatz deutscher Soldaten im Nahen Osten nachdenken, offenbart ein erschreckendes Maß von Desinteresse an dem realen Konflikt.

Was also bleibt noch jenseits blinder Solidarität? Es wäre unwahrhaftig, zu verheimlichen, aus welcher Perspektive sich mir diese Fragen stellen. Ohne das jüdische Siedlungsprojekt in Palästina hätten meine Eltern den Holocaust wahrscheinlich nicht überlebt. Sie haben sich dennoch dafür entschieden, nach Deutschland zurückzukehren, was keine populäre Entscheidung war. Was bleibt ist Verbundenheit, aber nicht blinde Gefolgschaft, Verwandtschaft, aber eben nicht »Identität«.

Ich jedenfalls bin kein Israeli, sondern Jude (und meinetwegen auch deutscher Staatsbürger). Doch wo täglich gewalt-sam gestorben wird, werden andere, eindeutige Identitäten verlangt. Vielleicht ist es Zeit, sie zu verweigern. Vielleicht ist es Zeit, darüber nachzudenken, worin Solidarität wirklich bestehen kann, in den Schranken der Zivilisation und den Regeln des internationalen Rechts. Solidarität mit den Israelis, kann es sie heute noch geben ohne Solidarität mit den Palästinensern? Der Krieg im Nahen Osten nimmt jeden Tag mehr die Züge eines Bürgerkrieges an, ohne dass die Akteure auf beiden Seiten Bürger desselben Staates wären. Noch greift der Konflikt nicht auf die arabischen Bürger Israels über, die verängstigt, selbst bedroht durch die Selbstmordmörder und zugleich strukturell benachteiligt - in einem Staat, der vorgibt ein »jüdischer« zu sein -, jeden Tag aufs neue hoffen, nicht hineingezogen zu werden in diesen Strudel der Gewalt. »Bürgerkrieg«: ein schiefes, aber nahe liegendes Bild für einen Konflikt, der längst keine Unterschiede zwischen Zivilisten und Kombattanten mehr kennt, der auf einem Territorium ausgetragen wird, dessen innere Grenze eine Waffenstillstandslinie ist, auf deren beiden Seiten sich im Grunde dieselben Akteure befinden, nur in anderen Mehrheitsverhältnissen: Juden und Palästinenser, oder genauer: jüdische und arabische Israelis und arabische, aber auch jüdische Palästinenser. (Denn auch in Hebron mit seiner alten jüdischen Gemeinde werden in Zukunft Juden leben wollen.) Oder denkt jemand im Ernst daran, die Zweistaatlichkeit, von der alle wissen, dass sie die einzige Lösung sein kann, könnte in ethnisch oder religiös homogene Staaten münden? Von Ex-Jugoslawien könnten wir mittlerweile gelernt haben, dass die Bürgerkriege nicht enden, solange sich die Nachfolgestaaten ethnisch definieren wollen.

»Wer nicht für uns ist, ist gegen uns«, sagt eine israelische Regierung, die sich längst mit Israel gleichgesetzt hat, und Schlimmeres: die jeden Versuch einer post-zionistischen Definition der israelischen Nation erstickt. Israel sei kein israelisches Projekt, Israel sei »ein weltweites jüdisches Projekt«, erklärt Sharon und bringt mit diesen Worten nichts anderes zum Ausdruck, als dass Israel eben nicht das Land seiner jüdischen und nichtjüdischen Bürger sei, sondern ein »Projekt«, an dem ein Teil seiner Bevölkerung nicht teilhat. Man sollte sich keine Illusionen machen: Die Vorstellungen der meisten palästinensischer Führer über den zukünftigen Staat Palästina sehen nicht besser aus.

So widern mich Ostermärsche an, auf denen die Selbstverteidigung von »Kulturen« gepriesen wird, und so bin ich, als in Frankfurt zu Recht für Israel und gegen Terror demonstriert wurde, zu Hause geblieben und habe weiter darauf gewartet, dass einmal eine Demonstration für Israel und Palästina, gegen Besatzung und Terror stattfindet. Dass endlich aufgehört wird nach den »Schuldigen« in diesem Konflikt zu suchen, dass darauf verzichtet wird, Rechtfertigungen für Unrechtfertigbares auszudenken, nach »dem Böseren« hinter der bösen Tat zu suchen - und eine Politik begonnen wird, die davon ausgeht, dass beide Seiten die Grenze dessen, was völkerrechtlich und menschenrechtlich erlaubt sein kann (wenn es Völkerrecht und Menschenrecht noch geben soll), dessen, was aus welchen eigenen Interessen, Bindungen, Schwächen auch immer noch tolerierbar ist, längst hinter sich gelassen haben. Die beiden Seiten wirksam mit Sanktionen droht, wenn dieser Weg nicht verlassen und bedingungslos miteinander verhandelt wird. Und so absurd es klingen mag: Viele Freunde in Israel warten sehnsüchtig auf ein Zeichen, dass die Welt draußen diesen kollektiven Selbstmord nicht länger hinnimmt.

Das einzige was mir persönlich einstweilen bleibt, ist, mein von Israel erklärtes »Rückkehrrecht«, jene Fiktion einer angeborenen Zugehörigkeit zur israelischen Nation, die ich weder beantragt noch je gewünscht habe, in aller Form »zurück-zugeben«. So sehr dieses Rückkehrrecht nach dem Holocaust historisch zu begründen war - wenn Juden meiner Generation Israelis werden wollen, welches Privileg gegenüber einer 1948 aus Jaffa vertriebenen Familie wollen wir eigentlich geltend machen?

Nicht um eine Distanzierung von den Menschen in Israel geht es. Im Gegenteil: um die Möglichkeit einer Solidarität, die tatsächlich gebraucht wird. Eine Solidarität, die keine Angelegenheit der Juden der Diaspora alleine wäre, sondern eines jeden, der in Zukunft in einer offenen Welt ziviler Gesellschaften und nicht in einem Zellenblock ethnisch, »kulturell« abgeschotteter Zwangsgemeinschaften leben möchte.

Amos Oz hat einmal die Hoffnung ausgedrückt, auf der Bühne des Nahostkonfliktes könnte es einmal zu einer Tschechowschen Lösung kommen: Wenn der Vorhang fällt, sind alle auf der Bühne unzufrieden. Aber immerhin: Sie leben. Die wahrscheinlichere Alternative scheint das Ende einer Shakespeareschen Tragödie: Die Ideale von Rache und Ehre haben triumphiert, aber auf der Bühne liegen nur noch die Leichen der Helden und Antihelden. Es wird Zeit, an eine dritte Lösung zu denken: Das internationale Publikum, allen voran das amerikanische, könnte endlich intervenieren, die Bühne stürmen. Dort wird längst kein Theater mehr gespielt.

(Leicht gekürzt erschienen in Die Zeit, 17/2002)

Nun ist ein Jahr vorübergegangen, und ich frage mich, wie dumm wir mittlerweile eigentlich sind. Aus meinem Fenster blicke ich auf den Campus einer amerikanischen Hochschule. In der Ruhe vor dem Sturm hat es mich für ein paar Wochen als Scholar in Residence an die Rutgers University nach New Jersey verschlagen. Mit gemischten Gefühlen warte ich auf die amerikanische Intervention, die nun keineswegs auf der israelisch-palästinensischen Bühne stattfinden soll, sondern in Bagdad - und über deren Sinn und Unsinn, deren völkerrechtliche Fragwürdigkeit und deren möglichen realpolitischen Sinn, deren moralische Verwerflichkeit und deren mögliche paradoxe Rechtfertigung ich an dieser Stelle weder mit mir selbst noch mit anderen einig bin. Und ich frage mich, ob wir auch in dieser Hinsicht in einigen Wochen noch dümmere oder durch die Macht von Fakten über irgendetwas »aufgeklärter« sein werden.

Mit dem Blick auf Jerusalem, auf Tel Aviv und Gaza, auf Haifa und Ramallah: Hat irgendjemand in diesem vergangenen Jahr etwas lernen können? Die Fronten erscheinen härter denn je, das Dilemma auswegloser als zuvor. Die Selbstmordattentate gehen weiter. Sharon träumt weiter davon, Arafat aus dem Lande zu schaffen. Und wenn der Krieg im Irak tatsächlich beginnt, zu welchem Irrsinn werden sich beide Seiten im Schatten der großen Nachrichten noch hinreißen lassen?

Doch je länger ich darüber nachdenke, umso weniger weiß ich, ob eine Friedenslösung für den Nahen und Mittleren Osten von einer Lösung des israelischen Konflikts ausgehen kann oder ob nicht gerade das Gegenteil der Fall ist. Muss jene Dynamik der tödlichen und totalitären Bedrohung der arabischen und islamischen Nationen und Bevölkerungen, politischen Parteilungen und ethnisierten Gruppen untereinander, sei es in zwischenstaatlichen Konkurrenzen und Kriegen, sei es in inneren sozialen Konflikten und Bürgerkriegen nicht zuerst unterbrochen werden, um überhaupt eine andere Perspektive für Israel und Palästina zuzulassen. (Die israelische Politik hat in dieser Beziehung noch nie eine produktive Rolle gespielt, um es milde auszudrücken, aber ausgelöst hat sie diese Dynamik nicht.) Stimmt es denn wirklich, dass es der Konflikt zwischen Juden und Arabern, Israelis und Palästinensern ist, der diese Region der Welt nicht zur Ruhe kommen lässt, oder ist es nicht möglicherweise genau umgekehrt? Sind Israelis und Palästinenser nicht so etwas wie Geiseln eines potenziellen und immer wieder auch ganz realen Kriegs zwischen den postkolonialen Nationen und Völkern, Eliten und sozialen Gruppen, der diese Region in Atem hält und in dem die einzige Gemeinsamkeit, die einzige gemeinsame Sprache, die die Kontrahenten miteinander finden (und Gegner müssen sich ja auch auf etwas beziehen können), ein Amalgam aus Antisemitismus und anti-westlichem Identitätswahn darstellt? Wenn soziale Bewegungen in arabischen Ländern den Aufstand proben, dann benutzen sie den Antizionismus als Sprache, mit der sie ihre eigenen Regierungen vorführen und sich gleichzeitig als die wahren Vertreter arabischer Interessen inszenieren. So wird soziale Bewegung gegen autoritäre Macht zur anti-demokratischen Bewegung. Für eine Linke, die nach Anknüpfungspunkten für Solidarität sucht, erweist sich dies als teuflische Falle. Um sich Legitimation zu verschaffen, Anhänger, Loyalität in den sozialen Auseinandersetzungen, nationalen Konkurrenzen und religiösen Kämpfen um Deutungsmacht, bedarf es nicht nur des Feindes, sondern auch eines unsichtbaren Dritten, eines Feindes hinter dem Feind. Nur so kann der Kampf gegen den anderen auch als Kampf um dessen Anhänger geführt werden. Nur so kann der Kampf um Einfluss und Macht, um Ressourcen und Gefolgschaft als moralischer Krieg um den wahren Islam, um die wahre Identität, um Dominanz geführt werden. So nimmt jeder Führer für sich in Anspruch, der wahre Kämpfer gegen die Juden, gegen den Westen, gegen Amerika zu sein. Eine fatale Konkurrenz, die die Radikalisierung vorantreibt und Verschwörungstheorien aller Art, vor allem aber mit antisemitischer Spitze, fast unweigerlich hervorbringt.

Antisemitismus ist im postkolonialen geographischen Raum der Globalisierung (und der reicht bekanntlich bis in die Pariser Vorstädte, bis nach Amsterdam und London und auf seine Weise auch nach Berlin) zu einer universellen Verschwörungstheorie geworden, die den eigenen Gegner, den tatsächlichen Konkurrenten zugleich als Opfer finsterner Machenschaften eines dritten Akteurs hinter der Szene begreift. So ist es z.B. kein Zufall, welchen Erfolg die »Protokolle der Weisen von Zion« im ägyptischen Fernsehen als groß angelegte Serie haben. Der Plot der Verschwörung braucht im übrigen keine rassistische Folie. Der postkoloniale Antisemitismus, der heute den Mittelmeerraum und die arabische und islamische Welt zu dominieren beginnt, ist so wenig rassistisch, wie er »islamisch« ist. Er bedient ein Bedürfnis, das unmittelbar aus der sozialen und politischen Wirklichkeit entstammt, die die Auflösung der Kolonialreiche und Imperien hinterlassen hat. Im ungleichen Verhältnis zu den Industrienationen, in der Falle ökonomischer Monokulturen, die auf Rohstoffen beruhen, und in der Sackgasse ausgebliebener Demokratisierung und Säkularisierung artikuliert sich der Herrschaftsanspruch der lokalen Eliten als Identitätspolitik. Wo Globalisierung nicht nur in die Universalisierung von Markt führen darf, sondern auch die Globalisierung von Menschenrechten eingeklagt werden müsste, wird ethnischer und religiöser Solipsismus im Namen »unterdrückter Völker« gepredigt. Und damit jene fatale Ungleichgewichtigkeit der Marktglobalisierung nur potenziert, die den längst grenzenlosen Finanzmärkten weiterhin national begrenzte, Arbeitsmigration verhindernde Arbeitsmärkte entgegensetzt.

So halten sich selbst die Immigrant-Communities in Europa mittlerweile an antisemitische Verschwörungstheorien, die ihnen trügerisches »Selbstbewusstsein« verschaffen, und dies tritt häufig an die Stelle von bürgerrechtlichem Engagement, das doch die Bedingungen des Eintritts in die Einwanderungsgesellschaft immer wieder neu aushandeln muss. So bleibt den Palästinensern scheinbar keine andere Rolle, als die Märtyrer für islamische Radikale in aller Welt abzugeben, statt ihren eigenen Interessen nachzugehen.

Auf der anderen Seite spielt wachsender Antisemitismus eben jener Deutung in die Hände, die Israel bis heute vor allem als rettenden Hafen sieht und aufrüstet, als »Projekt der Juden aller Welt« und nicht als zivile Gesellschaft, als Staat seiner Bürger, seien sie nun Juden, Muslime oder Christen, Juden oder Araber. Und Fundamentalismus in der

westlichen - sowohl christlichen wie auch jüdischen - Welt treibt Israel als Stellvertreter nur weiter in eine ethnisch-religiös aufgeladene Konfrontation hinein, in der es nichts zu gewinnen gibt.

So treiben Israelis und Palästinenser weiterhin auf Wellen der »Solidarität«, die sie gegeneinander ausspielen. »Solidaritäten«, die mit den Lebensinteressen und Sicherheitsbedürfnissen wenig, mit Identitätspolitiken anderswo in der Welt aber sehr viel zu tun haben. Kräften, die an einer Lösung des Konflikts gar nicht interessiert sind.

Wenn irgendwann einmal beide Seiten es sich endlich herausnehmen werden, miteinander Tacheles zu reden, wenn man ihnen die Chance dazu auch gibt, wenn irgendwann einmal darüber gesprochen werden kann, wie im Nahen Osten auf dem Territorium von Israel und Palästina zwei Nationen (und nicht zwei archaische »Völker«) in Frieden miteinander existieren können, dann werden beide Seiten nicht nur ihre realen Ansprüche, sondern vor allem ihre symbolischen Ansprüche miteinander versöhnen müssen.

Wenn vom »Rückkehrrecht« die Rede ist, dann hört man davon zumeist aus palästinensischem Munde. Doch so schmerzhaft es für die Palästinenser sein wird, auch sie werden begreifen müssen, dass es keinen Frieden geben wird, solange beide Seiten den demographischen Status quo grundsätzlich in Frage stellen: durch eine gegen alle Vernunft fortgesetzte Siedlungspolitik oder durch kompromisslos artikulierte Ansprüche auf massenhafte palästinensische Rückkehr ins eigentliche israelische Staatsgebiet (wenn wir die Grenzen von 1967 pragmatischerweise als solches bezeichnen), eine Rückkehr, von der jeder weiß, dass sie auf dem Wege der Kompensation gelöst werden muss, und die ein pragmatisches politisches Problem kurzer Dauer sein wird, wenn sie einmal angegangen wird.

Israel wird nur dann ein Land mit sicheren Grenzen sein, wenn es der Staat seiner Bürger sein wird und nicht das Projekt der Juden der Welt. Denn nur dann werden seine Grenzen nicht von innen in Frage gestellt, durch eine »Einwanderungspolitik«, die keine Grenzen kennt. Durch ein »Rückkehrgesetz«, das die Souveränität in der zentralsten Frage überhaupt, nämlich wer israelischer Staatsbürger ist, aufgibt und außerhalb der Souveränität des israelischen Staates religiösen Autoritäten überantwortet. Palästina wird nur dann ein Staat mit sicheren Grenzen sein, wenn es ebenfalls der Staat seiner Bürger werden wird, und nicht das Projekt einer palästinensischen Diaspora, deren historische Ansprüche sich genauso auf Territorien außerhalb Palästinas erstrecken. Auf dem Weg dorthin wird es Entschädigungen geben müssen. Es wird ein Angebot an die Siedler geben müssen, sich zu entscheiden, ob sie Israelis bleiben wollen und in Israel leben oder ob sie in Palästina leben und Palästinenser werden wollen.

Es wird eine Übergangsregelung geben müssen, die das israelische Rückkehrgesetz, das auf der Erfahrung des Holocausts beruht, zeitlich befristet und in ein modernes Einwanderungsrecht überführt, das den Interessen Israels entspricht. All dies setzt vor allem eines voraus: dass zivile Politik an die Stelle eines Krieges um Zugehörigkeit tritt, der die Gesellschaften im Nahen Osten barbarisiert und vernichtet.

Vielleicht ist dazu der Krieg, der in den nächsten Tagen beginnen soll, eine paradoxe Voraussetzung. Vielleicht aber zerstört er genau jene Kräfte, die es in dieser Region noch gibt, die für eine zivile Gesellschaft im Irak und im Iran, in der Türkei und Israel, in Palästina und Ägypten, in Jordanien und im Libanon, in Syrien oder in Saudi-Arabien eintreten.

Jeden Tag werden wir dümmer. Ich gehe mir jetzt die Nachrichten anschauen.

New Brunswick, 15. März 2003

»Kein Frieden um Israel«

Zur Rezeptionsgeschichte des Nahostkonfliktes durch die deutsche Linke

Jörg Später

[Aus: BUKO (2003) (Hg.): *radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke. Berlin*]

Als der Fischer Taschenbuch Verlag im Jahr 1972 das Buch »Kein Frieden um Israel« von Walter Hollstein herausgab, sah er sich zu einer Rechtfertigung gezwungen: Durfte, konnte, sollte ein »Haus, das den Namen des jüdischen Verlegers Samuel Fischer trägt und dessen Geschichte selbst von der Vertreibung seiner Inhaber und der Unterdrückung der Werke jüdischer Autoren unter der Naziherrschaft mitbestimmt wurde«, ein Buch verlegen, das – wie der Verlag ankündigte – »sich kompromisslos kritisch mit der Geschichte und der Politik des Staates Israel beschäftigt? Die Antwort war: Der Verlag glaubte zu müssen. Immerhin sei erstens seit der Gründung des Staates Israel in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit ein Gefühl der »nachdrücklichen Sympathie und bewundernder Anteilnahme« für den Staat der Überlebenden des nationalsozialistischen Ausrottungssystems entstanden und gewachsen; zweitens sei eine Generation herangewachsen, »die, unbelastet von der Generation des Mitschuldigseins, jene Gefühle nicht mehr zum alleinigen Richtungsweiser nehmen kann und will«; und drittens beweise der Autor mit seiner »militanten Verachtung von Unterdrückung, Rassismus, Antisemitismus, Faschismus, Kolonialismus und Imperialismus« sowie seiner »sozialistischen Perspektive für eine Lösung des Nahostkonfliktes« eine ethische Orientierung, die ganz der humanistischen Tradition des Verlages entspreche.

Dreierlei ist an der Veröffentlichungsgeschichte des Buches interessant. Sie zeigt erstens eine Perspektivverschiebung im Blick auf den Nahostkonflikt an: Walter Hollstein hatte in den sechziger Jahren eine proisraelische Position vertreten und sah den jüdischen Staat bedroht und gefährdet. Auf einer Nahostreise anlässlich einer Reportage für die *Neue Zürcher Zeitung* begegnete er dem konkreten palästinensischen Flüchtlingselend. Nun sah er sich veranlasst, das gängige Bild vom israelischen David und arabischen Goliath zu hinterfragen und umzudrehen. Zweitens traf das Buch auf eine im Zuge des Vietnamkriegs entstandene antiimperialistische Grundhaltung der Neuen Linken. Und darüber hinaus: Das Buch wurde ein Erfolg, die erste Auflage war in knapp fünf Monaten vergriffen, und im August 1975 stand es bereits in der vierten Auflage, und noch immer verkauften sich pro Monat rund 1.000 Exemplare. Drittens hatten Hollstein und der Fischer Taschenbuch Verlag einen genialen Titel gewählt, der nicht nur den Konflikt treffend als »never ending story« charakterisierte, sondern mehr noch seine Wahrnehmungsgeschichte in den kommenden drei Jahrzehnten in vier Worten antizipierte: »Kein Frieden um Israel« zeigte unbeabsichtigt an, dass der Staat der Juden in der deutschen wie in der Weltöffentlichkeit der Jude unter den Staaten bleiben oder – für die deutsche Linke – erst noch werden sollte.

Drei kurze Stichpunkte zur ungleichen Behandlung Israels mögen dies verdeutlichen. Erstens: Die Arabische Liga, die noch keine Zusammenkunft hat vergehen lassen, ohne eine strenge Verurteilung Israels zu formulieren, hat in ihrer Geschichte nicht eine Resolution erlassen, die sich mit dem Bürgerkrieg im teilweise arabischen, teilweise christlich-animistischen Sudan befasst hätte, einem Bürgerkrieg, dem mittlerweile ca. zwei Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind. Zweitens: Es sind kaum zwei Jahre her, dass die UN-Konferenz gegen Rassismus in Durban, wie schon in den siebziger Jahren durch die UN-Vollversammlung geschehen, den Zionismus als eine Form des Rassismus gegeißelt hat. Derartiges ist noch keiner Ideologie einer nationalen Befreiungsbewegung widerfahren. Drittens schließlich – und darüber handelt diese Geschichte vornehmlich – wurde der Antizionismus zu einer Identitätsfrage der Neuen Linken in der Bundesrepublik Deutschland und einer spezifischen Art von »Vergangenheitsbewältigung«, die bis in die Gegenwart hineinreicht.

Israel als Staat der Juden, aber auch der arabische und islamische Nahe Osten als »Orient« waren und sind bis heute Projektionsflächen. In Deutschland verschärfte der Hintergrund des Judenmordes und das Bedürfnis nach Entlastung die verzerrte, Reflexion entbehrende Wahrnehmung des Konfliktes zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Da es nach dem Massenmord an den Juden keine Antisemiten mehr gab, gedieh entweder Philosemitismus, oder »die Liberalen, die ihre antiliberalen Meinung sagen wollten« (Horkheimer/Adorno), mussten sich neue Wege suchen, um den Juden den Prozess zu machen. Der Antisemitismus in der Linken gerierte sich nach dem Sechs-Tage-Krieg – das bemerkte Jean Améry bereits 1969 in seinem Essay »Der ehrbare Antisemitismus« – als »Anti-Isralismus oder Anti-Zionismus«, der in Israel nichts anderes als einen »Verbrecherstaat« und »Brückenkopf des Imperialismus« sehen konnte. Das war zuvor anders gewesen: »Jahrelang hat man – um einmal von Deutschland zu reden – den israelischen Wehrbauern gefeiert und die feschen Mädchen in Uniform.« Tatsächlich bestand in der westdeutschen Linken bis 1967 ein israelfreundlicher Konsens mit zum Teil stereotyper Glorifizierung von Staat und Gesellschaft Israels. Die damalige Linke – SPD, DGB, SDS und Aktion Sühnezeichen – setzte sich für die Politik der »Wiedergutmachung« ein und forderte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Staat der Opfer des Holocaust. Als dies im Jahre 1965 geschehen war und darüber hinaus zwei Jahre später Israel im von der Springer-Presse als »Blitzkrieg« gefeierten Sechs-Tage-Krieg den Sinai, den Golan und die Westbank eroberte und eine erneute palästinensische Fluchtbewegung einsetzte, wendete sich die Stimmung. Vor allem die jüngere Generation, heute bekannt als »68er«, wandte sich gegen den Philosemitismus, wie ihn der verhasste Axel Springer vorlebte. Ihre »Vergangenheitsbewältigung« suchte sich andere Formen: Sie initiierte eine »Faschismusdebatte«, deren Ausgangspunkt zunächst die sehr persönliche

dere Formen: Sie initiierte eine »Faschismusdebatte«, deren Ausgangspunkt zunächst die sehr persönliche Abrechnung mit der Elterngeneration und mit der Kontinuität der Eliten des Nationalsozialismus war. Doch schon bald geriet die konkrete NS-Vergangenheit in den Hintergrund zugunsten eines immer abstrakteren und synthetischeren Begriffs von »Faschismus«, als dessen hervorstechende Kennzeichen nicht der Genozid an den Juden und überhaupt die Massenverbrechen des NS-Regimes angesehen wurden, sondern etwa – in der verbreiteten Trivialform der These – das Bündnis von Monopolkapitalismus und Diktatur zur Ausschaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Im Zuge der großen weltpolitischen Auseinandersetzung um den Vietnamkrieg und der antikolonialen wie antiimperialistischen Bewegungen in der Dritten Welt wurde der ubiquitäre Faschismusverdacht internationalisiert. Die neuen Nazis waren nun die Amerikaner – »USA-SA-SS« hieß die schrille Parole – und die israelischen Juden. Gerade über letztere empörte sich eine humanistische Linke, die glaubte, Auschwitz sei eine Besserungsanstalt gewesen. Nun entdeckte sie – wie Walter Hollstein während seiner Nahostreise – die »Opfer der Opfer« – die Palästinenser und den »Antizionismus«. An ihnen glaubte man, die Schuld der Eltern »wieder gut machen« zu müssen.

Historisch und geographisch ist unter »Antizionismus« Verschiedenes zu verstehen. Von Herzls Zeiten bis zur Staatsgründung Israels bezeichneten sich sozialistische jüdische Parteien und Gruppen wie der »Bund« als antizionistisch, weil sie damit ihre Gegnerschaft zum jüdischen Nationalismus betonen und ihre Überzeugung zum Ausdruck bringen wollten, dass die »Judenfrage«, die in Wirklichkeit eine Antisemiten-Frage ist, nur über die Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu lösen sei. (Freilich hat keine dieser Parteien ein Ereignis wie die Vernichtungspolitik antizipieren können.) In Israel selbst bedeutete Antizionismus dann die Ablehnung aller Gesetze, Maßnahmen und Institutionen, welche die arabische Bevölkerung von der gleichberechtigten Teilnahme am Gemeinwesen ausgrenzen, oder – in der jüdisch-orthodoxen Variante – die Ablehnung der Gründung des Staates Israel durch Menschenhand vor der Rückkehr des Messias. Der Antizionismus der Neuen Linken war jedoch keineswegs eine bloße Kritik am israelischen Nationalismus, ein auf Israel angewandter Anti-Nationalismus, wie immer wieder versichert wurde, um den Antisemitismusvorwurf zu entkräften. Der Antizionismus war zum einen Teil eines antiimperialistischen Weltbildes, das unterdrückte von unterdrückenden Völkern trennte und gesellschaftliche Verhältnisse oft mittels Verschwörungstheorien simplifizierte und personalisierte. Zum anderen war er eine spezifische linke Vergangenheitsbewältigung, die entweder blind und indifferent gegenüber den konkreten Opfern des Nationalsozialismus oder dreist den systemoppositiven »Antifaschismus« ausgerechnet am »bürgerlich-faschistischen Staat Israel« auszuleben gewillt war, um zu demonstrieren, dass die Juden auch nicht besser seien, schon gar nicht als das »andere Deutschland«.

Gestützt auf Lenins Imperialismustheorie deutete die »Neue Linke« den Nahostkonflikt. Lenin hatte im Ersten Weltkrieg alle verfügbaren Argumente und Theorien von Hobson, Hilferding und Luxemburg gegen den Imperialismus amalgamiert, den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus gedeutet und einen Selbstbedienungsladen der Schlagworte für Revolutionäre jeglicher Couleur bereitgestellt. Mit seinem Plädoyer für die geschichtslosen Nationen und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen hatte er darüber hinaus eine Brücke zwischen Sozialismus und dem erwachenden Nationalbewusstsein der unterdrückten Völker gebaut sowie eine sozialrevolutionäre Perspektive jenseits einer bloß proletarischen Revolution eröffnet. Der SDS beschwor erstmals 1967 diesen antiimperialistischen Kampf der arabischen Völker gegen den angloamerikanischen Imperialismus. Israel bezeichnete er dabei als Handlanger und Aggressor, als »Brückenkopf des westlichen Imperialismus in Arabien«. Die Fatah geriet infolge dieses eindimensionalen Weltbildes immer mehr zum avantgardistischen Subjekt sozialrevolutionärer Umwälzungsprozesse in der Dritten Welt. Angelehnt an das Vietcong-Konzept propagierte die Palästina-Solidarität innerhalb der Dritte-Welt-Bewegung den »Volksbefreiungskrieg«. Auch der bewaffnete Kampf stützte sich auf einen antiimperialistischen Antizionismus. Die Terroraktion des »Schwarzen September« während der Olympischen Spiele 1972 in München lobte die RAF als »anti-imperialistisch, antifaschistisch und internationalistisch«, als einen Akt der »Menschlichkeit, die von dem Bewusstsein bestimmt ist gegen dasjenige Herrschaftssystem zu kämpfen, das als das historisch letzte System von Klassenherrschaft gleichzeitig das blutrünstigste und abgefemtete ist, das es je gab«. Israel sei ein »faschistischer Staat«, Golda Meir sei – wie der damalige Jargon lautete – eine »Charaktermaske des faschistischen Staates«, Moshe Dayan gar der »Hitler Israels«. Israel verheize seine Sportler »wie die Nazis die Juden – Brennstoff für die imperialistische Ausrottungspolitik«.

Die Identifikation von Zionismus und Nationalsozialismus war der perfideste Akt dieser heute als unglaublich erscheinenden Umkehrung von Tätern und Opfern. Ob hier historische Amnesie oder der Wille zur Amnestie am Werke waren, lässt sich schwer und wahrscheinlich nur anhand persönlicher politischer Biografien entscheiden. Auf der Suche nach einer politischen Identität im Land der Nazi-Väter und eingesperrt in einer manichäischen antiimperialistischen Weltanschauung versuchte sich die deutsche Linke freizustrampeln von der Nationalgeschichte, die sie angeblich, wie sie selbst unermüdlich versicherte, doch gar nicht betraf, weil sie sich mit dem antifaschistischen Widerstand identifizierte. Und doch verstrickte sie sich geradezu zwanghaft in jenen von Améry kritisierten »ehrbaren Antisemitismus«. Die antizionistische Palästina-Solidarität in den siebziger Jahren – die Hauptträger der Bewegung waren das »Sozialistische Palästina-Komitee Heidelberg«, das Palästina-Komitee Bonn, das Umfeld der DKP, maoistische Gruppen und die Evangelischen Studentengemeinden – fielen nicht nur durch sprachliche Anleihen am »Vor-Auschwitz«-Antisemitismus wie »Weltzionismus« oder »jüdisches Kapital« auf. Entscheidender war die exklusive Nicht-Anerkennung des staatlichen Existenzrechts Israels – in Anlehnung an das »DDR« der Springer-Presse setzte man den jüdischen Staat in Gänsefüßchen – und die Dämonisierung des Zionismus. Israel galt schnell als Ursache sämtlicher Missstände des Nahen Ostens: »Kausal basieren alle Probleme um Israel im Anspruch des Zionismus, auf arabischen Boden einen »Judenstaat« (Theo-

dor Herzl) zu errichten«, ließ beispielsweise Hollstein in seinem revisionistischen Buch wissen. Zionismus = Rassismus war eine Formel, in der sich linke Splittergruppen in der Bundesrepublik sogar von der UN-Vollversammlung bestätigt sehen konnten, als sei nicht jeder Nationalstaat mit seinen Inklusions- und Exklusionsmechanismen im Sinne dieser weiten Definition »rassistisch«. Israel sei weiter ein »künstliches Gebilde« – eine wahrhaft deutsche Vorstellung, die das Gegenbild des »organischen Volksstaates« voraussetzt. Nicht zufällig wurde immer wieder die These bemüht, die Juden seien im Gegensatz zu der bodenverhafteten Abstammungsgemeinschaft der Palästinenser gar kein richtiges »Volk«. Vor allem aber wurde immer wieder versucht – um das zentrale Begründungsmoment für einen jüdischen Staat, die Erfahrung der Vernichtungspolitik, zu entkräften – die Zionisten als Kollaborateure und Profiteure der Nazis hinzustellen, ja, als mit ihnen wesensverwandt. Mit einem Wort: Die Zionisten waren wie vormals die Juden die Feinde der Menschheit; Linke mussten daher nicht nur Anti-Kapitalisten oder Anti-Imperialisten sein, sondern auch Anti-Zionisten. Antizionismus war eine Frage, ja ein Lackmustest für linke Gesinnung und Identität.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erreichte die Kritik des Antizionismus – zunächst formuliert durch die deutsch-jüdischen Publizisten Henryk M. Broder und Eike Geisel – auch die Linke. Wolfgang Pohrt bezeichnete etwa die Solidarität mit der PLO als eine Parteinahme für einen »großen militanten Heimatvertriebenenverband« und als Ausdruck des Bedürfnisses, die beschädigte nationale Identität wiederherzustellen. Der antizionistische Habitus der Linken diene der psychischen Entlastung von der Haftung für die nationalsozialistische Hypothek. In Hamburg und Freiburg stritt die Szene um ein in der Hafenstrasse gemaltes Wandbild, das zum Boykott israelischer Waren aufrief, und um ein Flugblatt einer antiimperialistischen Kampfgruppe, in dem völlig unbekümmert die Beseitigung des »zionistischen Staatengebildes Israel« gefordert und ansonsten locker mit Formeln wie Antizionismus = Antifaschismus hantiert wurde. Es folgte eine überaus scharfe, den Vorwurf des Antisemitismus erhebende Polemik der Freiburger Initiative Sozialistisches Forum, die allerdings nicht nur gegen die einfältigen Gemüter der Autoren des »Kampfblattes« zielte, sondern auch an die Adresse der Freiburger Nahostgruppe gerichtet war. Diese distanzierte sich zwar von den größten Plattheiten der Antiimps, doch auch sie versah zu jener Zeit das Wort Israel mit den berühmten zwei kleinen Führungszeichen. Auch die Redaktion im *iz3w* meldete sich in diesem Streit mit zwei grundverschiedenen Papieren zu Wort. Das eine bestand auf dem »imperialistischen Charakter des zionistischen Staatengebildes«, das zu beseitigen wäre, ohne den Juden das Recht auf Heimat streitig zu machen. Diese Warnung an die Juden, sie sollten ihren Staat beseitigen, ansonsten verspielten sie auch ihr Bleiberecht, nannte der Autor eine »andere Palästina-Solidarität«. Ansonsten bemerkte er zum nun offenen Streit in der Linken: »Dem Staate Israel kann eine solche Auseinandersetzung nur recht sein, lässt sich doch mit dem Hinweis auf den deutschen Massenmord an den Juden und der angeblichen Geistes- und Tatverwandtschaft der Neuen Linken mit den Nazis und Neonazis das Erschlagen und Erschießen, das Foltern und Quälen von palästinensischen Kindern und Jugendlichen, das Knochenbrechen, die Willkürverhaftungen, die Kollektivbestrafungen, der Landraub, der Siedlungsbau ..., wenn nicht rechtfertigen, so doch in den Hintergrund drängen und die Frage nach Solidarität vergessen.« Wer also über Antisemitismus und Vernichtungspolitik nicht schweige, spiele den Imperialisten direkt in die Hände, lautete der Verrat-Vorwurf. Dagegen bezichtigte eine konträre Position im *iz3w* die Antizionisten der historischen Amnesie: »Nach Auschwitz kann keinem Juden in der Welt eine Haltung verwehrt werden, die Dan Diner protozionistisch genannt hat: Die Betrachtung Israels als Rückversicherung, als potenzielles Asyl für den Fall neuer Pogrome, wo auch immer in der Welt.« Dieses erfordere keine Demuthaltung gegenüber Israel, sei aber als Bestandteil internationalistischer Solidarität zu akzeptieren.

Während des Golfkriegs eskalierte der linke Streit um Israel erneut. Im Januar 1991 befand sich Deutschland im Ausnahmezustand. Die Angst vor einer weltweiten Eskalation des Krieges und vor einer ökologischen Apokalypse, aber auch ein diffuses Verlangen nach Frieden ließ eine längst tot geglaubte Friedensbewegung urplötzlich wieder erstehen. Erinnerungen an Bombennächte à la Dresden mischten sich mit pazifistischen Überzeugungen und der Kritik einer irgendwie imperialistischen Weltordnung. »Kein Blut für Öl« – auf diese simplifizierende Parole einigten sich die Friedensbewegten mit den Linken. Diese bemühte erneut das antiimperialistische Weltbild. Wieder hieß es »Nieder mit Imperialismus, Zionismus und Faschismus«. Die »Völker« aber sollten in zärtlicher Solidarität gegen die Herrschenden zusammenhalten, zu denen auch das angegriffene Israel gezählt wurde. Der linke grüne Bundestagsabgeordnete Christian Ströbele sah etwa die irakischen Raketenangriffe auf die mit Gasmasken ausgestattete israelische Zivilbevölkerung als logische Konsequenz der israelischen Besatzungspolitik. Nicht selten schwang in der Klage über den Krieg eine verstohlene Solidarität mit Saddam Hussein trotz aller gegenteiliger Beteuerungen mit. Jedenfalls nahm die Friedensbewegung das terroristische und aggressive Baath-Regime nicht als Bedrohung für die irakische Bevölkerung und die Region wahr.

Manche traten vom nationalistischen, antiamerikanischen und antisemitischen Einschlag der Antikriegsbewegung angewidert aus der Linken aus. Jan Philipp Reemtsma zum Beispiel räsonierte über die Frage, wer im Golfkrieg der Gute sei: »Die Wirklichkeit macht uns kein überzeugendes Angebot, Bush oder Saddam Hussein zum »Guten« zu erklären, und die Geschichtsphilosophie, mit deren Hilfe wir uns hätten überreden können, es doch zu tun, ist abhanden gekommen. Wer ist im Libanon »der Gute«? Wer in Peru? Wer in Serbien? Es mag der Blick auf die Weltgeschichte dem ähnlich werden, den man durch die Seiten eines Geschichtsbuches auf die Kriegs- und Verwüstungszüge des Dreißigjährigen Krieges tut: Man möchte schreien, dass sie nur ein Ende mit dem machen sollen, was sie da tun, egal, wer gewinnt.« Manche befürworteten gar den Krieg. Vor allem der Herausgeber der Zeitschrift *konkret*, Hermann L. Grem-liza, irritierte manche Genossen, als er konstatierte, mit dem Krieg gegen den Irak geschehe »aus den falschen Gründen das Richtige«. Manche Altlinke wurden schlicht hysterisch: Hans Magnus Enzensberger sah in Saddam Hussein

den Wiedergänger Hitlers, und Pohrt empfahl, wenn auch womöglich in satirischer Absicht, die BILD-Zeitung zu lesen und auf Bagdad eine Atombombe zu werfen.

Wie auch immer die Positionen der linken Renegaten, Bellizisten oder Narren zu bewerten sind – es war ihre Sorge um Israel bzw. die Kaltschnäuzigkeit und Feindseligkeit der radikalen Linken gegenüber dem Staat der Juden, die ihre innerhalb der Linken dissidente Haltung begründete. Die zunächst unverstandene und angefeindete Attitüde zeigte jedoch nachhaltige Wirkung. Zum einen wurden die alten antiimperialistischen Gewissheiten in Frage gestellt. Thomas Haury stellte etwa hinsichtlich der »Logik des bundesdeutschen Antizionismus« fest: »Das antiimperialistische Weltbild macht keine Fehler, das antiimperialistische Weltbild ist der Fehler – und mehr als nur das«, es weise nämlich strukturelle Affinitäten mit dem antisemitischen Weltbild auf. Zum anderen hatte auch die Linke während der achtziger Jahre – wie die bundesdeutsche Öffentlichkeit infolge der »Holocaust«-Fernsehserie Ende der siebziger Jahre – »Auschwitz« entdeckt. Insbesondere der Historikerstreit von 1986 sowie die Debatten um den Besuch des Soldatenfriedhofs von Bitburg (auf dem sich auch Gräber von SS-Soldaten befinden) durch Bundeskanzler Kohl und US-Präsident Reagan und der Streit um das Fassbinderstück *Der Müll, die Stadt und der Tod* beförderten eine Sensibilität gegenüber der gegenwärtigen Vergangenheit und insbesondere dem Antisemitismus. Innerhalb der radikalen Linken bildete sich nun, nach dem Golfkrieg, eine Strömung, die sich »antideutsch« zu nennen pflegte.

Damit standen sich innerhalb der Linken in den neunziger Jahren zwei Perspektiven gegenüber, die Gesellschaftskritik und linke systemverändernde Politik exklusiv für sich beanspruchten und auch – wie für die deutsche Linke üblich – hermetisch auf den Konflikt um Israel anwendeten. Auf der einen Seite lebte der Antiimperialismus fort. Die knallharten »Antiimps« waren dabei – analog zur Selbstaflösung der RAF – mehr eine bedrohte als eine bedrohliche Art. Populärer war die Suche nach einem »neuen Antiimperialismus«. »Imperialismus« war nun nicht mehr allein das letzte Stadium des Kapitalismus, sondern auch ein mindestens 500 Jahre altes rassistisches und patriarchales Projekt des »Weißen Mannes«. Der Palästina-Konflikt wurde dabei weiterhin durch die »Nord-Süd-Brille« betrachtet. Aus anderer Perspektive kamen Studien aus dem Umfeld des Postkolonialismus zu einem ähnlichen Ergebnis. Der nach seinem »Entdecker« Edward Said benannte »Orientalismus« ist demnach ein interessengestütztes Konstrukt, das in monologischer Form die essentielle Andersartigkeit, oft sogar die Minderwertigkeit des Fremdkulturellen bekräftigt und daraus häufig politische Herrschaftsansprüche, mindestens aber die kulturelle Hegemonie des Westens ableitet. Der »Orient« sei erst durch den Westen erfunden und als solcher geformt worden, um ihn als »das Andere« des Westens beherrschen zu können. Er sei ein Produkt des kulturalistischen Rassismus. Auch in dieser Perspektive eines postmodern gewendeten Antiimperialismus, der den alten antiimperialistischen Täter-Opfer-Dualismus reproduziert und die Analyse ökonomischer und materieller Prozesse durch eine von sprachlich-diskursiven und kulturellen Hervorbringungen ersetzt, bleibt Israel aber vor allem ein Teil des hegemonialen Westens, der Vorposten eines globalen rassistischen Herrschaftsprojekts. Bei Said – anders als bei anderen postkolonialen Theoretikern wie Homi Babha – wurde der oftmals blinde positive Bezug des traditionellen Internationalismus bzw. Antiimperialismus auf Kategorien wie nationale Identität nicht wirklich aufgebrochen. Seine aktuellen politischen Äußerungen machen das immer wieder deutlich, aber auch schon im Orientalismus-Buch sprach er von einem »Kampf zwischen Arabern und dem israelischen Zionismus«, als würden sich hier Menschen und dort eine Ideologie gegenüberstehen. Bis heute berufen sich internationalistische Linke – vor allem die mit der islamwissenschaftlichen Zunft verbundenen wie das Zeitschriftenprojekt *Inamo* oder der Palmyra-Verlag –, die das »Feindbild Islam« (natürlich zu Recht) bekämpfen und sich für die Rechte der Palästinenser engagieren, auf dieses Grundlagenwerk der Kritik des rassistischen Eurozentrismus. Vom Antisemitismus in den arabischen Gesellschaften will man in diesen Kreisen allerdings wenig wissen. Israel und die USA stehen nach wie vor im Fadenkreuz der Kritik – auch nach dem 11. September hat sich hieran nichts geändert –, und in von der Islamwissenschaft gewohnter, paternalistischer Manier werden radikale, reaktionäre und terroristische Erscheinungen des Aufbegehrens gegen die westliche Dominanz heruntergespielt.

Dieser »Metropolinken« stand die – wie sie sich nicht ohne Stolz nannte – »antideutsche Restlinke« gegenüber. Sie interessierte, nachdem sie »Auschwitz« endlich als das zentrale Ereignis des 20. Jahrhunderts, der bürgerlichen Gesellschaft oder der deutschen Geschichte entdeckt hatte, »was deutsch ist« (Joachim Bruhn), nämlich »ein Mensch, der keine Lüge aussprechen kann, ohne sie tatsächlich zu glauben« (Adorno). Hier trafen sich zeitweilig die wertkritische Linke, die an die staaten- und klassenlose Weltgesellschaft glaubte, und andere undogmatische Linke, die »etwas Besseres als die Nation« suchten und vor allem die antisemitischen und völkischen Kontinuitäten der deutschen Gesellschaft kritisierten. Moishe Postones *Nationalsozialismus und Antisemitismus* (1982) wurde zum Basistext der Antideutschen, weil er programmatisch erklärt hatte, die Ausrottung des europäischen Judentums sei das entscheidende Moment des Nationalsozialismus (und nicht, wie in den siebziger Jahren behauptet, sein »faschistischer« Charakter), und weil er theoretisch den Antisemitismus als notwendig falsches Bewusstsein der kapitalistischen Gesellschaft ins Zentrum der Gesellschaftskritik gerückt und damit gezeigt hatte, warum der Deutsche seine eigene Lüge glaube. Daniel Jonah Goldhagens *Hitlers willige Vollstrecker* und seine These vom »eliminatorschen Antisemitismus« der Deutschen während des Nationalsozialismus verschaffte der antideutschen Position gesellschaftliche Relevanz. Nun begann auch eine längst überfällige Suche nach Antisemitismus in der Linken und in der linken Geschichte, in der Form allerdings nicht unähnlich der Selbstüberprüfung des »weißen Mannes« ob seines Rassismus und Sexismus.

Die Kritik des Antizionismus als eine linke Variante des Antisemitismus nach Auschwitz wurde mehrheitsfähig, wenn auch die »Antideutschen« selbst, die jene Kritik als erste innerhalb der Linken formuliert hatten, durch politischen Fanatismus und absurde Positionen zum eigentlichen Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ins Abseits

geraten sind. Sie deuten den Konflikt seit dem 11. September als einen zwischen »Islamfaschismus« und einem noch zu schaffenden »Kommunismus«, dessen Symbol Israel sei. Diese esoterisch anmutende Deutung hat durchaus einen guten Gedanken als Kern: Der Antisemitismus gilt als Signum des Scheiterns bürgerlicher Emanzipation, der unbefreiten kapitalistischen Gesellschaft und Israel als Metapher ihrer Überwindung. Das Problem ist, wie so oft, die konsequente und hermetische Übertragung dieser Prämisse auf einen realen und nicht nur symbolischen Konflikt zwischen zwei Nationen und zwei Nationalismen. Der Nahostkonflikt ist eben nicht auf den Antisemitismus zu reduzieren (freilich ist er auch nicht ohne ihn zu denken); weder Islamismus noch arabischer Nationalismus sind Wiedergänger des Nationalsozialismus (gleichwohl auf palästinensischer Seite die Hauptkräfte, die einer Friedenspolitik entgegenstehen); und Israel ist nicht – wie die Zeitschrift *Bahamas* verkündet – der »Kristallisationspunkt eines weltweiten Kampfes gegen den barbarischen Antikapitalismus« (wenn auch ein nach wie vor bedrohter und gefährdeter Staat). Das Bedürfnis nach Identifikation mittels Projektion spricht auch aus dieser linken, dem antiimperialistischen Antizionismus vermeintlich diametral entgegenstehenden Position: War früher Israel das Bollwerk des Kapitalismus und Imperialismus, so soll es heute eines des Kommunismus sein, waren die Zionisten früher das Krebsgeschwür, so sollen sie heute das Heilmittel sein. Wenn deutsche Linke über Israel reden – so darf man festhalten –, wird es immer grundsätzlich, geht es immer ums Ganze. Nuancieren und die Anerkennung verschiedener Perspektiven und Kontexte gelten als bürgerlich, pluralistisch, kompromisslerisch, und verächtlich wird der »Jargon der Differenziertheit« als angepasstes Soziologen-Gequatsche diffamiert. (Es gehört nebenbei zum unbedingten linken Ton, dass die Anti-Antisemiten die Anti-Orientalisten als antisemitisch und die Anti-Orientalisten die Anti-Antisemiten als rassistisch beschimpfen.) So bekommt der Satz »Kein Frieden um Israel« eine weitere Dimension: Normalität, Gewöhnlichkeit, Banalität wird Israel und den Juden nach wie vor verweigert – von seinen tatsächlichen Feinden wie seinen negativ deutschümelnden Freunden.

Die hier vorgetragene Kritik an der Projektionsgeschichte der deutschen Linken im Umgang mit Israel vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte soll freilich nicht bedeuten, dass »Erinnerung« und der reale gegenwärtige Konflikt einfach zu trennen seien. Im Gegenteil: Sie thematisiert vielmehr die auch in Israel und Palästina noch immer fortbestehende Weigerung, zur Kenntnis zu nehmen, dass Israel sowohl der bis heute angefeindete Staat der Überlebenden der deutschen Vernichtungspolitik ist als auch der Staat, der die Palästinenser verdrängt, vertrieben, besiegt und unterdrückt hat. Die Vergangenheit, die negativen Gründungsmythen um Holocaust und »Nakba« (die Flucht und Vertreibung der Palästinenser im Zuge der israelischen Staatsgründung 1948) konstituieren den Konflikt noch immer. Um so wichtiger sind entweder die gegenseitige Anerkennung der Leidensgeschichte des jeweils anderen oder die ebenfalls beidseitige Bereitschaft, die Suche nach der »ursprünglichen Gewalttat« des Konfliktes als inzwischen irrelevant anzusehen, nachdem ein Berg von Gewalt, Gegen-Gewalt, Gegen-Gegen-Gewalt usw. sich aufgetürmt hat.

Für die deutsche Linke ist in diesem Konflikt weder eine erfahrungsfreie Identifikation mit dem Symbol »Israel« angebracht noch eine naive bedingungslose Solidarität mit den »wirklich« Unterdrückten, den sozial und politisch diskriminierten Palästinensern. Solidarität sollte nicht einem mit bestimmten Eigenschaften imaginierten Kollektiv gelten, sondern politischen Überzeugungen und Handlungen, die sich der Logik des Vergeltungskrieges entgegenstellen (die übrigens in der israelischen Gesellschaft weitaus stärker präsent sind als in der palästinensischen). Jenseits der Vorstellung von einem antisemitischen palästinensischen Mordkollektiv im Geiste des »Jihadismus« sollte darüber hinaus nach wie vor jedem Versuch entgegengetreten werden, den Antisemitismus kleinzureden oder ihn ursächlich auf die Besatzungspolitik und den Zionismus zurückzuführen. Der Zionismus ist umgekehrt historisch wie aktuell eine Reaktion auf den Antisemitismus, er wurde historisch durch den Holocaust bestätigt. Der palästinensische antizionistische Nationalismus ist sicherlich wie der Zionismus selbst ein sekundärer Nationalismus. Er ist ein »gereizter« Nationalismus, und zwar in doppelter Hinsicht: Er ist eine Reaktion auf den historischen europäischen Nationalismus und Imperialismus sowie aktuell auf vermeintliche wie tatsächliche Begehrlichkeiten »Amerikas« in der Region; und als reaktiver Nationalismus der Ohnmächtigen ist er voller Ressentiments. Als Gemeinschaftsideologie im Kriegszustand duldet er keine Abweichung und keinen Widerspruch: Wer gegen den Patriarchen ist, ist »unpatriotisch«. Mit seiner konkreten Konfrontation zuerst mit dem Zionismus und dann mit Israel hat er das bereits in Europa bestehende antisemitische Weltbild entschlossen in sich aufgesogen. Zweifellos haben sich die antisemitischen Stereotypen vom konkreten Nahostkonflikt abgekoppelt. Das gilt vor allem in den Ländern und Regionen, in denen die Menschen mit den Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern gar nicht direkt konfrontiert sind, aber mit den Palästinensern »leidenden«, als ob sie unter israelischer Besatzung stünden. Auch der palästinensische soziale und politische Widerstand gegen die Besatzungspolitik Israels hat sich hier mit antisemitischen Vernichtungsphantasien und Terror verbunden. Der Nationalismus ist in der Tat die Pathologie der Region: Er konstituiert und präformiert alle Wahrnehmungen und Bewusstseinsformen ideologisch. Und doch – anders können auch Ideologien nicht überzeugen – hat er eine reale Erfahrungsgrundlage, nämlich die ungelöste nationale Frage der Palästinenser. Könnte es zu einem historischen, nachhaltigen Kompromiss zwischen Israel und den Palästinensern kommen, würden der Nationalismus – und mit ihm der Antisemitismus – nicht unbedingt verschwinden, wohl aber seine »gereizte« Form eingedämmt.

Die aus dem Antisemitismus erwachsene Bedrohung erfordert eine Solidarität mit Israel, die nicht von einer spezifischen Regierungspolitik abhängig gemacht wird. Sie sollte aber auch nicht im Zuge eines linksfundamentalistischen Ableitungsfetischismus, nach dem »der Kapitalismus« immer, überall und vor allem unter Arabern und Deutschen den Antisemitismus gebiert, verabsolutiert und festgeschrieben werden. Palästinenser können auch anders, vor allem, wenn

sie ein zufriedenes Leben führen dürfen. Daran, dass sie es nicht können, ist allerdings nicht alleine und schon gar nicht »ursächlich« – wie Walter Hollstein 1972 zu zeigen bemüht war – »der Zionismus« schuld.

Der Antizionismus in Deutschland war kein Antinationalismus, sondern eine spezifische Form, sich mit der deutschen Vergangenheit und dem vor allem durch den Vietnamkrieg deutlich gewordenen »Imperialismus« auseinander zu setzen. Er war als antifaschistischer und antiimperialistischer Ansatz zunächst indifferent gegenüber dem Antisemitismus und hat sich allmählich zu einem linken antisemitischen Nationalismus entwickelt. Dem heutigen antideutschen Pro-Israelismus kommt das historische Verdienst zu, diesen Antizionismus als Antisemitismus bloßgestellt zu haben. Dem binären Denken des Antiimperialismus und dem projektiven Blick auf den Nahostkonflikt ist er gleichwohl auf der Suche nach der »Ursache« allen Übels und dem Objekt der bedingungslosen Identifikation treu geblieben. Die anti-deutsche Pro-Israel-Position interessiert sich letztendlich nicht für den realen Konflikt und seine friedliche Beilegung, sondern betrachtet ihn durch die Brille ihrer autoritär vertretenen materialistischen Gesellschaftskritik und ihrer politischen negativen Deuschtümelei. Sie verwechselt Empathie für die konkreten Opfer von Antisemitismus, die Juden und den Staat Israel, mit Identifikation mit einer Regierung, der Sharon-Regierung, die sie im militärischen Kampf gegen die barbarischen, eben »deutschen« Auswüchse von »Staat« und »Kapital« wähnt. Dass es nach wie vor »kein Frieden um Israel« in der deutschen Linken gibt, mag unter anderem mit dieser Begierde nach Letztbegründungen und Übersichtlichkeit zusammenhängen. Der Verzicht darauf, den israelisch-palästinensischen Konflikt grundsätzlich, grundlegend und mit revolutionärer Perspektive zu betrachten, mag vielen bürgerlich erscheinen. Ich halte ihn schlicht für vernünftig und die Linken, die anderes behaupten, für vor-bürgerlich und in ihrer Kompromissfeindschaft selbst für sehr »deutsch«. Die Erkenntnis der Revolutionären Zellen bei ihrer Selbstabwicklung im Jahre 1991 ist banal, aber – vielleicht wegen ihrer Banalität – bei vielen Linken noch nicht angekommen: »Wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionären Lösungen.« Solange in israelischen Cafés Bomben explodieren und achtzehnjährige Israelis palästinensische Teenagern als Besatzer mit Panzern und Gummigeschossen gegenüberreten, werden Hass und Wut regieren und mit ihnen Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus. Unter solchen Bedingungen kann man nicht rational denken und schon gar keine demokratische Gesellschaft aufbauen oder bewahren, von linken Projekten oder »sozialistischen Perspektiven« – wie sie einst Walter Hollstein vorschwebten – ganz zu schweigen.

Literatur:

- Améry, Jean: Der ehrbare Antisemitismus (1969), in: ders.: Widersprüche, München 1990 (1971), S. 214-220
- Bischof, Willi, und Neidhardt, Irit (Hg.). Wir sind die Guten. Antisemitismus in der radikalen Linken, Münster 2000
- Blätter des iz3w: Der Aufstand. Antizionismus = Antisemitismus? Ein Streit, Nr. 150, Juni 1988, S. 37-46
- Broder, Henryk M.: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Frankfurt/M. 1986
- Bruhn, Joachim: Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation, Freiburg i. Br. 1994
- 'Diner, Dan: »USA-SA-SS«: Bundesrepublikanische Verschiebungen, in: ders.: Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments, Berlin 2002, S. 115-162
- Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus: Jargon der Differenziertheit. Anmerkungen zu den Neuen Aufklärern Klaus Holz, Elfriede Müller und Enzo Traverso (www.bгаа.net)
- Enzensberger, Hans Magnus: Hitlers Wiedergänger. Über Saddam Hussein im Spiegel der deutschen Geschichte, in: DER SPIEGEL, 6/1991, S. 26-28
- Geisel, Eike: Die Banalität der Guten. Deutsche Seelenwanderungen, Berlin 1992
- Goldhagen, Daniel Jonah: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996
- Gremliza, Hermann L.: Richtig falsch, in: konkret 3/1991, S. 8
- Haury, Thomas: Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus, in: Léon Poliakov: Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg 1992, S. 125-159
- Herbert, Ulrich: Vernichtungspolitik. Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des »Holocaust«, in: Nationalsozialistische Vernichtungspolitik. Neue Forschungen und Kontroversen, hrg. v. Ulrich Herbert, Frankfurt/M. 1998, S. 9-66
- Hierlmeier, Josef (Moe): Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte des Internationalismus – von Vietnam bis Genua, Stuttgart 2002
- Hippler, Jochen, und Lueg, Andrea: Feindbild Islam, Hamburg 1993
- Hollstein, Walter: Kein Frieden um Israel. Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konfliktes, Frankfurt/M. 1972, Wien 1984
- Horkheimer, Max, und Adorno, Theodor W.: Elemente des Antisemitismus. Grenzen der Aufklärung, in: dies.: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M. 1988 (1944), S. 177-217
- Initiative Sozialistisches Forum Freiburg: Der Kommunismus und Israel (Einladungstext zum jour fixe im Sommer 2002)

- ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.): Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, Band 1, Berlin 1993, S. 17-70
- Kloke, Martin W.: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt am Main 1990
- Küntzel, Matthias: Dihad und Judenhass. Über den neuen antijüdischen Krieg, Freiburg 2002
- Lenin, W.I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss, in: ders.: Ausgewählte Werke, Moskau 1981, S. 183-285
- Müller, Jochen: Wes Geistes Kind? Arabischer Nationalismus, Islamismus und Antisemitismus im Mittleren Osten, in: iz3w 268, April/Mai 2003, S. 30-32
- Pohrt, Wolfgang: Musik in meinen Ohren, in: konkret 3, 1991, S. 14-15
- Postone, Moishe: Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch (1982), in: Dan Diner (Hrg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt/M. 1988, S. 242-254
- Redaktion BAHAMAS: Krieg dem Baath-Regime, Waffen für Israel!, in: Bahamas 39, 2002, S. 27-31
- Reemtsma, Jan Philipp: ... the bad and the ugly, in: konkret 12/1990, S. 26-27
- Rote Armee Fraktion: Die Aktion des »Schwarzen September« in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, November 1992, in: Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, bearb. v. Martin Hoffmann, S. 151-177
- Said, Edward W.: Orientalismus, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1981
- Said, Edward W.: Frieden in Nahost?. Essays über Israel und Palästina, Heidelberg 1997
- Später, Jörg: ... alles ändert sich die ganze Zeit. Soziale Bewegung(en) im Nahen Osten, Freiburg i. Br. 1994
- Später, Jörg: Amnesie International. Antizionismus, Antiimperialismus und das iz3w, in: iz3w 231, August 1998, S. 28-30
- Später, Jörg: Eine Frage des Gedächtnisses. Der Palästinakonflikt muss entideologisiert werden, in: iz3w 249, November/Dezember 2000, S. 3-4
- Tolmein, Oliver, und zum Winkel, Detlev: Herr P. und die Bombe. Vom Krieg der Polemiker, Hamburg 1991
- Wohlfahrtsausschüsse (Hg.): Etwas Besseres als die Nation. Materialien zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels, Berlin 1994
- Wolter, Udo: Postkolonialismus. Ein neues Paradigma kritischer Gesellschaftstheorie?, in: jour fixe initiative berlin (Hg.): Theorie des Faschismus – Kritik der Gesellschaft, Münster 2000, S. 92-128

Die „Genfer Vereinbarung“

Jörn Böhme

Hintergrund

Nach den ergebnislosen Verhandlungen von Camp David (Juli 2000) und dem Beginn der palästinensischen Al-Aqsa-Intifada (Ende September 2000) kam es auf der Grundlage der Clinton-Parameter (Dezember 2000) im Januar 2001 im ägyptischen Badeort Taba zu israelisch-palästinensischen Verhandlungen. Die Verhandlungen wurden wegen des nahenden israelischen Wahltermins Ende Januar abgebrochen. Die beiden Verhandlungsdelegationen stellten am 27.1.2001 in einer gemeinsamen Presseerklärung fest:

„Beide Seiten erklären, dass sie zu keiner Zeit näher daran waren, ein Abkommen zu erreichen, und sie daher glauben, dass die noch offenen Fragen durch die Wiederaufnahme der Verhandlungen nach den israelischen Wahlen überbrückt werden können.“[1]

Zur Fortsetzung der Verhandlungen kam es nicht mehr, die neue israelische Regierung unter Ministerpräsident Arie Scharon fühlte sich an den Stand der in Taba geführten Verhandlungen nicht gebunden.

Bei den Verhandlungen in Taba spielten zwei Personen eine herausragende Rolle: Yossi Beilin, damals israelischer Justizminister und Abgeordneter der Arbeitspartei und Yaser Abed-Rabbo, palästinensischer Minister für Kultur und Information.

Beide initiierten während der weiteren Eskalation des Konfliktes mehrfach Aufrufe und Begegnungen von bzw. zwischen Israelis und Palästinensern.[2] Weitere Erklärungen der inzwischen gegründeten Israeli Palestinian Peace Coalition folgten.

Im Februar 2002 besuchten Beilin und Abed-Rabbo zusammen mit Yossi Sarid, Abgeordneter der Meretz-Partei, Prof. Yuli Tamir, Direktorin des Rabin-Zentrums für Frieden und Ghassan Khatib, Diector des „Jerusalem Media and Communication Center“ Berlin auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Während des Besuches trafen sie auch mit Außenminister Fischer zusammen, zur Vorbereitung von dessen bevorstehender Nahostreise zusammen.

Am 17.5.2002 wurde der Israelisch-Palästinensischen Koalition für den Frieden in Berlin der Menschenrechtspreis 2002 der Friedrich-Ebert-Stiftung verliehen. In seiner Laudatio erklärte Außenminister Joschka Fischer:

„Für diese Entschlossenheit zum Frieden setzt die Israelisch-Palästinensische Friedenskoalition ein bewundernswertes Zeichen. Sie zeichnet sich aus durch die Zuversicht, dass Frieden möglich ist, aber ebenso durch die Bereitschaft, sich gemeinsam der Wahrheit zu stellen – dies als bewusste Alternative zu zwei getrennten Wahrnehmungen, einer israelischen und einer palästinensischen, die sich kaum mehr berühren und das Leid und die Opfer des jeweils anderen kaum noch zur Kenntnis nehmen. Ich habe die Friedenskoalition deshalb im Februar dieses Jahres besucht. Ich halte die Unterstützung ihrer Ziele und ihrer Mitglieder auch in der heutigen Situation nach wie vor für einen Schlüssel zum Frieden im Nahen Osten.“[3]

Yossi Beilin und Yaser Abed-Rabbo hatten mehrfach Delegationen von Parlamentariern aus Deutschland gesagt, dass sie an einem Dokument arbeiten, das auf der Basis der Verhandlungen von Taba einen umfassenden und detaillierten Vorschlag zur Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes beinhalten würde.

Der Gesprächsprozess gestaltete sich – nicht zuletzt wegen der eskalierenden Entwicklung des Konflikts – schwierig. Yossi Beilin schrieb dazu: „Die Diskussionen in Taba dauerten sieben Tage. Der achte Tag dauerte drei Jahre.“[4] Auf israelischer Seite war vor allem Daniel Levy, Mitarbeiter von Yossi Beilin, Prof. Menachem Klein von der Bar Ilan Universität und Shaul Arieli, ehemaliger Kommandeur der israelischen Armee im Gazastreifen und auf palästinensischer Seite der Anwalt Rith al-Omari, Vertrauter von Yasser Abed Rabbo und Mahmud Abbas, und die Landkartenexperten Samih al-Abed und Prof. Nazmi Al-Jubeh kontinuierlich an den Gesprächen beteiligt. Beilin und Abed Rabbo unterrichteten laut Ha'aretz Kofi Annan, Javier Solana, Joschka Fischer, den russischen Außenminister Ivanov, den stellvertretenden US-Außenminister Burns und den ehemaligen US-Präsident Jimmy Carter von der Initiative. Durch Yossi Beilin war auch der Büroleiter von Ministerpräsident Scharon, Dov Weisglass informiert.[5]

Finanziert wurde das Unternehmen mit Geldern der Schweizer und der japanischen Regierung sowie durch Spenden aus dem Ausland. Die in Genf geplante Zeremonie, bei der ein Begleitschreiben zu der Genfer Vereinbarung unterzeichnet werden soll, wird von der Schweizer Regierung finanziert werden. Aus dem Umfeld von Yossi Beilin wird betont, dass der israelische Milliardär Avi Shaked nicht der Finanzier der Initiative sei. Er habe an vielen der Diskussionen teilgenommen und organisatorische Unterstützung geleistet. Es gibt aber Vermutungen, dass sich Shaked in Zukunft mit Spenden beteiligt, u.a. im Blick auf den Plan, die Genfer Vereinbarung in einer Auflage von 5 Millionen an alle israelischen Haushalte zu verteilen.[6]

Am 12.10.2003 erschienen in der Presse Meldungen darüber, dass sich eine Gruppe von Abgeordneten der israelischen Knesset mit palästinensischen Politikern in Jordanien getroffen hätte, um den Entwurf eines Friedensabkommens zu unterzeichnen.[7] Schon einige Tage zuvor hatte Ministerpräsident Scharon die Beteiligung von einigen Abgeordneten der Arbeitspartei sowie linken Aktivisten an der sogenannten Schweizer Initiative als eine Aktivität bezeichnet, die

hinter dem Rücken der Regierung und in Abstimmung mit den Palästinensern vorgenommen werde.[8] Yossi Beilin reagierte darauf mit der Frage, ob wirklich irgendjemand glaube, dass sich Sharon mitten in ernsthaften Verhandlungen befinde und Yossi Beilin ihn daran hindere indem er eine Vereinbarung mit jemand anderem auf den Tisch lege.[9]

Der Begriff „Schweizer Initiative“ bezieht sich darauf, dass die Verhandlungen zwischen den Delegationen unter der Schirmherrschaft des Schweizer Außenministeriums stattfanden. Dieses beschreibt die eigene Rolle als Unterstützer, nicht als Verhandlungsführer. Das Projekt habe seinen Ursprung in den Zivilgesellschaften beider Seiten und die eigene Politik unterstütze solche Friedensinitiativen.[10] Die Schweizer Regierung leistete finanzielle Hilfe und logistische Unterstützung, nahm jedoch keine Position zu der Genfer Initiative ein.[11] Eine wichtige Rolle spielte Pierre Keller, Prof. für Philosophie an der Universität Genf. Zu einem Seminar über die Frage „Was ist ein gerechter Frieden?“ waren 2001 Yossi Beilin und Edward Said eingeladen. Beilin berichtete von seinen Plänen. Keller war begeistert und erhielt auf seinen Wunsch vom Schweizer Außenministerium einen Diplomatenpass und die Erlaubnis, die Gespräche im Auftrag des Außenministeriums zu begleiten.[12]

Bei dem Treffen in Jordanien haben die israelischen und palästinensischen TeilnehmerInnen nicht den Entwurf der Vereinbarung unterzeichnet, sondern einen Brief an die Schweizer Außenministerin Micheline Calmy-Rey, in dem sie auf den Entwurf der Vereinbarung verweisen.[13] Außerdem heißt es in dem Brief, niemand von ihnen repräsentiere ihre jeweiligen Völker in einem bindenden Sinn. Sie glaubten aber, dass ihre Herangehensweise große Teile der öffentlichen Meinung auf beiden Seiten vertrete. An zwei Stellen weist der Brief auf die Verbindung zwischen dem Entwurf für eine Vereinbarung und der Roadmap hin.[14]

Die Vereinbarung liegt noch nicht vollständig vor. Einige Artikel sind noch nicht formuliert, z.B. zu der schwierigen Frage der Wasserrechte. Außerdem liegen die Annexe noch nicht vor. Nach einem Bericht der Tageszeitung Ha'aretz wurde der vorliegende Texte dennoch veröffentlicht, weil der Hohe Repräsentant für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Solana, Beilin und Abed Rabbo gesagt hätte, dass der Konflikt sich bei Abwesenheit jeglicher diplomatischer Initiative in einem gefährlichen Stadium befinde.[15]

Auf israelischer und palästinensischer Seite sind unter anderem folgende Personen an der Initiative beteiligt:

Yossi Beilin (ehemaliger Justizminister in der Regierung Barak), Amram Mitzna (MK, Arbeitspartei, ehemaliger Vorsitzender der Arbeitspartei), Prof. Yuli Tamir (MK, Arbeitspartei), Avraham Burg (MK, Arbeitspartei, ehemaliger Parlamentspräsident), Haim Oron (MK, Meretz), Yossi Sarid (MK, Meretz), Amos Oz (Schriftsteller), David Grossman (Schriftsteller), Zvia Greenfeld (Schriftstellerin), Nehama Ronen (ehem. Likud MK), Giora Inbar (General der Reserve), Amnon Lipkin-Shahak (ehem. Generalstabschef), David Kimche (ehemaliger Generaldirektor des israelischen Außenministeriums), Prof. Arie Arnon (Peace Now), Ron Pundak (Peres Peace Center), Shaul Arieli (ehemaliger Kommandeur der israelischen Armee im Gazastreifen), Daniel Levy (Mitarbeiter von Yossi Beilin), Dr. Menachem Klein (Bar Ilan Universität, ehemaliger Berater der Barak-Regierung), Eti Livni (MK Shinui), Yoram Gabay (Wirtschaftswissenschaftler), Yasser Abed-Rabbo (ehemaliger Minister für Information und Kultur der Palästinensischen Autonomiebehörde), Nabil Kassis (ehemaliger Minister der PA), Hisham Abdel Razeq (ehem. Minister für Angelegenheiten der Gefangenen), Kadoura Fares (Mitglied des PLC, Tanzim), Mohammed Khourani (Mitglied des PLC, Tanzim), Samih al-Abed und Bashar Jum'a (Landkartenexperten), Nazmi Al-Jubeh (Historiker und Archäologe), Rairth al-Omri (Jurist, Berater von Machmud Abbas), Samir Rantisi (Cousin des Hamasführers Abdel Aziz-Rantisi), Jamal Zakut (Vertreter der Führung der ersten Intifada), General Zoheir Manasra (ehemaliger Gouverneur von Jenin und ehemaliger Chef des Sicherheitsdienstes in der Westbank)

Inhalte der Vereinbarung

Die Genfer Vereinbarung, so wie es die israelische Tageszeitung Ha'aretz auf Englisch veröffentlichte, ist in eine Präambel und 17 Artikel gegliedert.[16]

In der Präambel ist von der Verpflichtung die Rede, Jahrzehnte von Konfrontation und Konflikt zu beenden und in friedlichem Nebeneinander, gegenseitiger Würde und Sicherheit auf der Grundlage eines gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedens zu leben und eine historische Aussöhnung zu erreichen. Die Präambel bezieht sich auf die UN-Sicherheitsratsresolutionen 242, 338 und 1397, auf die Madrid-Verhandlungen von 1991, die Prinzipienklärung vom 13.9.1993, das Interimsabkommen vom September 1995, Das Wye River Memorandum von Oktober 1998, das Sharm-El-Sheik Memorandum vom 4.9.1999, die Camp David Verhandlungen, die Clinton-Ideen, die Taba-Verhandlungen vom Januar 2001, die Rede von US-Präsident Bush am 24.6.2002, die Roadmap des Quartetts und die Resolution des Arabischen Gipfels vom 28.3.2002. Außerdem ist vom Recht des jüdischen und des palästinensischen Volkes auf einen Staat die Rede.

In den verschiedenen Artikeln wird folgendes behandelt:

- Artikel 1: Die gemeinsame Erklärung des Endes des Konfliktes nach Unterzeichnung einer Erklärung über den dauerhaften Status.
- Artikel 2: Gegenseitige Anerkennung und Kooperation

- Artikel 3: Struktur und Arbeit einer Gruppe, die die Umsetzung der Vereinbarung überprüft. Diese besteht aus den Mitgliedern des Quartetts (USA, EU, Russland und UNO) sowie anderen regionalen und internationalen Akteuren, auf die sich beide Parteien einigen können.
- Artikel 4: Territorium: Die Grenze zwischen beiden Staaten basiert auf der Grenze vom 4. Juni 1967 mit Grenzmodifikationen im Verhältnis 1:1. Die israelischen Siedlungen, die aufgegeben werden, sollen in intaktem Zustand an die Palästinensische Autorität übergeben werden. Aufgegeben wird u.a. die Siedlungen Ariel und Har Homa, annektiert werden Givat Ze'ev, Ma'aleh Adumim und die jüdischen Stadtteile von Ost-Jerusalem. Ein Korridor zwischen dem Gazastreifen und der Westbank soll eingerichtet werden.
- Artikel 5: Sicherheit: irreguläre Streitkräfte und bewaffnete Banden werden aufgelöst. Der Staat Palästina wird ein nicht-militarisierter Staat mit einer starken Sicherheitstruppe. Eine multinationale Truppe überwacht die Einhaltung der Vereinbarung. Gegen Terrorismus soll gemeinsam und in den je eigenen Gebieten vorgegangen werden. Eine trilaterale Kommission der beiden Parteien zusammen mit den USA soll gebildet werden, um die Umsetzung dieses Artikels zu garantieren. Eine multinationale Truppe wird stationiert, um Sicherheitsgarantien zu gewährleisten, als abschreckende Kraft zu wirken und um die Umsetzung der Vereinbarung zu überprüfen. Der israelische Rückzug geschieht in mehreren Phasen und wird nach 30 Monaten abgeschlossen sein. Darüber hinaus kann israelisches Militär noch für 3 Jahre im Jordantal stationiert sein. Internationale Grenzübergänge werden von gemeinsamen Einheiten der palästinensischen Sicherheitskräfte und der multinationalen Truppe kontrolliert.
- Artikel 6: Jerusalem wird die Hauptstadt beider Staaten. Der palästinensische Staat erhält die Souveränität über den Tempelberg, aber ohne Zustimmung Israels dürfen dort keine Ausgrabungen stattfinden oder Gebäude errichtet werden. Die Westmauer (Klagemauer) steht unter israelischer Souveränität. Die muslimischen, armenischen und christlichen Teile der Altstadt gehören zu Palästina, das jüdische Viertel zu Israel. Beide Stadtverwaltungen werden ein Jerusalem Koordinations- und Entwicklungskomitee bilden.
- Artikel 7: Die Resolution der UN-Generalversammlung 194 und des UN-Sicherheitsrates 242 und die arabische Friedensinitiative bilden die Grundlage für die Regelung der Zukunft der palästinensischen Flüchtlinge. Die Flüchtlinge haben das Recht Kompensation für ihr Flüchtlingsdasein und für den Verlust von Eigentum zu erhalten. Im Blick auf ein dauerhaftes Wohnrecht können die Flüchtlinge zwischen folgenden Möglichkeiten wählen: a) Staat Palästina, b) Gebiete, die im Rahmen des Gebietsaustausches von Israel an den Staat Palästina übergehen. c) Drittstaaten, d) Israel, e) Die momentanen Gaststaaten. Die Verwirklichung der Option d) liegt in der Entscheidungsbefugnis Israels. Hinsichtlich der Zahl soll sich Israel an der Durchschnittszahl orientieren, die von Drittstaaten, die zur Aufnahme palästinensischer Flüchtlinge bereit sind, an eine internationale Kommission übermittelt werden. Neben dieser Kommission wird auch ein internationaler Entschädigungsfonds eingerichtet. Von der Summe, die Israel in diesen Fonds einzahlt, wird der Wert der an Palästina übergebenen ehemaligen Siedlungen abgezogen.
- Artikel 8: Einrichtung eines israelisch-palästinensischen Kooperations-Komitees.
- Artikel 9: Arrangements zur Nutzung von Straßen.
- Artikel 10: Vereinbarungen über den Zugang zu religiösen Stätten.
- Artikel 11: Vereinbarungen über die zwischenstaatliche Grenze.
- Artikel 12: Wasser (noch nicht abgeschlossen).
- Artikel 13: Wirtschaftliche Beziehungen (noch nicht abgeschlossen).
- Artikel 14: Juristische Kooperation (noch nicht abgeschlossen).
- Artikel 15: Mechanismus zur Schlichtung von Streitigkeiten.
- Artikel 17: Schlussklausel: Es wird eine Resolution der Generalversammlung und des Sicherheitsrates der vereinten Nationen geben, die alle vorangegangenen UN-Resolutionen ersetzt.

Reaktionen in Israel

Die öffentliche Auseinandersetzung in Israel über die Initiative wurde sofort sehr heftig geführt. Ein rechtsnationalistischer Abgeordneter meinte: „Die israelische Linke sieht nicht von ihren Versuchen ab, den Staat Israel zu zerstören.“[17] Haim Oron, Abgeordneter der linksliberalen Meretz-Partei und Mitglied der israelischen Delegation schrieb dagegen: „Mit dieser Vereinbarung erfüllen wir unsere Pflicht als Öffentlichkeitsvertreter eines demokratischen Staats, eine Alternative für die Politik der Regierung anzubieten.“[18] Tourismusminister Benny Elon nannte Beilin einen

„Kollaborateur mit dem Feind“.[19] Selbst der sich sonst liberal gebende Vorsitzende der Shinui-Partei Lapid sprach von „gescheiterten Politikern der Linken“, die hier verhandelt hätten und untersagte seiner Partei eine Unterstützung der Initiative.[20] Natan Sharansky, Minister für Jerusalem und Diaspora-Angelegenheiten sprach unter der Überschrift „Der Tempelberg ist wichtiger, als Frieden“ von unverantwortlichen Konzessionen und meinte: „Ohne Jerusalem wird Israel zu einer weiteren jüdischen Gemeinde werden wie so viele auf der Welt, wie diejenige in New York, London, oder Toronto, nur gefährlicher, weniger reich und weniger bequem.“[21] Den vorläufigen Höhepunkt erreichte die Kritik mit einem Schreiben des Abgeordneten Shaul Jahalom von der an der Regierung beteiligten Nationalreligiösen Partei an den Rechtsberater der Regierung. Die Taten der Initiatoren der Genfer Vereinbarung stellten einen Verrat dar, der mit Todes- oder lebenslanger Haftstrafe bestraft werden müsse.[22] In seiner Antwort schreibt der Rechtsberater Rubinstein, die Öffentlichkeit und die politische Arena sei der angemessene Ort der Auseinandersetzung mit der Angelegenheit und nicht die strafrechtliche Ebene. Die liberale Tageszeitung Ha'aretz kommentierte: „Diejenigen, die jetzt eine Kampagne zur Delegitimierung einer Person oder Gruppe starten, sind verantwortlich für jeglichen Akt politischer Gewalt, der stattfindet, wenn die Dinge außer Kontrolle geraten.“[23]

Die schärfste Kritik außerhalb des Regierungslagers kam vom früheren Ministerpräsidenten Ehud Barak. Er sprach von einem irreführenden Friedensplan, der eindeutig die Interessen des Staates Israel verletzte.[24] Wiederum Ha'aretz kommentierte diese und andere Kritiken aus der Arbeitspartei mit der Bemerkung: „Niemand von ihnen hat eine Alternative zu dem diplomatischen Ödland der Scharon-Regierung vorgelegt. (...) Die Arbeitspartei muss entscheiden, ob sie stumm hinter der Rechten her trottet, oder ob sie Partner bei dem mutigen Versuch sein will, Frieden zu einem schwierigen Preis zu erringen.“[25] Parteichef Shimon Peres äußerte sich zunächst nicht zu der Initiative, dann vorsichtig positiv.[26] Erst in der ersten Sitzung des israelischen Parlaments nach der Sommerpause verteidigt er die Initiative offensiv. Jeder Bürger habe das Recht, zu reden und Modelle für den Frieden zu suchen.[27] Der ehemalige Generalstabschef Amnon Lipkin-Shakak, der zu den Initiatoren des Dokuments gehört, erklärte, er würde sich freuen, wenn Ministerpräsident Scharon aus den Übereinkünften, die zwischen einer Gruppe von Israelis und einer Gruppe von Palästinensern erzielt wurden, eine noch bessere Vereinbarung bilden könnte. „An die israelische Regierung habe ich eine Botschaft: wenn Ihnen diese Lösung nicht behagt, dann sagen Sie dem israelischen Volk, was die Lösung ist. Sagen Sie, wohin dies alles führen soll.“[28] In der gleichen Zeitung schrieb Industrie- und Handelsminister Ehud Olmert am gleichen Tag: „Das Herz zieht sich vor Wut, Schmerz und Erstaunen zusammen, dass Israelis eine solche Vereinbarung unterschrieben haben.“[29] Yossi Sarid, ehemaliger Vorsitzender und Abgeordneter der Partei Meretz sprach von einem guten und effektiven Dokument und prophezeite: „Man sollte sich vormerken: wenn eines Tages ein Friedensabkommen zwischen uns und den Palästinensern unterzeichnet wird, dann wird es aussehen wie dieses Genfer Dokument, vielleicht mit leichten Änderungen. Oder es wird überhaupt kein Abkommen geben, und Menschenleben werden hier weiterhin so viel wert sein wie das Leben einer Mücke.“[30] Amram Mitzna, von November 2002 bis März 2003 Vorsitzender der Arbeitspartei warf Ministerpräsident Scharon vor, drei Jahre lang die Bevölkerung einer Gehirnwäsche mit dem Argument, nur Gewalt könne den Sieg bringen, ausgesetzt zu haben. „Die Genfer Initiative ist der kleine Junge, der ruft, dass der Kaiser keine Kleider trägt; dass die Regierung uns in die Katastrophe führt. Die wütenden Reaktionen von ihnen belegen das. Die Regierung ist in zu Recht Panik. Eine Führungspersonlichkeit, die sein Volk wissend und mit Absicht in den Krieg führt und das Blut der Bürger frei fließen lässt, ist eine illegitime Führungspersonlichkeit.“[31] An anderer Stelle erklärte er, wenn Israel der Inhalt dieses Dokumentes am Tag nach dem 6-Tage-Krieg angeboten worden wäre, hätte man in den Straßen getanzt.[32] Der israelische Präsident Katzav äußerte sich im Prinzip positiv über Gespräche mit Palästinensern mit dem Ziel, eine Friedensvereinbarung zu erreichen. Allerdings äußerte er Verärgerung über den Zeitpunkt und die Konsequenzen dieser Initiative: „Zu diesem schwierigen Zeitpunkt ist es wichtig, die israelische Regierung nicht in die Ecke zu drängen.“[33]

Beilin wird vorgeworfen, wie schon beim Einfädeln des Oslo-Abkommens, alles im Geheimen zu unternehmen und sich dabei aus der EU und anderen Quellen finanzieren zu lassen.[34]

Der Vorwurf, die Israelis, die in die Initiative involviert waren, hätten kein politisches Mandat, wird von dem israelischen Schriftsteller Amos Oz zurückgewiesen. Woche für Woche zeigten Umfragen, dass ungefähr 70% der Wahlberechtigten auf beiden Seiten für einen Waffenstillstand und für eine Zwei-Staaten-Regelung einträten.[35] Die Initiatoren seien sich sehr wohl bewusst, dass Scharon und sein Kabinett die rechtmäßige Regierung Israels seien. Das Ziel ihrer „Übung“ sei, der israelischen und palästinensischen Bevölkerung ein Fenster aufzuzeigen, durch das diese eine andere Landschaft sehen könnten: „keine Autobomben und Selbstmordattentate mehr, keine Besatzung und Unterdrückung und Enteignung, kein weiterer endloser Krieg und Hass.“[36] Yossi Beilin begründet die Initiative so: „Eine Fortsetzung der derzeitigen israelischen Politik, nach der ein Dialog verboten ist, bis der Terrorismus ein Ende hat, gibt den Terroristen einen Preis, die kein Interesse an einem Frieden haben. Drei Jahre nachdem Ministerpräsident Scharon Sicherheit und Frieden versprochen hat – und uns weniger Frieden und weniger Sicherheit gegeben hat – ist die Zeit gekommen um einen Anderen Weg zu gehen: die Genfer Vereinbarung bietet die einzige praktische Alternative.“[37]

Auch Nathan Sznajder spricht von einer wirklichen Alternative und schreibt zur Problematik der Zwei-Staaten-Regelung: „Ethno-nationale Staaten mögen zwar im globalen, multikulturellen Zeitalter ein Anachronismus sein. Doch in Regionen, in denen sich ethno-nationale Gruppen eben wegen ihres Ethnos noch ermorden, ist es in erster Linie angebracht, für die Souveränität und Sicherheit dieser Gruppen zu sorgen, ganz gleich, ob dies anachronistisch ist,

oder nicht. Nach einer Periode der Sicherheit können die Grenzen sich dann öffnen und an Relevanz verlieren. Man sollte jedoch nicht glauben, dass der Nahe Osten im großen Sprung zum vereinten Europa werden kann.“ [38]

Ha'aretz fragt am 12.10.2003 in einem Kommentar, warum die Beilin-Abed-Rabbo-Initiative nicht akzeptabel sein sollte, während der Mitchell- und der Tenet-Plan, sowie die Roadmap akzeptabel seien. Scharons Herangehensweise, den Konflikt mit militärischer Macht zu Ende zu bringen, sei fehlgeschlagen, er habe kein moralisches Recht und keine offizielle Autorität Versuche, eine andere Option zu präsentieren, zu disqualifizieren. Es sei die Aufgabe der Opposition, die Politik der Regierung herauszufordern, die Öffentlichkeit aufzufordern, anders zu denken und sie von der offiziellen Version, mit der die Regierung ihre Gehirne wasche, zu befreien.[39]

Die Tageszeitung Yediot Aharonot fragte: „Warum haben wir auch fast acht Jahre nach der Ermordung von Ministerpräsident Rabin noch immer nicht das Recht, eine öffentliche Diskussion zu führen, ohne dass eine legitime Initiative – auch wenn sie der Haltung der offiziellen Regierung widerspricht – der Öffentlichkeit als Verrat präsentiert wird?“[40] Hirsh Goodman, Herausgeber der zweiwöchentlich erscheinenden Zeitung Jerusalem Report schrieb: „Wie erfrischend – in diesem Klima von Verhängnis und Düsterteit, oder um Abba Eban zu paraphrasieren, von mehr Tunnel am Ende des Lichts, von Mangel an Ideen, von sich vertiefendem Hass und von Rache als der zunehmend vorrangigen Philosophie auf beiden Seiten – das jemand wenigstens den Versuch unternimmt, anders zu denken.“[41] Dan Margalit analysiert auf vier Seiten in der Wochenendbeilage der Tageszeitung Ma'ariv jeden Paragraphen der Genfer Vereinbarung und kommt zu dem Ergebnis: „.... Schade für jeden Tag, der ohne seine Unterzeichnung vergeht...“[42]

Gershon Gorenberg setzt sich besonders mit der Kritik von Barak und Sharansky auseinander. Die wahre Täuschung sei die von Barak, der sein eigenes Verhandlungsversagen mit der Behauptung verdränge, die Palästinenser seien unfähig, Frieden zu schließen. „Es verletzt eindeutig Baraks Interessen im Blick auf die Öffentlichkeit, zu sehen, dass jemand anderes eine Vereinbarung erzielt, in dem die Palästinenser auf das Rückkehrrecht verzichten.“[43] Sharanskys Reaktion bezeichnet er als bizarr. Der Philosoph Yeshayahu Leibowitz habe zu Recht darauf hingewiesen, dass die Betrachtung von Land als von Natur aus heilig Götzendienst sei. „Sharansky hat Recht, dass die Wahl zwischen Frieden und dem Tempelberg uns zwingt, zu entscheiden, welche Werte die grundlegenden für unseren Staat sind. Er hat Unrecht hinsichtlich der Wahl, die wir treffen sollten.“[44]

Im Blick auf die Flüchtlingsfrage erklärte die Völkerrechtsexpertin Ruth Lapidot, die Vereinbarung enthalte keine Öffnung für künftige palästinensische Forderungen nach einer Rückkehr von Flüchtlingen nach Israel auf der Grundlage des Rückkehrrechts.[45]

Bei den israelischen Friedenskräften findet die Initiative jenseits der sonst üblichen Spaltungen und Animositäten Unterstützung. Peace Now organisierte am 25.10.2003 in Jerusalem eine Demonstration mit mehreren tausend TeilnehmerInnen unter dem Slogan „Scharon ruiniert das Land – es gibt einen anderen Weg“, mit der die Vereinbarung unterstützt wurde. Uri Avnery, Gründungsmitglied der radikaleren Gruppe Gush Shalom begrüßte die Vereinbarung und sieht eine 90% Übereinstimmung mit einem Plan, den seine Organisation bereits im Sommer 2001 vorlegte.[46]

Die israelische Regierung wollte zunächst gegen die Rolle der Schweizer Regierung bei der Finanzierung und Organisation der Gespräche protestieren, tat dies dann aber nicht mit dem Hinweis ein solcher Protest würde die Initiative nur aufwerten.[47] Ebenso hat sich das israelische Außenministerium gegen offizielle Demarcheaktionen gegen die Genfer Vereinbarung entschieden, um das Dokument nicht aufzuwerten. Die Auslandsvertretungen sind allerdings angewiesen Unterstützung und Finanzierung der Vereinbarung durch ausländische Regierungen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Israels zu bekämpfen. Die Auslandsvertretungen sind angewiesen, den Inhalt des Dokumentes zu ignorieren und die Vorgehensweise anzugreifen. Die Unterstützung dieser Initiative füge der Roadmap Schaden zu. „.... – als ob die Regierung irgendetwas zur Unterstützung der Roadmap tut, indem sie sich weigert, die Außenposten zu räumen und gleichzeitig einen Zaun in der Hälfte der Westbank plant.“[48] Es gab Meldungen, Belgien und Frankreich hätten Yossi Beilin Geld zur Vermarktung der Initiative angeboten. Beilin bestritt dies. Aluf Benn schrieb in Ha'aretz: „Niemand wird das laut sagen, aber der Subtext ist klar: Die üblichen Verdächtigen des Antisemitismus wollen Beilins Kampagne zum Sturz der Scharon-Regierung finanzieren.“[49]

Israelische Kritik an der Initiative

Arie Shavit bezeichnet in Ha'aretz die Initiative zwar als den ernsthaftesten und umfassendsten Versuch, den israelisch-palästinensischen Konflikt zu beenden, kritisiert aber den fehlenden expliziten Verzicht der palästinensischen Seite auf das Rückkehrrecht. Außerdem moniert er die weitreichenden Kompetenzen für den internationalen Mechanismus, von dem sich herausstellen könne, dass er Israel feindlich gesonnen sei und sogar Israels Existenz gefährden könne. Außerdem sei die Forderung nach einer Demokratisierung auf palästinensischer Seite völlig aufgegeben worden und dem Diktator Arafat sei neue Legitimation zuteil geworden.[50]

Meron Benvenisti, Publizist und ehemaliger stellvertretender Bürgermeister von Jerusalem, der seit langem die These vertritt, dass die geschaffenen Fakten eine Zwei-Staaten-Regelung verunmöglichen, kritisiert die Detailliertheit des Dokuments.[51]

Elia Leibowitz, ein Enkel von Yeshayahu Leibowitz meint, die Initiatoren der Genfer Vereinbarung seien die einzigen Israelis der letzten Jahre, die die Bezeichnung Staatsmänner verdienten. Er meint allerdings, dass es ein Fehler sei, den Prozess vom guten Willen der palästinensischen Nation oder Mitgliedern seiner Führung abhängig zu machen. Wenn

es in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts noch einen jüdischen Staat geben solle, sei es absolut essentiell, dass von Seiten Israels die Dinge, die in der Vereinbarung niedergelegt sind, durchgeführt werden und zwar mit oder ohne Verpflichtungen der anderen Seite. An erster Stelle müsse der israelische Rückzug stehen.[52] Yossi Alpher, ehemaliger Direktor des Jaffee Centers for Strategic Studies und Mitherausgeber des Internetnewsletters „bitterlemons“ bezeichnet die Vereinbarung zwar als mutigen und sehr positiven Akt, wirft aber eine Reihe von Fragen auf. So erfordere die Umsetzung der Genfer Vereinbarung die Evakuierung von ca. 100.000 Siedlern, während entsprechend den Vereinbarungen von Camp David /Taba nur 60.000 betroffen wären. Welche Regierung werde das umsetzen? In der Flüchtlingsfrage werde zwar weder das Rückkehrrecht, noch die Ursache des Flüchtlingsproblems erwähnt. Dennoch reflektiere die Vereinbarung nicht den israelischen Konsens, denn nach den Ereignissen der letzten drei Jahre gebe es in Israel keinerlei Bereitschaft mehr, Flüchtlinge aufzunehmen. Er bevorzuge deshalb die Formulierung in der Ayalon/Nusseibeh Vereinbarung[53], in der es heißt: „Palästinensische Flüchtlinge werden nur in den Staat Palästina zurückkehren.“ Ebenso bevorzuge er die Formulierung von Ayalon/Nusseibeh: „Israel ist der einzige Staat des jüdischen Volkes.“ In der Genfer Vereinbarung stehe zwar, dass das Recht des jüdischen Volkes auf einen eigenen Staat anerkannt werde. Andererseits sei aber die Rede davon, dass die Parteien Palästina und Israel als die Heimstätten der jeweiligen Bevölkerungen anerkennen würden.[54]

Reaktionen in Palästina

Die Aktivitäten der palästinensischen Delegation erfolgten offenbar mit der Billigung von Präsident Arafat, Ministerpräsident Qureia und dem ehemaligen Ministerpräsident Abbas.[55] So erklärte Yasser Abed-Rabbo, die Palästinensische Autorität unterstütze die Initiative.[56] Saeb Erakat äußerte sich ebenso positiv wie der Berater von Arafat, Basam Abu Sharif.[57] Nach Ansicht von Prof. Arie Arnon von der Friedensgruppe Peace Now hat der Angriff von Ministerpräsident Scharon auf die Initiative wesentlich dazu beigetragen, dass sich zahlreiche palästinensische Persönlichkeiten offen zu ihr bekannt hätten. Dies bewirkte dann offensichtlich auch, dass die palästinensischen Medien, die in den ersten Tagen nicht über die Initiative berichtet hatten, sich des Themas annahmen. Auch andere Gründe spielten eine Rolle: die Bilder vom Treffen von Beilin und Abed Rabbo mit dem ägyptischen Außenminister Maher und den Beratern des ägyptischen Präsidenten al-Baz. Hinzu kam, dass an der Initiative neben drei ehemaligen Ministern Mitglieder der jungen Führungsriege von Fatah und Tanzim sowie Experten und Sicherheitsleute aus dem palästinensischen Establishment beteiligt waren. Schließlich trugen die wütenden Angriffe aus dem israelischen Regierungslager auf der palästinensischen Seite zu dem Eindruck bei, dass angesichts dieser massiven Kritik positive Aspekte vermuten lasse.[58] Angehörige der Tanzim begannen mit einer Öffentlichkeitskampagne in den palästinensischen Flüchtlingslagern, um für die Genfer Vereinbarung zu werben, nach ihren Angaben mit Erfolg.[59] Umstritten ist erwartungsgemäß die Flüchtlingsfrage. So wird die Vereinbarung von der palästinensischen NGO BADIL abgelehnt, weil es eine Aufgabe des Rückkehrrechts für Flüchtlinge beinhalte. Kadura Fares, der dem in Israel inhaftierten Tanzim-Führer und Mitglied des Palästinensischen Legislativrats Marwan Bargouti nahe steht, wird mit den Worten zitiert: „Die politischen Ränge der Fatah-Bewegung und die Palästinensische Autorität werden der allgemeinen Stimmung folgen. Wenn die Menschen auf der Straße die Vereinbarung ablehnen, wird uns die politische Führung als Verräter brandmarken. Wird es ein Erfolg, werden die Politiker den Plan übernehmen und erklären, all dies wäre ohne sie nicht möglich gewesen.“[60]

Es gibt allerdings auch deutliche Ablehnung. Am ersten Freitag des Fastenmonats Ramadan, predigte Yusuf Abu Sneh in der Al Aqsa Moschee: „Diese Unterhändler verhandeln Fantasien, die nur in ihren fiebernden Köpfen existieren und nichts erreichen werden, außer einer Ausweitung und Verwurzelung der Besatzung und einer Erhöhung der Legitimität ihrer Kennzeichen, wie es bei ähnlichen Abkommen, wie dem Oslo-Vertrag geschehen ist.“[61] Hamas und Djihaad erklärten in einer Stellungnahme, es handele sich um einen „betrügerischen Plan, der einzig dazu dient, den bewaffneten Widerstand zu brechen und die Errungenschaften der Intifada wegzufegen.“ Den Initiatoren wird vorgeworfen, marginale Figuren zu sein und das Volk nicht zu repräsentieren. Ähnliche Reaktionen gab es von der Demokratischen Front und der Volksfront sowie von verschiedenen Komitees und Nichtregierungsorganisationen, die sich mit Flüchtlingsfragen befassen. Yasser Arafat gab unterschiedliche Signale. Kürzlich erschien das Flugblatt einer Fatah-Zelle, die als Arafat-nahestehend angesehen ist, worin die Initiative aggressiv abgelehnt wird. Einige der Unterstützer der Initiative seien zu Arafat damit gegangen und hätten keine adäquate Antwort bekommen.[62] Der neue Ministerpräsident Ahmed Qureia erklärte einer Delegation der Organisation „American Friends of Peace Now“, er persönlich unterstütze die Genfer Vereinbarung.[63] Innerhalb der PLO wird die Initiative vornehmlich von Personen aus den besetzten Gebieten befürwortet, während diejenigen „aus Tunis“ eher dagegen sind. Die vagen Äußerungen von Arafat waren für Yasser Abed Rabbo und die anderen beiden Sprecher der Initiative, Hisham Abdel Razeq und Kadura Fares, die sich bis dahin vor allem in arabischen Zeitungen, die in London veröffentlicht werden, geäußert hatten, das Zeichen für eine Pressekonferenz in Ramallah und ausführliche Interviews in der palästinensischen Presse. Am 1.11.2003 veröffentlichte die in Jerusalem erscheinende Zeitung Al Ayyam den gesamten Text der Vereinbarung auf Arabisch in einer Ramadan-Beilage. Al Ayyam wird von Akram Haniya herausgegeben, einem Freund von Yasser Abed Rabbo, der ebenfalls der palästinensischen Verhandlungsdelegation in Camp David im Sommer 2000 angehörte. In der Zeitung Al Hayyat Al-Jedida, die der Palästinensischen Autorität (PA) nahe steht, waren die Meinungen geteilt zwischen vorsichtiger Zustimmung, Skeptikern und denen, die die Initiative ablehnen. Al-Quds in Jerusalem berichtete ausführlich über die Initiative, vermied aber eine offen positive Kommentierung. Sari Nusseibeh erklärte bei einer Pres-

sekonferenz in Ramallah, die Genfer Initiative sei ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings müssten Friedensinitiativen in Israel sich auf das politische Zentrum konzentrieren und nicht nur die Linke.

Azmi Bishara schreibt in der ägyptischen Zeitung Al Ahram, bei künftigen wirklichen Verhandlungen liege nun ein Text zugrunde, der bereits weitgehende Zugeständnisse der palästinensischen Seite gemacht habe. Mustafa Bargouti erklärte in einer Pressemitteilung zum Jahrestag der Intifada eine Umsetzung der Vereinbarung erscheine schier unmöglich angesichts der fortgesetzten Realitäten „on the ground“, wie etwas dem Bau der Mauer.[64]

Reaktionen in den USA

Der Sprecher des Außenministeriums erklärte, die USA seien der Roadmap verpflichtet und dies sei der einzige Plan, für dessen Umsetzung sie werben würden.[65] Die New York Times lobte in einem Editorial ausdrücklich die Genfer Initiative, sowie die Ayalon/Nusseibeh Initiative.[66] Der US-amerikanische Außenminister Powell schrieb dann aber einen Brief zur Unterstützung der Initiative: „Die USA bleibt der Vision des Präsidenten von Zwei-Staaten und der Roadmap verpflichtet, aber wir glauben, dass Projekte wie das Ihre wichtig sind, um eine Atmosphäre der Hoffnung aufrechtzuerhalten, in der Israelis und Palästinenser beiderseitig akzeptable Lösungen für die schwierigen Themen, mit denen sie konfrontiert sind, diskutieren.“ Solche Diskussionen seien „entscheidend, denn schließlich sind es das israelische und das palästinensische Volk, die den notwendigen Konsens formen werden, um eine Zwei-Staaten-Lösung zu erreichen.“[67] Überraschend äußerte sich der stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz positiv zur Ayalon/Nusseibeh Initiative.[68]

Internationale Reaktionen

Der britische Außenminister Jack Straw lobte den Mut der Israelis und Palästinenser, die sich an der Initiative beteiligen.[69]

Manche Stimmen fordern eine aktivere Rolle für die EU. William Pfaff schreibt in der International Herald Tribune: „Die europäischen Nationen sollten ihre historischen Hemmungen zur Seite schieben ebenso wie die amerikanische Ablehnung einer europäischen Einmischung im Nahen Osten und sich mit ihrem Gewicht hinter diesen Plan stellen. Dies wäre der größtmögliche Dienst, den sie für Israel und die Palästinenser tun könnten – und übrigens auch für die Vereinigten Staaten.“[70]

Der israelisch-palästinensische Internet-Newsletter „bitterlemons-international“ widmet seine neueste Ausgabe den internationalen Reaktionen auf die Genfer Vereinbarung. Darin meint der syrische Schriftsteller Rime Allaf, die Genfer Vereinbarungen präsentierten lediglich weitere palästinensische Konzessionen. „Die Lösung des Konfliktes erfordert weder neue Vorschläge, noch recycelte Oslo, Camp David oder Taba Bedingungen. Resolutionen der Vereinten Nationen, klare Friedenspläne (einschließlich der arabischen Friedensinitiative von 2002) und das internationale Völkerrecht beschreiben das Rezept für einen gerechten und umfassenden Frieden, der Sicherheit garantiert, territoriale Integrität und grundsätzliche Menschenrechte für alle.“[71] M. Cherif Bassiouni, Mitglied der ägyptischen Verhandlungsdelegation bei den Camp David Verhandlungen 1978 und heute Präsident des International Human Rights Law Institute beschreibt den Kontext, in dem die Genfer Vereinbarungen zustande kamen als größtenteils akademisch. „Die Genfer Vereinbarung ist äußerst lobenswert, aber im Blick auf das, was sie vorgibt zu sein, ist sie politisch unrealistisch. Ihr größter Verdienst liegt in der Verbreitung des Dokuments und in dem intellektuellen Gärungsprozess, den sie auf der ganzen Welt schafft.“[72] Aaron David Miller, Berater für israelisch-arabische Verhandlungen der letzten sechs US-Außenminister sieht weder eine politische Führungspersönlichkeit, die die Macht hätte oder bereit wäre, den Zug zu ziehen, noch sieht er die Perspektive einer entstehenden politischen Bewegung von unten auf einer der beiden Seiten, die die Eliten und die Öffentlichkeit entsprechend aktivieren könnte. „Tatsache ist, dass alle Durchbrüche, die in der israelisch-arabischen Arena in den letzten drei Jahrzehnten stattfanden, sich nicht durch dramatische Demonstrationen von öffentlichem Druck entwickelten, sondern durch Führungspersönlichkeiten, die im Geheimen verhandelt haben und dann durch dramatische Gesten die Ergebnisse ihrer Wählerschaft verkauft haben.“[73] Marc Otte, der Beauftragte der Europäischen Union für den Nahen Osten sieht die Genfer Vereinbarungen als Teil einer Reihe von Versuchen, zu denen er auch die Ayalon/Nusseibeh Initiative zählt. Durch diese Initiativen käme Sauerstoff in die politische Debatte, die auf beiden Seiten eingefroren sei. Es könne aber nicht darum gehen, dass die EU etwa diese Vereinbarung annimmt. Die Konfliktparteien müssten sie annehmen.[74]

Einschätzung

In der Zeitung Ha'aretz war zu lesen: „Beilin hat zu seinem Bedauern schon lange festgestellt, dass die meisten Israelis zögern würden, von ihm ein Glas kaltes Wasser anzunehmen, auch wenn sie in der Wüste am verdursten wären.“[75] Angesichts dieses Umstandes sowie angesichts der Gesamtlage reagierte die israelische Öffentlichkeit relativ positiv. Nach einer Umfrage der Zeitung Yediot Aharonot erklärten sich 39% für die Genfer Vereinbarung, 59% dagegen.[76] In einem Kommentar zeigt sich die Zeitung überrascht von der hohen Anzahl derer, die einen Rückzug auf die „Grüne Linie“ befürworten. Weiter heißt es: „Wer sich an den geistigen Umschwung erinnern kann, der sich bei uns mit dem Eintreffen von Anwar Sadat abgespielt hat, kann einschätzen, dass eine klare palästinensische Unterstützung der Vereinbarung die israelische öffentliche Meinung beeinflussen wird, die Rechten um die Unterstützung der Mehrheit

bringen wird und zum Grundstein eines politischen Abkommens werden wird. (...) Und trotzdem sind die Chancen, ein politisches Abkommen nach dem Genfer Plan zu erreichen, niedrig.

(...) Beilin und seine Kollegen haben zwar bewiesen, dass jemand da ist, mit dem man reden kann, aber dieser Beweis ist keine große Neuigkeit.“[77] Nach einer Umfrage der Tageszeitung Ma'ariv scheint das Ansehen von Yossi Beilin so schlecht auch wieder nicht zu sein. Mit der Einschätzung, Yossi Beilin sei ein mutiger Politiker, der nach seinen Prinzipien handelt, erklärten sich 36% der Befragten einverstanden, 49% nicht einverstanden und 15% machten keine Angaben. Die Einschätzung, Yossi Beilin sei ein extremer Linker, der mit den Palästinensern gegen Israel zusammenarbeitet, bestätigten nur 40%, 42% waren mit dieser Einschätzung nicht einverstanden und 18% machten keine Angabe.[78]

Der an der Universität Tel Aviv durch monatliche Umfragen erstellte Peace Index ergab im Oktober 2003, dass 25% der jüdischen Befragten die Genfer Vereinbarung akzeptabel fanden und 54% es ablehnten. 21% äußerten keine Meinung. 7% denken, dass die Genfer Vereinbarung eine Chance hat, umgesetzt zu werden, 81% geben ihm keine, oder nur eine geringe Chance.[79]

Gideon Samet von Ha'aretz schrieb „Die Auseinandersetzung über das Dokument sollte eine der wichtigsten Debatten hier sein, seit Rabin den Boykott der PLO aufhob.(...) Die Rechte, zusammen mit den voreiligen Kritikern in der Arbeitspartei, wenden sich gegen das Dokument, ohne die 50 Seiten gelesen zu haben, ohne genau zu wissen, was es sagt. Warum? Weil der brutale Diskurs, der von der Rechten zum Ausbruch gebracht wurde, gegen das ganze Konzept einer Vereinbarung steht.“[80]

Muriel Asseburg von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) schreibt in „SWP-Aktuell 43“: Die Genfer Vereinbarung steht nicht im Widerspruch zu der von Präsident Bush im Juni 2002 formulierten Vision von Zweistaatlichkeit oder der vom Nahost-Quartett (USA, EU, Russische Föderation und Vereinte Nationen) initiierten ‚road map‘. Vielmehr ergänzt sie diese um die bislang fehlende politische Perspektive, indem sie ausbuchstabiert, wie ein endgültiger Status aussehen könnte. Damit bietet sie die Chance, Bewegung in den blockierten ‚road map‘ Prozess zu bringen. Positiv hervorzuheben ist, dass die Kompromisse, die beide Seiten werden eingehen müssen, nicht von außen aufoktroziert wären, sondern von Angehörigen der Konfliktparteien erarbeitet wurden. Dadurch wachsen die Chancen, dass Kompromisse von der Bevölkerung akzeptiert werden.“[81] Mit der Initiative werde dem in der israelischen wie der palästinensischen Gesellschaft verbreiteten Gefühl der Ausweglosigkeit ein konkreter und konstruktiver Vorschlag entgegengesetzt. „Damit wird auch das Paradox angesprochen, dass es in der Bevölkerung beider Seiten zwar eine Mehrheit für Verhandlungen und Zweistaatlichkeit gibt, dass sich diese Haltung aber nicht in der Wahl einer entsprechenden Führung beziehungsweise Einstellung zum Einsatz von Gewalt widerspiegelt.“ Die Kampagne für die Initiative werde zwar kaum kurzfristig zu einer substantiellen Veränderung des verfahrenen bilateralen Verhältnisses führen, das Papier könne aber ein „Mobilisierungskern sein, um den herum sich in beiden Gesellschaften neue Koalitionen formieren.“[82]

Perspektiven

Es ist geplant, den Text der Vereinbarung an alle israelischen und palästinensischen Haushalte zu verteilen.

Die Schweizer Regierung bereitet eine Unterzeichnungszeremonie für den 1.12.2003 in Genf vor. Jordanien, Ägypten, Norwegen, Belgien, Japan und Kanada haben bereits die Teilnahme von Vertretern zugesagt. Ebenso zugesagt haben der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter sowie einige Mitglieder aus dem Verhandlungsteam des ehemaligen US-Präsidenten Clinton.[83]

Ein Artikel in der Zeitung Ha'aretz weist darauf hin, dass Yossi Beilin zusammen mit anderen Mitgliedern der Parteien Meretz und Arbeitspartei seit langem den Plan verfolgt, eine neue sozialdemokratische Partei zu gründen. Seine Hoffnung bestehe nicht nur darin, dass die Genfer Initiative die Plattform dieser neuen Partei werde, sondern dass er damit auch die Agenda für die gesamte israelische Linke, die Arbeitspartei eingeschlossen, vorgebe. Dies könne auch einer der Gründe für die wütende Kritik des ehemaligen Ministerpräsidenten Barak sein, der möglicherweise ein politisches Comeback in der Arbeitspartei anstrebe.[84]

Yossi Beilin und Yasser Abed Rabbo sind inzwischen unter anderem in Frankreich, Belgien und den USA gewesen, um Unterstützung für ihre Initiative zu gewinnen.[85] Beilin traf mit dem französischen Außenminister de Villpin zusammen, Mitzna mit Vertretern aus Japan, Schweden und der EU.[86]

[1] In: Clinton-Eckpunkte, Taba-Verhandlungen und die neue US-Administration, in: Israel & Palästina, Hintergrundinformation, Themenheft 63, herausgegeben vom Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten (DIAK), Schwalbach/Taunus, April 2001, S.19

[2] Am 25.7.2001 erschien eine gemeinsame israelisch-palästinensische Erklärung unter dem Titel „Nein zum Blutvergießen, Nein zur Besetzung, Ja zu Verhandlungen, Ja zum Frieden“, die von ca. 60 Intellektuellen, politischen Aktivisten und Akademikern unterzeichnet wurde. Eine weitere israelisch-palästinensische Erklärung unter dem Titel „Sofortiger Rückzug aus den A-Gebieten, Schluss mit Gewalt und Terrorismus, Rückkehr zu Verhandlungen, Ende der Besetzung“ erschien am 28.10.2001. Am 11.12.2001 trafen sich palästinensische und israelische Parlamentarier und Intellektuelle am Qalandia-Checkpoint und gaben eine Erklärung ab, in der sie die Notwendigkeit von weiteren Gesprächen zwischen beiden Seiten betonten.

- [3] In: Festveranstaltung – Verleihung des Menschenrechtspreises 2002 der Friedrich-Ebert-Stiftung an die Israelisch-Palästinensische Koalition für den Frieden am Freitag, den 17. Mai 2002, Bonn 2002, S.20
- [4] Yossi Beilin: The eighth day of Taba, in: bitterlemons (Palestinian-Israeli crossfire), Oct. 27, 2003
- [5] Uzi Benziman: Corridors of Power/The genie of Geneva, in: Ha'aretz, Oct. 17, 2003
- [6] Mazal Mualem, Nathan Lipson: Billionaire Shaked helps turn wheels of Geneva Accord, in: Ha'aretz, Oct. 20, 2003; Jörg Bremer: Ein Komet aus fernen Welten. Die symbolische „Vereinbarung von Genf“ ist der einzige Hoffnungsschimmer im Nahen Osten, in: FAZ, 17.10.2003
- [7] Israelis, Palestinians meet in Jordan of draft of Beilin-Abed Rabbo peace proposal, in: Ha'aretz, Oct. 12, 2003
- [8] Editorial: A welcome and legitimate initiative, in: Ha'aretz, Oct. 12, 2003
- [9] Mazal Mualem: Beilin: No right of return in Geneva Accord, in: Ha'aretz, Oct. 14, 2003
- [10] Tovah Lazaroff, Gil Hoffman: Israel protests Swiss backing of plan, in: Jerusalem Post, Oct. 16, 2003
- [11] NZZ Online, 28.10.2003
- [12] Amnon Barzilai: A crazy idea that captured imaginations, in: Ha'aretz, Oct. 16, 2003
- [13] Uzi Benziman: Corridors of Power/The genie of Geneva, in: Ha'aretz, Oct. 17, 2003
- [14] Mazal Mualem: Plan drafters admit to lack of authority, in: Ha'aretz, Oct. 15, 2003
- [15] Uzi Benziman: Corridors of Power/The genie of Geneva, in: Ha'aretz, Oct. 17, 2003
- [16] Ha'aretz, Oct. 19, 2003
- [17] Arie Eldar: Sie haben nichts gelernt, in: Yediot Aharonot, 13.10.2003, in: Medienspiegel der Deutschen Botschaft Tel Aviv 13.10.2003
- [18] Haim Oron: So schließt man Frieden, Yediot Aharonot, 13.10.2003, in: Medienspiegel der Deutschen Botschaft Tel Aviv 13.10.2003
- [19] Editorial: Confusion in the Labor Party, in: Ha'aretz, Oct. 15, 2003
- [20] a.a.O.
- [21] Nathan Sharansky: Temple Mount is more important than peace, in: Ha'aretz, Oct. 16, 2003
- [22] Menachem Rahat, u.a.: Jahalom: „Die Initiatoren der Genfer Vereinbarung sind Verräter, die zum Tode verurteilt werden sollten“, in: Ma'ariv, 21.10.2003, in: Medienspiegel der Deutschen Botschaft Tel Aviv 21.10.2003
- [23] Editorial: Inciting against peace advocates, in: Ha'aretz, Oct. 23, 2003
- [24] Mazal Mualem: Beilin: No right of return in Geneva Accord, in: Ha'aretz, Oct. 14, 2003
- [25] Editorial: Confusion in the Labor Party, in: Ha'aretz, Oct. 15, 2003
- [26] Tovah Lazaroff, Gil Hoffman: Israel protests Swiss backing of plan, in: Jerusalem Post, Oct. 16, 2003
- [27] Gideon Alon: Sharon denounces Geneva Accord; Peres: You've missed chance for peace, in: Ha'aretz, Oct. 21, 2003
- [28] Amnon Lipkin-Shachak: Sollen wir immer und ewig weiterkämpfen?, in: Yedioth Aharonot, 14.10.2003, in: Medienspiegel der Deutschen Botschaft Tel Aviv 14.10.2003
- [29] Ehud Olmert: Eine Schande?, in: Yedioth Aharonot, 14.10.2003, in: Medienspiegel der Deutschen Botschaft Tel Aviv 14.10.2003
- [30] Yossi Sarid: Mangels einer Regierung, in: Ma'ariv, 14.10.2003, in: Medienspiegel der Deutschen Botschaft Tel Aviv 14.10.2003
- [31] Amram Mitzna: They are afraid of peace, in: Ha'aretz, Oct. 16, 2003
- [32] With a deal like this in 1967 'We would have danced in the streets' (Interview with Amram Mitzna), in: Jerusalem Report, Nov. 3, 2003
- [33] Danny Rubinstein: Arafat okayed Geneva Accord, in: Ha'aretz, Oct. 14, 2003
- [34] Uri Dan: Beilin's puppet theater, in: Jerusalem Post, Oct. 15, 2003
- [35] Justin Huggler: Amos Oz: 'I have always maintained the solution is partition', in: The Independent, Oct. 15, 2003
- [36] Amos Oz: 'We have done the gruntwork of peace', in: The Guardian, Oct. 17, 2003
- [37] Yossi Beilin: The eighth day of Taba, in: bitterlemons (Palestinian-Israeli crossfire), Oct. 27, 2003
- [38] Natan Sznaider: Abschied vom Mantra. Die israelische Linke meldet sich zurück – eine neue israelisch-palästinensische Initiative könnte den Friedensprozess wieder in Fahrt bringen, in: Frankfurter Rundschau, 17.10.2003
- [39] Editorial: A welcome and legitimate initiative, in: Ha'aretz, Oct. 12, 2003, siehe auch: Editorial: Separate and sustainable existence, in: Ha'aretz, Oct. 14, 2003
- [40] In: Medienspiegel der Deutschen Botschaft Tel Aviv 13.10.2003
- [41] Hirsh Goodman: Cries in the Dark, in: Jerusalem Report, Nov. 3, 2003
- [42] Dan Margalit: Wovor haben sie Angst?, in: Ma'ariv, in: Medienspiegel der Deutschen Botschaft, Tel Aviv, 6.11.2003
- [43] Gershon Gorenberg: Prefer Peace to the Temple Mount, in: Jerusalem Report, Nov. 17, 2003
- [44] a.a.O.
- [45] Akiva Eldar: Geneva Accord makes no mention of 'right of return', in: Ha'aretz, Oct. 16, 2003
- [46] Uri Avnery: With Whom, About What (19.10.2003)

- [47] Aluf Benn, Tsahar Rotem, Baruch Kra: Israel to overlook Swiss government role in Geneva Accord, in: Ha'aretz, Oct. 17, 2003
- [48] Aluf Benn: Oh what a stupid war, in: Ha'aretz, Oct. 30, 2003
- [49] a.a.O.
- [50] Ari Shavit: The Geneva document is not barren, in: Ha'aretz, Oct. 16, 2003
- [51] Meron Benvenisti: Virtual understandings, in: Ha'aretz, Oct. 23, 2003
- [52] Elia Leibowitz: The missing message of the Geneva Accord, in: Ha'aretz, Oct. 24, 2003
- [53] Der ehemalige Chef des israelischen Inlandsgeheimdienstes Ami Ayalon und der Präsident der palästinensischen Al Quds Universität Sari Nusseibeh haben im Juni 2003 begonnen in der israelischen und palästinensischen Gesellschaft Unterschriften unter eine 6 Punkte umfassende Prinzipienklärung zu sammeln, die inhaltlich ebenfalls auf der Grundlage der Clinton-Parameter und der Taba-Verhandlungen basiert. Inzwischen wurden in Israel 100.000 und in Palästina 60.000 Unterschriften gesammelt. Ende Oktober 2003 stellten Ayalon und Nusseibeh die Initiative in New York UN-Generalsekretär Annan vor.
- [54] Yossi Alpher: Right idea, difficult premiss, in: bitterlemons (Palestinian-Israeli crossfire), Oct. 27, 2003
- [55] Danny Rubinstein: Arafat okayed Geneva Accord, in: Ha'aretz, Oct. 14, 2003
- [56] Mazal Mualem: Beilin: No right of return in Geneva Accord, in: Ha'aretz, Oct. 14, 2003
- [57] Tovah Lazaroff, Gil Hoffman: Israel protests Swiss backing of plan, in: Jerusalem Post, Oct. 16, 2003
- [58] Danny Rubinstein: If it's so bad for Sharon, it must be good for us, Palestinians say, in: Ha'aretz, Oct. 15, 2003
- [59] Akiva Eldar: Tanzim pushes for popular support of Geneva Accord, in: Ha'aretz, Oct. 15, 2003
- [60] Meldung der Dritte Welt Nachrichtenagentur IPS vom 22.10.2003
- [61] Diese und alle weiteren Informationen zu diesem Thema aus: Arnon Regular: The press in conflict/In the mosques, the Geneva Accord is ridiculed, in: Ha'aretz, Nov. 6, 2003
- [62] Akiva Eldar, Arnon Regular: Qureia voices his personal support for Geneva Accord, in: Ha'aretz, Nov. 11, 2003
- [63] a.a.O.
- [64] Aus einem Bericht von Kirsten Mass, Leiterin des Büros der Heinrich Böll Stiftung in Ramallah
- [65] Nathan Guttman: The road map is not the only game in town, in: Ha'aretz, Nov. 3, 2003
- [66] Editorial: New Tries for Mideast Peace, in: New York Times, Oct. 31, 2003
- [67] Aluf Benn: Powell lends support to Geneva Accord, in: Ha'aretz, Nov. 9, 2003
- [68] Nathan Guttman: The road map is not the only game in town, in: Ha'aretz, Nov. 3, 2003
- [69] Gouglas Davis: Straw praises 'courage' of Geneva initiative, in: Jerusalem Post, Oct. 16, 2003
- [70] William Pfaff: An unofficial peace plan worthy of support, in: IHT, Oct. 18.2003
- [71] Rime Allaf: Recycled delusions in Geneva, in: bitterlemons-international, Edition 17, Volume 1 – Nov. 13, 2003
- [72] M. Cherif Bassiouni: laudable in rekindling hope, in: bitterlemons-international, Edition 17, Volume 1 – Nov. 13, 2003
- [73] Aaron David Miller: One American's view, in: bitterlemons-international, Edition 17, Volume 1 – Nov. 13, 2003
- [74] It's for the parties to adopt, Interview with Marc Otte, in: bitterlemons-international, Edition 17, Volume 1 – Nov. 13, 2003
- [75] Akiva Eldar: People and Politics/Behind-the-scenes of the Geneva Accord, in: Ha'aretz, Oct. 14, 2003
- [76] In: Medienspiegel der Deutschen Botschaft Tel Aviv 15.10.2003
- [77] Yediot Aharonot, in: Medienspiegel der Deutschen Botschaft Tel Aviv 16.10.2003
- [78] In: Medienspiegel der Deutschen Botschaft Tel Aviv 17.10.2003
- [79] www.tau.ac.il/peace
- [80] Gideon Samet: What frightens them so much, in: Ha'aretz, Oct. 15, 2003
- [81] Muriel Asseburg: Die Genfer Vereinbarung. Blaupause für eine Zwei-Staaten-Lösung in Nahost, SWP-Aktuell 43, November 2003, <http://www.swp-berlin.org/>
- [82] a.a.O.
- [83] Akiva Eldar: People and Politics/Behind-the-scenes of the Geneva Accord, in: Ha'aretz, Oct. 14, 2003
- [84] Yossi Verter: Analysis/For Beilin, the details are divine, in: Ha'aretz, Oct. 14, 2003
- [85] Beilin to France, Belgium to lobby for Geneva Accord, in: Ha'aretz, Oct. 22, 2003
- [86] Eliel Shachar, u.a.: „Die Überredungskünste Mitznas und Beilins in aller Welt – ein Skandal“, in: Ma'ariv, 23.10.2003, in: Medienspiegel der Deutschen Botschaft, Tel Aviv, 23.10.2003

Araber, Antisemitismus und Holocaust

Zur Rezeption der Shoah in der arabischen Welt (Teil 1)

Omar Kamil

[Aus: ak - Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 473 / 16.05.2003]

Nach wie vor erfreuen sich die "Protokolle der Weisen von Zion" in Ägypten, Syrien oder dem Libanon bleibender Beliebtheit, skandieren arabische DemonstrantInnen, die gegen die israelische Palästina-Politik protestieren, "Tod den Juden!", werden europäische Holocaust-Leugner wie Roger Garaudy in der arabischen Welt als Helden im Kampf gegen den Zionismus gefeiert. Ist der militante Islamismus also die Fortsetzung des nazistischen Rassenwahns, wie einige deutsche Linke beharrlich verkünden? So einfach liegen die Dinge denn doch nicht. Unser Autor Omar Kamil beschreibt die Realität des arabischen Antisemitismus und die Holocaust-Diskurse arabischer Intellektueller. Der zweite Teil seines Artikels erscheint in *ak* 474.

Man stelle sich folgende Szene in Ägypten vor: Ein deutscher Freund macht Urlaub in Kairo. Dort steigt er in ein Taxi. Der neugierige Taxifahrer fragt ihn, woher er kommt. "Deutschland", antwortet mein Freund. Der ägyptische Taxifahrer reagiert mit Begeisterung: Hitler war gut! Mein deutscher Freund zeigt Zivilcourage und klärt den Taxifahrer über die Gefahr des Antisemitismus auf. Der Taxifahrer wundert sich über den Deutschen, der undankbar auf das Hitler-Lob reagiert, mein deutscher Freund verlässt wütend das Taxi, überzeugt, die Araber seien Nazifreunde! Szenenwechsel: Ein arabischer Freund hört irgendwo in Deutschland einen Vortrag zum Thema "Antisemitismus in der arabischen Welt". Er reagiert mit Empörung und lehnt es kategorisch ab, über arabischen Antisemitismus zu diskutieren - denn wie kann man von den Arabern behaupten, sie seien Antisemiten, wenn "wir" Araber selbst Semiten sind?!

In diesen beiden nicht fiktiven Szenen werden einige der Gründe deutlich, die mich dazu veranlasst haben, mich mit dem Thema Antisemitismus und Holocaust-Rezeption in der arabischen Welt zu beschäftigen. In Deutschland hört man gelegentlich die Behauptung, die Araber seien die Antisemiten von heute. Diese Behauptung verzerrt durch die Monolithisierung der Araber die Realität und zielt bewusst oder unbewusst auf Polemik. Der Antisemitismus ist historisch entstanden und daher auch historisch überwindbar. Ihn in seinem arabischen Kontext zu verstehen, ist die einzige Möglichkeit, seine Überwindung in dieser Region zu beschleunigen. Interessant sind daher folgende Fragen: Wie kommt der Taxifahrer zu der hitlerfreundlichen Aussage? Wie lässt sich der blühende Handel mit antisemitischen Werken in Kairo, Damaskus oder Beirut erklären? Was veranlasst arabische Politiker, sich antisemitisch zu äußern, und warum reagieren arabische Intellektuelle begeistert auf europäische Holocaust-Leugner? Mir geht es hier darum, den Antisemitismus und die Holocaust-Wahrnehmungen in der arabischen Welt zu kontextualisieren, d.h. sie in ihren arabischen Zusammenhängen für deutsche Leserinnen und Lesern verständlich zu machen.

Die Katastrophe des Feindes wird geleugnet

Zuerst muss allerdings das Vorhandensein eines arabischen Antisemitismus als traurige und unentschuld bare Tatsache eingestanden werden. Dass es dafür Erklärungen gibt, rechtfertigt diesen Antisemitismus keineswegs. Ich vertrete die These: So lange Juden und Araber nicht in Konflikt miteinander standen, waren die Diskurse der arabischen Intellektuellen durch Ablehnung des europäischen Antisemitismus gekennzeichnet und zeigten Mitleid für die europäischen Juden. Diese These beruht auf der Arbeit des israelischen Orientalisten Israel Gershoni. (1) Um den antifaschistischen Diskurs ägyptischer Intellektueller zu beweisen, analysierte Gershoni zwei prominente Zeitungen: die monatlich erscheinende *al-Hilal* und die zwei-wöchentlich und später wöchentlich erscheinende *ar-Risala*. Die Bedeutung dieser beiden Presseorgane ergab sich aus der Tatsache, dass sie nicht nur das geistige Leben Ägyptens prägten, sondern darüber hinaus die gesamte arabische Welt. Zur Popularität beider Blätter trugen namhafte Intellektuelle bei, deren Bedeutung für das intellektuelle Leben in der arabischen Welt bis in die Gegenwart reicht. *Al-Hilal* und *ar-Risala* waren keine peripheren Erscheinungen in der damaligen Medienlandschaft, sondern bildeten vielmehr ihr Zentrum.

Erst nach der Gründung des Staates Israel 1948 und als Folge der arabischen Niederlage im Krieg 1948 erlebten die Diskurse arabischer Intellektueller eine grundlegende Veränderung in der Auseinandersetzung mit Israel. Die grundlegende antizionistische Haltung der Araber gestaltete von nun an die Antisemitismus- und Holocaust-Diskurse der arabischen Intellektuellen. Diese Diskurse waren einzig und allein von der kriegerischen Auseinandersetzung mit dem zionistischen Israel geprägt. Die Interpretationsmodelle der arabischen Intellektuellen in ihrer Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und mit dem Holocaust sind von nun an eklektisch, ambivalent und inkonsequent. Sie dienen als Kampfmittel im herrschenden Kriegszustand gegen Israel.

In vier Diskursen instrumentalisierten arabische Intellektuelle den Antisemitismus und den Holocaust und sahen sie ausschließlich durch das Nadelöhr des arabisch-israelischen Konfliktes. Im ersten Diskurs ging es darum, die arabische Niederlage gegen Israel im Krieg von 1948 und den Verlust Palästinas als die arabische Katastrophe (arab. *Nakba*) schlechthin hervorzuheben. Der Holocaust findet in diesem Diskurs keine Beachtung und wird als eine Art Nichtereignis verschwiegen. Die Katastrophe des Feindes wird nicht wahrgenommen, sondern nur die eigene. Im einem zweiten Diskurs stellen arabische Intellektuelle den Holocaust der *Nakba* gegenüber, um ihn herunterzuspielen. Der wahre

Holocaust sei nicht das, was die Nazis den Juden angetan haben, sondern was die Zionisten den Palästinenserinnen und Palästinensern seit 1948 antun. Der dritte Diskurs arabischer Intellektuelle weist den Antisemitismus und den Holocaust als eine Erfindung des Zionismus zurück. Hier wissen arabische Intellektuelle, dass der Antisemitismus und der Holocaust die Gründung des Staates Israel zu einer Notwendigkeit gemacht haben. Leugnen sie sie, so stellen sie die moralische Legitimation Israels in Frage. In einem vierten Diskurs werden Antisemitismus und Holocaust benutzt, um gegen die westliche Zivilisation zu polemisieren. In diesem Diskurs betonen arabische Intellektuelle die Unfähigkeit Europas, Juden in ihrer Mitte zu integrieren. Den Antisemitismus und den Holocaust sehen sie als einen Makel in der europäischen Zivilisation, dessen Preis schließlich die Palästinenser bezahlten.

Repräsentativ für das Verschweigen des Holocaust steht hier Anis Freha. Der libanesische Historiker schildert in einem Aufsatz den Antisemitismus in der europäischen Geschichte. Er kritisiert die Rassentheorie und weist auf deren christliche und europäische Wurzeln hin. Den Holocaust erwähnt er kein einziges Mal. Dagegen verweist er auf die *Nakba* der Palästinenser. (2) Ähnlich verhält sich der ägyptische Philosoph Zaki Nagib Maomud. Er unterscheidet in einem 1979 veröffentlichten Buch zwischen Juden und Zionisten. Die zionistische Bewegung, so Maomud, stelle eine Minderheit unter den Juden dar. Darüber hinaus bemüht er sich, den Vorwurf, die Araber seien Antisemiten, zu widerlegen. Für Maomud ist der Antisemitismus der arabischen Moderne fremd. Weiterhin argumentiert Maomud wie viele arabische humanistische Denker gegen den Rassismus, um den Zionismus als rassistische Bewegung gegen die arabische Bevölkerung Palästinas darzustellen. Auch in seiner Antisemitismusanalyse kommt der Holocaust nicht vor.

Der Holocaust als israelische "Erfindung"

Eine weitere Instrumentalisierung des Holocaust im Diskurs der arabischen Intellektuellen besteht darin, den Holocaust als ein historisches Ereignis anzusehen, um ihn dann im Vergleich zu der den Palästinensern durch die Zionisten zugefügten Katastrophe herunterzuspielen. In seiner Chronik zum Zweiten Weltkrieg behandelt Ramadan al-Lawindi den "großen Schrecken" der Konzentrationslager auf zwei Seiten. Als einzige Begründung dafür nennt er Hitlers Wahn. Die Verbrechen der Nazis sind für al-Lawindi eine Art Intensivierung des kolonialistischen Geistes Europas, allerdings nach innen gerichtet, wie ein Feuer, das sich selbst frisst. Doch Europa habe aus dieser Erfahrung nichts gelernt und unterstütze dieselbe Logik der Zionisten bei ihren Verbrechen gegen das palästinensische Volk. (4) Hier lässt sich ein weiteres Mal beobachten, wie die Instrumentalisierung des Holocausts funktioniert. Der Autor holt den Holocaust aus dem Nichts hervor; ohne ein Wort über die Opfer zu verlieren, benutzt er ihn, um auf die Gefahr durch die Zionisten hinzuweisen, die "hundert Millionen" Araber töten wollten.

Europäische Holocaust-Leugner als Volkshelden

Die dritte Holocaust-Wahrnehmung besteht darin, ihn zu leugnen. Dieses Leugnen hat in der arabischen Welt seine eigene Dynamik. Da die arabischen Autoren sich mit dem Holocaust nicht selbst auseinandersetzen, übernehmen sie aus europäischer Feder stammende übersetzte Literatur, deren Verfasser im europäischen Kontext den Holocaust geleugnet haben. Meist beginnen arabische Autoren ihre einschlägigen Texte mit einer Auflistung von Fragen: "Wie fand der Holocaust statt? War der Holocaust nicht eine Erfindung der Zionisten? Gab es Gaskammern? Wie echt ist die Zahl von sechs Millionen?" Sodann verspricht der Autor seiner Leserschaft eine "wissenschaftliche Analyse", um die Richtigkeit seiner Antworten auf diese Fragen zu beweisen. Die "wissenschaftliche Analyse" besteht ausschließlich aus Zitaten europäischer und amerikanischer Autoren, die den Holocaust leugnen. Im Anschluss daran geht der Autor auf das Verbrechen Israels an Palästina ein, wo der wahre Holocaust tagtäglich stattfindet.

Repräsentativ für diese Art Literatur ist das populäre Buch von Aomad at-Tuhami Sultan "Die große Lüge: die Verbrennung von sechs Millionen Juden in den Gaskammern". Schon der Titel zeigt, was uns in dem Buch erwartet. Um die "große Lüge" zu beweisen, zitiert Sultan euro-amerikanische Holocaust-Leugner. (5) Seine Argumentation ist dabei widersprüchlich. Zuerst leugnet er den Holocaust, dann aber spricht er von den Zionisten als den "neuen Nazis", die in Palästina Nazimethoden wie Verbrennung und Vertreibung gegen die Palästinenser anwenden würden. Einer etwas anderen Art, den Holocaust im arabischen Kontext zu leugnen, begegnet man bei Autoren, die ihre Aufgabe darin sehen, euro-amerikanische Holocaust-Leugner in Schutz zu nehmen.

Als Beispiel dafür steht der französische Autor Roger Garaudy, der in einem seiner Bücher die Zahl der sechs Millionen jüdischen Opfer in Frage stellte. Garaudy, der zum Islam konvertierte, wurde in verschiedenen arabischen Hauptstädten wie ein Held empfangen. Es erschienen zahlreiche Publikationen und Aufsätze, deren Ziel es war, Garaudy vor dem Zionismus und "den Juden" in Schutz zu nehmen. Ein Beispiel dafür liefert Saleo Zahar ad-Din in seinem Buch: "Über den historischen Hintergrund des Gerichtsverfahrens gegen Roger Garaudy". Zuerst rekonstruiert Zahar ad-Din die Beziehung der Zionisten zu Nazideutschland. (6) Dann berichtet er über einen "geheimen Bund" der Zionisten mit den Nazis und von der Kooperation zwischen Nazis und Zionisten. Schließlich "analysiert" er die "Lüge von der Verbrennung der Juden in den Öfen und Gaskammern der Nazis" und bezeichnet den Holocaust als eine Erfindung der Zionisten. Auch hier, bei seiner Rekonstruktion von Nazismus und Zionismus, stützt sich Zahar ad-Din auf euro-amerikanische Holocaust-Leugner. Den "Muslim" Garaudy präsentiert er als Kämpfer für die Wahrheit, der die Solidarität der Muslime und der Araber verdiene.

Die Intervention der "neuen Intellektuellen"

Der vierte Typus von Holocaust-Wahrnehmung im Diskurs der arabischen Intellektuellen besteht in der Instrumentalisierung des Holocausts in einer gegen Europa und die westliche Zivilisation gerichteten Polemik. Die Autoren erwähnen den Holocaust meistens verharmlosend, um ihn als "Kampfmittel" in einer polemischen Auseinandersetzung mit der europäischen Zivilisation einzusetzen. Beispiel dafür ist hier Abd al-Wahab al-Misiri. Der ursprünglich aus der Linguistik kommende Ägypter gilt in der arabischen Welt seit den 1990er Jahren als der Israel-Kenner schlechthin. In einer seiner zahlreichen Publikationen beschäftigt sich al-Misiri mit dem Zionismus und dem Nazismus. Al-Misiri analysiert den Zionismus, den Imperialismus und den Nazismus als Ausdruck der westlichen Zivilisation. In seiner Polemik bezeichnet al-Misiri "*al-ʾibada*" ("die Vernichtung") als eine Erscheinung der europäischen Zivilisation. (7) Um zu beweisen, dass die Vernichtung von einem Abstraktum zur historischen Realität wurde, die als Instrument im Dienste des "westlichen Menschen" stand, liefert er Beispiele aus der Geschichte. Dazu gehören u.a. die Vernichtung von Kulturen durch den Imperialismus und die Vernichtung der Afrikaner in der Sklaverei. Die Vernichtung der Juden in Deutschland kann nach al-Misiri nur im Kontext der westlichen Vernichtungstendenz gesehen werden. Al-Misiri sieht die Naziverbrechen an den Juden als Muster der westlichen Zivilisation, die vor und nach dem Nazismus Theorien mit Vernichtungstendenzen hervorgebracht habe. Dazu zählt er Imperialismus, Totalitarismus, Materialismus und Darwinismus. Zu diesen Theorien mit Vernichtungsziel rechnet al-Misiri ebenfalls den Zionismus. Zionismus und Nazismus sind für al-Misiri zwei konstitutive Strömungen der westlichen Zivilisation, deren Ziel es ist, das Fremde bzw. das Andere zu vernichten.

Das Ziel solcher Herleitungen ist klar: Während die Juden das Ziel der Vernichtung des Nazismus waren, sind die Palästinenser das Vernichtungsziel der Zionisten. Dass die Zionisten die Palästinenser nicht ganz vernichten, negiert nicht die Vernichtungsstruktur der zionistischen Ideologie. Das Unvermögen der Zionisten, die Palästinenser gänzlich auszulöschen, führt al-Misiri auf das Vorhandensein von internationalen Institutionen und Medien zurück, die solch eine Barbarei nicht erlauben würden. Der Holocaust selbst wird von al-Misiri auf drei Seiten behandelt. Er lehnt es ab, in seiner Studie den Begriff Holocaust bzw. Shoah zu verwenden, da beide Begriffe eine religiös-jüdische Bedeutung haben und damit die Vernichtung anderer Minderheiten und Völker durch den Nazismus verkennen würden. Das Werk al-Misiris ist im Grunde also keine Auseinandersetzung mit dem Holocaust, sondern vielmehr eine Abrechnung mit der westlichen Zivilisation, bei der der Holocaust lediglich als Instrument benutzt wird. Al-Misiri versteht sein Werk als einen Beitrag zur Stärkung eines arabisch-islamischen Projektes, dessen Ziel nicht in der Nachahmung des Westens besteht, sondern darin, "uns", die Muslime und Araber, selbst zu entdecken; dazu ist es notwendig, sich von der Wahrnehmung historischer Ereignisse mit aus Europa importierten Theorien und Modellen zu distanzieren.

Ein ganz anderer Diskurs beginnt mit den Interventionen der "neuen Intellektuellen". Dabei handelt es sich nicht um eine organisierte Gruppe, sondern vielmehr um einzelne arabische Intellektuelle, die sich von den beschriebenen Instrumentalisierungen distanzieren und das arabische geistige Leben mit einem neuen Holocaust-Diskurs bereichern. Einer der ersten unter den "neuen Intellektuellen" ist der palästinensische Israeli Azmi Bishara. Für den ausgebildeten Philosophen ist der Titel "Die Araber und der Holocaust" (1994) eigentlich Nonsense; so jedenfalls leitet Bishara seinen Beitrag ein, um anschließend ebenso entschieden das Gegenteil zu begründen. Bishara erwähnt die Gründe, warum arabische Intellektuelle die Beschäftigung mit dem Holocaust ablehnen, und stellt dem seine eigenen Gründe gegenüber, die ihn veranlasst haben, sich doch damit zu beschäftigen. (8)

Azmi Bishara: "Leiden der Juden anerkennen!"

- Die Palästinafrage ist mit der jüdischen Frage verbunden. Das mag unfair und ungerecht sein, doch es ist die Realität.
- Bishara spricht von der Auseinandersetzung mit dem Holocaust als Teil einer Selbstkritik. Denn mindestens einmal war die palästinensische Nationalbewegung daran interessiert, ein Bündnis mit dem nationalsozialistischen Deutschland gegen England und den Zionismus einzugehen. Dieses Bündnis bezeichnete Bishara als einen gravierenden Fehler, der um der Geschichte und der Gegenwart willen kritisiert werden muss.
- Der dritte Grund für Bishara ist die Universalisierung des Holocaust. Denn das Gedenken an den Holocaust ist kein Eigentum des Staates Israel, sondern der ganzen Menschheit.
- In jedem möglichen historischen Kompromiss mit dem israelischen Staat muss zwei kollektiven Gedächtnissen Rechnung getragen werden. Ein Kompromiss im Nahen Osten kann nur mit Rücksicht auf die Geschichte zu Stande kommen und der Holocaust stellt einen grundlegenden Bestandteil der jüdischen Geschichte dar.

Die arabischen Intellektuellen fordert Bishara auf, den Holocaust als ein Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung Europas anzuerkennen. Dabei betont er, dass diese Anerkennung nicht dazu dienen soll, eine Verbindung zur palästinensischen Tragödie zu konstruieren, das Leid der Palästinenser überzubetonen und das Ausmaß des Holocaust zu schmälern.

Anders als bei Bishara liegen die Dinge bei Edward Said. Der in den USA lebende Literaturwissenschaftler genießt in der arabischen Welt hohes Ansehen und gilt vielen arabischen Intellektuellen als ein Botschafter in der westlichen

Welt, nicht nur für die palästinensische Sache, sondern auch als ein Botschafter der arabisch-islamischen Kultur. Said veröffentlichte Jahre nach dem Aufsatz von Bishara einen Artikel in der in London erscheinenden arabischen Zeitung *al-Qayat* (5.11.1997). Um eine möglichst große Wirkung zu erzielen, schrieb Said seinen Text in schönem und einfachem Arabisch - er wollte nicht nur die arabischen Intellektuellen erreichen, sondern auch den "Mann auf der Straße", wie er später in einem Interview sagte. Seine Botschaft war klar und wird schon im Titel seines Aufsatzes reflektiert. Dieser lautet: *Usus lit-Ta'ayus* ("Grundlagen für die Koexistenz"). Damit brachte er zum Ausdruck, was er durch den Aufsatz erreichen wollte. Said hob die Bedeutung des Holocaust für alle Jüdinnen und Juden in der Welt hervor. Trotz seiner Kritik am arabisch-israelischen Friedensprozess weist er auf positive Entwicklungen im Nahen Osten hin, die erst durch diesen Friedensprozess ermöglicht wurden. Dazu gehören Arbeiten von arabischen und von israelischen Intellektuellen, die die Geschichte der Region und damit auch den Konflikt neu schreiben wollen. Die perspektivlose Situation des Friedensprozesses dürfe nicht dazu führen, eine Flucht in Richtung Vergangenheit anzutreten. Denn unsere jüngere Vergangenheit ist von politischen Fehlschlägen, Menschenrechtsverletzungen, militärischer Unfähigkeit und dem Niedergang der Produktivität gekennzeichnet. Said bezeichnet die moderne Geschichte der arabischen Völker als ein hässliches Bild, das viele diskreditierte und überholte Vorstellungen enthalte. Allen voran die Vorstellung, "*der Holocaust und das Leiden der Juden seien nichts weiter als eine propagandistische Lüge*".

Edward Said und die Grundlagen der Koexistenz

Noch nie bekamen arabische Leserinnen und Leser einer arabischen Zeitung so eine deutliche Kritik an der arabischen (Nicht-)Wahrnehmung des Holocaust zu Gesicht. Said schrieb: "*Die Behauptung, der Holocaust sei nur eine Erfindung der Zionisten, ist in unerträglicher Weise immer noch in Umlauf*". Schuld an der Unfähigkeit, den Holocaust anzuerkennen, sind für Said die Intellektuellen. Er kritisiert sie wegen ihrer Parteinahme für Roger Garaudy, der mit seinen Zweifeln an dem Tod von sechs Millionen Juden zum Helden in der arabischen Welt wurde. Statt einen "Dekadenten" wie Garaudy zu verteidigen und sich Sorgen über die Meinungsfreiheit in Frankreich zu machen, sollten sich die arabischen Intellektuellen lieber intensiver für die Demokratisierung ihrer eigenen Gesellschaften einsetzen. Für Said ist es klar, dass "*die Welt das Leid der Araber erst zur Kenntnis nimmt, wenn die Araber in der Lage sind, das Leid anderer anzuerkennen, auch wenn sie unsere Unterdrücker sind*". Anders als Bishara argumentiert Said, wenn es um die Verbindung zwischen dem Holocaust und der *Nakba* geht. Für Said ist durchaus eine Verbindung zwischen beiden Ereignissen herstellbar. Diese Verbindung ist allerdings nur möglich, "*wenn wir den Holocaust als das anerkennen, was er war - ein wahnsinniger Genozid am jüdischen Volk, (erst dann) dürfen wir uns gegenüber Juden und Israelis das Recht nehmen, auch einen Zusammenhang zwischen dem Holocaust und dem Unrecht herzustellen, das den Palästinensern von den Zionisten zugefügt wurde*".

Dieser Aufsatz stellt einen Wendepunkt im Holocaust-Diskurs der arabischen Gesellschaften dar. Er gewinnt seine Bedeutung dadurch, dass er nicht von einem "proisraelischen" Araber, sondern von einem durch seine kritische Haltung gegenüber Israel bekannten Intellektuellen stammt. Said ist einer der schärfsten Kritiker Israels in der arabischen Welt. Dennoch wurde er Zielscheibe heftiger Attacken.

Anmerkungen:

- Gershoni, Israel, 1999: *Or bezal - metzrajim veva Faschism 1922-1937* [Licht im Schatten: Ägypten und der Faschismus 1922-1937] Tel Aviv
- Freoa, Anis, 1950: "*al-Oaraka al-Lasamiyya fit-Tario* [Die antisemitische Bewegung in der Geschichte]", in: *al-'Aboat*, vol. 4 (1950), S. 463-482, S. 480
- al-Lawindi, Ramadan, 1992: "*al-Harb al-'Alamiyya at-Taniyya* [der Zweite Weltkrieg]", Beirut, S. 418
- Sultan, Aomad at-Tuhami, 1991: "*Al-'Ukoubat al-Kubra: Oarq Sita Milion Yahudi fi Afran al-Gaz* [Die große Lüge: die Verbrennung von sechs Millionen Juden in den Gaskammern]", Kairo, S. 5-9
- Zahar ad-Din, Saleo, 1998: "*Al-oalfiya at-Tarioiya limuoakamat Rogeh Garudi* [Der historische Hintergrund des Gerichtsverfahrens gegen Roger Garaudy]", Beirut, S. 81-8
- Al-Misiri, 'Abd al-Wahab, 1997: "*as-Sahuniyya wal-Naziyya wa Nihayyat at-Tario* [Der Zionismus und der Nazismus und das Ende der Geschichte]", Kairo, S. 36ff.
- Bishara, A., 1994: "Die Araber und der Holocaust - die Problematisierung einer Konjunktion", in: Steininger, Rolf (Hg.), 1994: *Der Umgang mit dem Holocaust*, Wien, S. 407-432

Araber, Antisemitismus und Holocaust

Zur Rezeption der Shoah in der arabischen Welt (Teil 2)

Omar Kamil

[Aus: ak - Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 474 / 20.06.2003]

Im ersten Teil seines Artikels in *ak* 473 beschrieb Omar Kamil die jahrzehntelang in den arabischen Ländern vorherrschende Rezeption der Shoah: Verschweigen, Instrumentalisierung, ja sogar Leugnung des Völkermordes an den europäischen Jüdinnen und Juden. Die Hauptverantwortung für diese völlig verzerrte Wahrnehmung tragen arabische Intellektuelle. Erst mit den Interventionen der "neuen Intellektuellen" in den 1990er Jahren artikuliert sich eine Strömung, die das "Leiden der Juden" anerkennt und den arabischen Antisemitismus angreift.

Nach dem palästinensischen Israeli Azmi Bishara war es vor allem der in den USA lebende Edward Said, der die Lügen der arabischen Holocaust-Leugner und Instrumentalisierer zurückwies. In seinem Artikel in der in London erscheinenden arabischen Zeitung *al-Oayat* (5.11.1997) widersprach Edward Said vehement der immer noch verbreiteten Behauptung, "*der Holocaust und das Leiden der Juden seien nichts weiter als eine propagandistische Lüge*", nämlich "*eine Erfindung der Zionisten*". Und er zog eine Verbindung zwischen Holocaust und Nakba, der palästinensischen Katastrophe von 1948, überzeugt, dass "*die Welt das Leid der Araber erst zur Kenntnis nimmt, wenn die Araber in der Lage sind, das Leid anderer anzuerkennen, auch wenn sie unsere Unterdrücker sind*".

Dieser Aufsatz stellt einen Wendepunkt im Holocaust-Diskurs in den arabischen Gesellschaften dar und gewinnt seine Bedeutung dadurch, dass er nicht von einem "pro-israelischen" arabischen Intellektuellen stammt, sondern von einem der schärfsten Kritiker Israels in der arabischen Welt. Dennoch wurde er Zielscheibe heftiger Attacken. Der aus Bahrain stammende bekannte arabische Intellektuelle Muoammed Gabir al-'Ansari veröffentlichte eine Woche später in zwei Artikeln in *al-Oayat* (11. und 12.11.1997) eine Antwort auf Said. Al-'Ansari brachte keine inhaltlichen Gegenargumente. Vielmehr warf er Said vor, sich von seiner bisherigen patriotischen Position zu entfernen. Al-'Ansari behauptete zu wissen, welchen Druck die US-amerikanische Öffentlichkeit und die zionistische Lobby in den USA auf Said ausübten; diesem Druck habe Said nachgegeben. Al-'Ansari sieht den Holocaust als eine europäische Angelegenheit. Die Deutschen hätten den Juden etwas angetan, wofür die Palästinenser heute den Preis bezahlen müssten. Erstaunlich sei, so al-'Ansari weiter, dass Said als Palästinenser, und damit als "neues Opfer", für ein neues Denken plädiert. Gerade dieses neue Denken sei wegen der israelischen Besatzung nicht opportun. Mit seiner Forderung, die Araber sollten den Holocaust anerkennen, folge Said einem westlichen Diskurs. Inhaltliche Gegenargumente sucht man in al-Ansaris Artikeln vergeblich.

Eine neue Dimension bekam die Debatte über Suids Artikel mit dem Beitrag des saudischen Journalisten Abdallah Mana', der in einem Artikel der gleichen Zeitung (*al-Oayat*, 14.12.1997) Said heftig attackierte. Mana' argumentiert verschwörungstheoretisch. Zunächst lobt er al-Ansaris "objektive Analyse" und kritisiert die Mangelhaftigkeit von Suids Holocaust-Diskurs. Mana' führt diese Mangelhaftigkeit auf den Druck zurück, der von der zionistischen Lobby in den USA auf Said ausgeübt werde. Vor diesem Druck habe Said geistig kapituliert. Schließlich wirft Mana' Said vor, mit seinem Holocaust-Diskurs als ein "Agent" des Westens im arabischen Kontext zu funktionieren: "*Was ist in dich gefahren und welcher Art von Druck warst du ausgesetzt, dass so hastig aus dir ein Botschafter des Westen wurde, um nicht zu sagen - Gott bewahre!*" Bemerkenswert sind Mana's Aussagen über den Holocaust. Zum einen stellt er den Holocaust in Frage, zum anderen verharmlost er ihn, indem er ihn der "permanenten Vernichtung" der Palästinenser durch die Zionisten gegenüberstellt. Dass die westliche Welt den Holocaust als eine Katastrophe des jüdischen Volkes anerkennt, führt Mana' auf "die Fähigkeit und Geschicklichkeit der Juden" zurück. Schließlich macht Mana' sich lustig über Said, der die Palästinenser auffordert, den Holocaust anzuerkennen, während sie "*das israelische Messer an ihren Hälsen haben und die israelischen Dolche in ihren Rücken stecken!*".

Mit einer schonungslosen Kritik reagierte der libanesische Schriftsteller und Journalist Oazim Sagiya auf Mana's Artikel (*al-Oayat*, 8.12.1997). Er empört sich über Mana's Unwissenheit und Unverschämtheit, die ihm erlaubte, den Holocaust zu verharmlosen. Mana' als Person interessiert Sagiya nicht, vielmehr sieht er Mana' als typischen Vertreter einer arabischen Denkrichtung, die den Holocaust-Diskurs immer noch prägt. Im Grunde leidet das "arabische Denken" unter einer tiefen Verzerrung, wenn es um den Holocaust geht. Das führt dazu, dass Araber das Thema Holocaust am liebsten meiden. Sagiya fragt sich, wie ein Israeli über einen Frieden mit den Arabern urteile, wenn er die Ausführungen des arabischen "Denkers" Mana' lesen würde. Schließlich betont Sagiya, dass Edward Suids Artikel schon viel früher hätte geschrieben werden sollen.

Edward Said - ein "Botschafter des Westens"?

In der Tat repräsentiert Sagiya in seinem Holocaust-Diskurs die neuen Intellektuellen in der arabischen Welt. Als Libanese spricht er sich nicht nur dafür aus, Israel anzuerkennen; er plädiert auch dafür, das Leid der Juden - den Holocaust - zur Kenntnis zu nehmen. Während Said mit pragmatischen Argumenten für die Anerkennung des Holocaust wirbt, argumentiert Sagiya völlig anders. Ähnlich wie Bishara plädiert er für die Universalisierung des Holocaust. Die

Anerkennung der Juden als Opfer des Holocaust dürfe nicht dazu führen, den Holocaust zum Eigentum der "Juden" oder des Staates Israel zu machen. Vielmehr sei der Holocaust eine menschliche Tragödie.

Gemeinsam mit dem tunesischen Autor Saleo Basir verfasste Sagiya einen Artikel (*al-Oayat*, 18.12.1997), in dessen erstem Teil die Autoren für die Universalisierung des Holocaust plädieren. Die jüdische Leidensgeschichte müsse als universal verstanden werden; heute etwa hätten *"die Türken in Deutschland, die Algerier in Frankreich und die Schwarzen überall auf der Welt unter rassistischer Verfolgung zu leiden, die, trotz aller Unterschiede, Kontinuitäten mit der Unterdrückung der Juden aufweist, welche im Holocaust kulminierte"*. Die aus dem Holocaust zu ziehenden Lehren, dass Ähnliches nie wieder geschehen dürfe, hätten zudem längst den Horizont einer exklusiv jüdischen Perspektive transzendiert und seien integraler Teil des "Gedächtnisses der Menschheit" geworden. Im zweiten Teil konzentrieren sie sich auf den Konflikt im Nahen Osten; bei diesem gehe es weniger um Fragen der Landverteilung und der Sicherheit als darum, *"wie Araber und Palästinenser sich gegenüber dem Holocaust und wie die Juden sich gegenüber den palästinensischen Opfern verhalten"*. Erst eine konstruktive Beantwortung dieser Frage biete die Grundlage für eine wirkliche Koexistenz in der Region. Um eine Ebene gegenseitiger Verständigung zu erreichen, müssten die Palästinenser endgültig darauf verzichten, sich als die wahren Opfer des Holocaust zu inszenieren oder diesen gleich ganz zu leugnen. Bisher nämlich hätten sie mehrheitlich *"den weit verbreiteten Glauben übernommen, dass eine Bestätigung des Holocaust die Anerkennung des Existenzrechtes des israelischen Staates beinhalte. Deshalb zogen sie es vor, seine Realität entweder anzuzweifeln oder ihn sogar mit heiterer Gelassenheit zu leugnen."*

Holocaust und Gedächtnis der Menschheit

Der Holocaust müsse als *"das schrecklichste Kapitel der bisherigen Menschheitsgeschichte"* begriffen werden. Würde sich diese Erkenntnis in der arabischen Diskussion durchsetzen, so Sagiya und Basir, wäre keinesfalls das Unrecht geschmälert, das den Palästinensern seit Gründung des Staates Israel angetan worden sei. Im Gegenteil könnte von Israel eine neue Form der Verantwortlichkeit gegenüber den Palästinensern und ihrer geschichtlichen Erfahrung eingefordert werden. Sobald die palästinensische Gesellschaft sich mit dem Holocaust auch als Teil ihrer eigenen Geschichte beschäftigt, würde sie aufhören, dessen Realität und damit das Existenzrecht Israels zu leugnen, und so helfen, ein Klima gegenseitigen Vertrauens zu schaffen. Diese Universalisierung aber werde nur möglich, wenn Israel anerkenne, *"dass es auch andere Ungerechtigkeit gebe - besonders die eigene gegenüber den Palästinensern"*. Eine Koexistenz sei im Nahen Osten nur dann möglich, wenn beide Seiten aufhörten, ausschließlich in ihrer eigenen Geschichte zu leben, und statt dessen beginnen würden, die Geschichte des jeweils anderen in die eigene aufzunehmen.

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Holocaust-Diskurs der arabischen Intellektuellen liefert auch der in den USA lebende ägyptische Intellektuelle Ma'mun Findi in einem Artikel in der in London erscheinenden arabischen Zeitung *as-Sarq al-'Awsat* (11.11.2002). Anlass seines Artikels war die auf dem antisemitischen Werk der "Protokolle der Weisen von Zion" basierende und auf verschiedenen arabischen Fernsehkanälen ausgestrahlte Seifenoper *Fares bela Gawad* ("Reitende ohne Pferd"). In seinem Artikel *Fares bela Huga* ("Reitende ohne Argument") kritisiert Findi sowohl den Antisemitismus- als auch den Holocaust-Diskurs der meisten arabischen Intellektuellen. Findi greift das Argument arabischer Intellektueller an, man könne Araber nicht als Antisemiten bezeichnen, da sie selbst "Semiten" seien. Dieses Argument ist aus Findis Sicht lächerlich und absurd; es zeige, von welcher Ignoranz der Weltgeschichte der arabische Diskurs in dieser Angelegenheit bestimmt sei. Findi erklärt seinen Leserinnen und Lesern, was Antisemitismus im europäischen Kontext bedeutet und wie dieser Antisemitismus am Ende die europäischen Juden in die Gaskammern führte; schließlich fragt er: "Wann wurden die ‚semitischen‘ Araber in die Gaskammern geschickt?" Wenn die Araber in der Weltöffentlichkeit den Antisemitismus als eine anthropologische Frage behandeln und mit Absicht oder aus Ignoranz das grausame Schicksal der Juden infolge des Antisemitismus übersehen, so machten sie sich lächerlich und stellten ihre Glaubwürdigkeit in Frage. In der Tat haben Europäer den Holocaust gegen die Juden verübt, aber wenn die Araber, so argumentiert Findi weiter, den Holocaust leugnen, vor Holocaust-Leugnern aus Europa und den USA in ihren Ländern den roten Teppich ausrollen und die Verbrechen der Deutschen zu den eigenen machen, erklärten sich die Araber selbst für Nazis. Dass sie in einem Konflikt mit Israel stehen, rechtfertige nicht die Leugnung des Holocaust; vielmehr reflektiere diese Leugnung den Verfall der eigenen moralischen Wertvorstellungen. Die Araber irrten, wenn sie meinten, den Holocaust zu leugnen schade Israel - vielmehr schädeten sie sich dadurch selbst.

Antisemitismus - ein Import aus Europa

Zu den neuen Intellektuellen gehört auch der irakische Kolumnist der *As-Sarq al-'Awsat* Oalid al-Qastini. Fast regelmäßig informiert er seine Leserinnen und Leser über die Kultur und die Geschichte der Juden in den arabischen Gesellschaften, vor allem im Irak. Al-Qastini, der an die Gewaltlosigkeit und die "menschliche Brüderlichkeit" glaubt, beschreibt in einem Artikel unter dem Titel "Die irakischen Juden: diese wunderbare Gemeinschaft" die Stellung irakischer Juden, als sie noch im Irak lebten. Für diesen Artikel wurde er heftig kritisiert und beschimpft. Schließlich, so argumentierten seine Kritiker, dienten die irakischen Juden in der israelischen Armee. Außerdem würden die "wunderbaren Juden" täglich beim Morgengebet die Muslime verfluchen! Genau diesen letzten Vorwurf nahm Al-Qastini zum Anlass für einen weiteren Artikel, in dem er die Haltung der Araber zum Antisemitismus und zum Holocaust kritisch behandelt. Er zählt die in den arabischen Gesellschaften gängigen antisemitischen Vorwürfe auf und weist auf ihre christlich-europäische Herkunft hin. Er beschreibt solche Vorwürfe gegen die Juden als Fäseleien, die erst mit den

Europäern in den arabischen Orient kamen und schließlich mit dem arabisch-israelischen Konflikt Eingang in den arabischen Diskurs fanden.

Dann geht er auf die Morgengebete der Juden ein, um zu zeigen, dass der gläubige Jude seinen Tag mit einem Gebet beginnt, in dem er Gott um das Wohlwollen für die Menschen bittet. Eine Verdammung der Muslime sei nur in den arabischen Mythen vorhanden, betont al-Qastini. Dann plädiert er für die Lehren von Martin Buber: Die Araber sollten sich in die Situation der Juden versetzen, um ihr Leid, ihre Ängste und Gedanken verstehen zu können. Die "klassische" Antwort darauf, dass "wir als Araber" das nicht tun können, wenn wir sehen, was die Israelis mit unseren palästinensischen Brüdern und Schwestern machen, weist al-Qastini als nicht produktiv zurück, denn ohne Zweifel sagen auch die Israelis: "*Schau, was die Palästinenser uns antun!*"

"Solidarität mit dem jüdischen Volk"

Der häufig gezogene Vergleich zwischen dem Holocaust und dem Vorgehen der Israelis gegenüber den Palästinensern steht im Zentrum des Diskurses der neuen arabischen Intellektuellen. Der libanesische Kolumnist Guzef Samaoa lehnt in einem Artikel diesen Vergleich vehement ab. In einem provokativen Artikel unter dem Titel "Sollen wir Hitler lieben oder hassen?" wirft er manchen Arabern vor, Hitler als nationalen Helden zu betrachten. (*al-Oayat*, 5.3.2000) Wenn solche Araber Hitler kritisierten, dann täten sie dies nur, weil Hitler die Vernichtung der Juden nicht vollständig realisiert habe. Die Logik dieser Araber funktioniere sehr einfach. Sie adoptieren Hitler als den Henker der Juden, die wiederum die "Henker" der Palästinenser sind. Durch diese verzerrte Geschichtswahrnehmung werde ein arabisches Bewusstsein konstruiert, das sich antisemitische Werke zu eigen mache und es erlaube, euro-amerikanische Holocaust-Leugner mit Enthusiasmus zu empfangen, europäische Politiker à la Haider zu verteidigen und schließlich Hitler zu verehren.

Samaoa zieht auch einen Vergleich zwischen dem Nazismus und dem Zionismus, nicht um eine Beziehung zwischen beiden zu konstruieren, sondern um den arabischen Leserinnen und Lesern das Wesen beider Ideologien zu erklären. Für ihn ist Israel ein zionistischer Staat, der jahrelang die Existenz der Palästinenser als eine politische Entität negierte, die Palästinenser aber keineswegs als Volk vernichten wollte. Die Nazis dagegen machten sich die Vernichtung der Juden insgesamt zum Ziel. Samaoa betont die Notwendigkeit, die zionistische Ideologie zu kritisieren; Israel allerdings als "Nazistaat" zu bezeichnen, zeige nur die Unfähigkeit, die Natur des Nazismus zu verstehen.

Genau diese Unfähigkeit der Araber, das Wesen des Nazismus zu begreifen, behandelt der palästinensische Politikwissenschaftler Marawan Bisara in einem Artikel in *al-Oayat* unter dem Titel "Palästina und der Holocaust". Zuerst betont Bisara, der Diskurs der Araber über den Holocaust sei oberflächlich und diene allein dazu, Israel schlecht zu machen und die palästinensische Sache zu verteidigen. Dieser Diskurs sei in sich widersprüchlich: Einerseits leugneten Araber den Holocaust oder bezweifelten die Zahl der sechs Millionen ermordeten Juden; gleichzeitig bezeichneten sie das, was Israel den Palästinensern antue, als einen palästinensischen Holocaust. Die Araber könnten in ihrer Geschichte diese Dimension des Hasses und die Lust an der Vernichtung des anderen nicht. Daher könnten sie sich nicht vorstellen, wie die Nazis in der Lage waren, sechs Millionen Juden kaltblütig und barbarisch zu vernichten. Daher fordert Bisara die Araber auf, sich mit dem Holocaust auseinander zu setzen, um ihn zu begreifen.

Diese Forderung wurde erst 2003 von einer Gruppe palästinensischer Intellektueller in Israel aufgegriffen. Sie gründete eine Initiative, um zuerst in Seminaren den Holocaust zu studieren und anschließend eine Reise nach Auschwitz zu machen. Die Gruppe wandte sich in einem Kommuniké mit dem Titel "Erinnerung an das Leid für den Frieden" an die Öffentlichkeit. Darin äußerte sie ihre Sorgen über die sich im Verlauf der Intifada immer mehr verschlechternden Beziehungen zwischen Arabern und Juden. Die Initiatoren wollten ein Zeichen setzen und das Leid der anderen Seite verstehen: "*Die beide Völker können den blutigen Weg nur verlassen, wenn sie das Leid und die Ängste des Anderen kennen und verinnerlichen ... Wir wollen mehr über die Schmerzen, das Elend, das Qual und die Zerstörung studieren und kennen lernen ... Wir wollen uns hineinversetzen und uns solidarisch mit dem jüdischen Volk erklären.*" (*Ha'aretz*, 5.2.2003). Neben den zwei Hauptinitiatoren, dem Pater Emil Sufani und dem Journalisten Nazir Magli, sind unter den Unterzeichnern Kirchenmänner aller Konfessionen sowie Saio 'Abdallah Nimr Darwis, der Gründer der Islamistischen Bewegung, Amal Murqus, Na'im 'Araideh und Professor Faail Mansur. Der Wille, die Bedeutung des Holocaust für das jüdische Volk zu verstehen, beruhe auf dem rein humanistischen Interesse der Unterzeichnenden, betonte Emil Sufani. Dieses Interesse sieht er als die Voraussetzung für die Koexistenz von Juden und Arabern in Israel an.

Die Initiative wurde in der arabischen Welt nicht von allen Seiten mit Begeisterung aufgenommen. Zwar betont Magli gegenüber dem *Ha'aretz*-Journalisten Aviv Lavie die Unterstützung des Vorsitzenden der arabischen Liga 'Amr Musa, dennoch wurde die Initiative in den meisten arabischen Medien verschwiegen. Nur zwei arabische Zeitungen berichteten über sie - mit Skepsis. So hob die in London erscheinende Zeitung *al-Quds* (Jerusalem) in ihrer Ausgabe vom 4.2.2003 hervor, dass die Initiatoren den Holocaust verstehen wollen, ohne die Israelis aufzurufen, das Leid der Palästinenser anzuerkennen. Außerdem verzerrt die Zeitung das Bild von Pater Emil Sufani, in dem sie ihn als "Freund" der israelischen Rechten bezeichnet. Ähnlich reagierte auch die liberale Zeitung *al-Oayat* (11.2.2003). Ihr Korrespondent As'ad Tiloami in Nazareth unterstellt den Initiatoren, sie wollten entweder eine Rolle in der Öffentlichkeit spielen oder sich der jüdischen Mehrheit in Israel anbieten. Interessant an der Kritik ist die Tatsache, dass beide Zeitungen das Ziel der Initiatoren, nämlich das Leid der Juden anzuerkennen, nicht in Frage stellen. Dies zeigt, dass weitere solche Initiativen in der arabischen Welt möglich sind.

Betrachtet man zusammenfassend die Antisemitismus- und Holocaust-Debatten arabischer Intellektueller, so zeichnen sich fünf Strömungen ab: Während die erste den Holocaust verschweigt, relativiert die zweite den Holocaust durch Gegenüberstellung mit der Nakba, dem "wahren Holocaust" an den Palästinensern; die dritte Strömung leugnet den Holocaust als "Erfindung des Zionismus", und die vierte nutzt ihn als Argument gegen die westliche Zivilisation, die auch den auf "Vernichtung" gerichteten Zionismus hervorgebracht habe. (vgl. *ak* 473)

Elitendiskurs und Alltagsverstand

Diese vier Diskurse sind Ergebnisse des arabisch-israelischen Konfliktes, ihre Konstruktion wurde in allen arabischen Gesellschaften gefördert. Dagegen ist die fünfte Strömung, der hier vorgestellte Diskurs der neuen Intellektuellen, ein Produkt der 1990er Jahre, jener Zeit der Hoffnung auf Frieden im Nahen Osten. Die Interventionen der neuen Intellektuellen zeigen, dass antisemitische Diskurse in der arabischen Welt dekonstruiert werden können. Der Geist der arabischen Intellektuellen ist bis heute appellativ und wird seine Bedeutung verlieren, wenn er nicht seinen Weg in das alltägliche Leben der Araber findet. Dabei kann Europa einen konstruktiven Beitrag leisten. Moralische und finanzielle Unterstützung der Ideen der neuen Intellektuellen in den arabischen Gesellschaften ist notwendiger denn je.

Schuld und Erinnerung Die Shoah, der Nahostkonflikt und die Linke.

Klaus Holz, Elfriede Müller und Enzo Traverso

[Aus: Jungle World: Nr. 47/2002 - 13. November 2002]

In der bundesrepublikanischen Linken ist der Nahostkonflikt nur vordergründig von Interesse. Der Hintergrund, der diesem Thema seine Brisanz verleiht, ist die nationalsozialistische Judenvernichtung. Die Erinnerung an die Shoah, und nicht die Analyse des Nahostkonflikts, prägt die Positionen. Das gilt für die antisemitischen KritikerInnen Israels ebenso wie für die philozionistischen VerteidigerInnen dieses Staates. Während jene rückwirkend das Verhältnis von Tätern und Opfern umkehren wollen, versuchen diese unbeholfen, sich diesem Bedürfnis entgegenzustellen.

Es ist falsch, den Kampf gegen den Antisemitismus mit einer blinden Solidarität mit Israel zu verwechseln. Dieser Irrglaube grassiert in der radikalen Linken. Sie glaubt, nach den Jahrzehnten der Ignoranz - oder schlimmer noch: des linksradikalen, antisemitischen Antizionismus - nun endlich ihre Lektion gelernt zu haben. Tatsächlich presst sie komplizierte Zusammenhänge in ein primitives Denkmodell. Die Schwierigkeit besteht darin, dass der Nahostkonflikt weder unabhängig von der Shoah noch allein aufgrund der Shoah beurteilt werden kann.

Hinzu kommt, wie wir im zweiten Teil unseres Beitrages erörtern, dass an die Shoah als einmaliges historisches Ereignis auf unterschiedliche Weise erinnert wird und diese Erinnerungen die gegenwärtigen politischen Konflikte prägen. Dieser Komplexität kann man nur mit einer differenzierten Position gerecht werden. In der Linken sind aber einfache Denkmodelle populär.

I. Die Sharon-Linke

Der Antisemitismus in Deutschland und Europa wird seit (nicht wegen) der zweiten Intifada offener artikuliert als zuvor. In Deutschland handelt es sich dabei nicht um eine neue Form des Antisemitismus, während der Antisemitismus, den die nach Europa emigrierten Muslime formulieren, einem neuem Typus der Judenfeindschaft Ausdruck verleiht. Während in Deutschland der klassische moderne Antisemitismus hauptsächlich innerhalb etablierter politischer Kreise formuliert wird, äußert er sich in Frankreich vor allem innerhalb der islamistischen Communities. In der deutschen und europäischen Bevölkerung unterscheidet sich der Antisemitismus, der zu Auschwitz führte, vom Antisemitismus nach 1945.

Nach dem Ende des Nationalsozialismus konzentrierte sich der Antisemitismus auf die Schuldabwehr, wie zum Beispiel bei Martin Walser und Jürgen Möllemann. Man wollte und will sich davon entlasten, zu einer Nation zu gehören, die Auschwitz verursachte, um sich ungezwungen als Deutscher identifizieren zu können. Die geläufigste Form der Schuldabwehr verkehrt die Verhältnisse, die Opfer von damals seien die Täter von heute. Ein besonders drastisches Beispiel für diese Umkehrung ist es, wenn die Juden bzw. Israelis mit den Nazis identifiziert werden, indem von einem Vernichtungskrieg Israels gegen die PalästinenserInnen gesprochen wird. Mit dieser Täter-Opfer-Umkehr wird einerseits die Schuld der deutschen Nation relativiert, weil »die« Juden ja angeblich heute das tun, was die Deutschen in der Vergangenheit getan haben. Und damit wird andererseits der Angriff auf die Juden heute legitimiert, eben weil man sie schlimmster Taten bezichtigt.

Diese Umkehr wird seit dem Ende des Nationalsozialismus in diversen Varianten gepflegt. Der Nahostkonflikt bietet nun der deutschen Bevölkerung den willkommenen Beleg, dass die Juden Täter sind. Daran beteiligen sich auch radikale Linke, was zum Beispiel die Antisemitismusdebatte im freien Radio in Hamburg (FSK) auslöste. Gemeinsam ist allen ProtagonistInnen, dass der reale politische Konflikt dabei nur eine Projektionsfläche bleibt.

Wir werden im Folgenden nicht näher auf die antisemitischen Reaktionen auf den Nahostkonflikt eingehen. Vielmehr interessieren uns in diesem Beitrag vor allem die Gründe, warum es so schwierig zu sein scheint, eine linke Position zu formulieren, in der das Bewusstsein über die nationalsozialistische Judenvernichtung mit einem kompromisslosen Anti-Antisemitismus und einer reflektierten Kritik des Nahostkonfliktes verbunden ist. Unsere Kritik richtet sich vor allem gegen die linken Positionen, die eine bedingungslose Solidarität mit Israel und generell der Judenheit einfordern. Denn auch sie benutzen den Nahostkonflikt nur als Projektionsfläche. Sie setzen der antisemitischen Täter-Opfer-Umkehr eine Verabsolutierung des Täter-Opfer-Modells entgegen.

Die Shoah ist seit 20 Jahren ein Bestandteil der offiziellen Erinnerungspolitik. Dieses Gedenken bestimmt den linksradikalen Blick auf den Nahostkonflikt. Während der siebziger und achtziger Jahre wurde bedingungslos Solidarität mit der palästinensischen Bewegung geübt, der Antizionismus kannte keine Grenzen und ging so weit, »die Zerstörung des Staates Israel« zu fordern. Die linksradikale Propaganda der Zeit war äußerst zweifelhaft und reproduzierte antisemitische Stereotype. Jean Améry, der sich für die PalästinenserInnen einsetzte, verurteilte 1969 das antijüdische Ressentiment, das sich hinter diesem Antizionismus der radikalen Linken verbarg.

Heute sind wir in einer völlig anderen Situation. Viele radikale Linke in Deutschland und in bedingtem Maße auch innerhalb Europas glauben, dass das Denken nach Auschwitz zur Folge habe, alle Ereignisse auf Auschwitz und dessen

Folgen zu reduzieren. Dieser Glaube bietet zwei große Vorteile. Erstens besitzt man damit einen Fixpunkt, von dem aus alles beurteilt werden kann. Zweitens ist klar, wer die Guten und wer die Bösen sind und folglich, mit wem man sich als Linke zu identifizieren hat.

Ein solches »Denken nach Auschwitz« ist eine vielleicht gut gemeinte, aber fatale Instrumentalisierung der Shoah. Es befriedigt das Bedürfnis nach umfassender Orientierung, nach Einfachheit und Identität. Auschwitz aber taugt nicht als simplifizierende Welterklärungsformel. Ganz im Gegenteil ist das Bewusstsein, dass die Shoah nicht nur möglich, sondern real war, ein Stachel, der ein kritisches und aufklärerisches Denken nicht zur Ruhe kommen lässt.

Aus Angst, Auschwitz zu relativieren, neigt diese Linke dazu, allen anderen Ereignissen, wie zum Beispiel dem Jugoslawienkrieg oder dem Genozid in Ruanda, eine größere Bedeutung abzusprechen. Das dort produzierte Leid ist ihnen kaum der Rede wert, als bestehe die Lehre, die aus der Judenvernichtung zu ziehen ist, darin, alle anderen Verbrechen zu verharmlosen. Vor allem aber wird alles, was in irgendeiner Weise mit Juden zu tun hat, positiv bewertet, während umgekehrt alles, was sich in irgendeiner Weise gegen Juden richtet, allein nach der Shoah beurteilt wird.

Dementsprechend wird zum Beispiel die zweite Intifada nicht mit den Verhältnissen im Nahen Osten erklärt, sondern mit dem »Antisemitismus« der PalästinenserInnen im Besonderen und der arabischen Welt im Allgemeinen. Einige in der Jungle World erschienene Artikel, das Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus und die an den antiarabischen Rassismus der Liste Pim Fortuyn erinnernden Polemiken diverser Antideutscher sind Ausdruck einer Sucht nach einfachen Erklärungen, die in eine Identifikation mit der Politik Sharons mündet.

So fand Mitte April dieses Jahres in Berlin eine Demonstration statt, zu der unter anderem das Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus aufgerufen hatte. Dabei implizierte bereits der Slogan »Solidarität mit Israel«, dass es den Veranstaltern nicht um die Unterdrückungsmaßnahmen des israelischen Staates ging und eine Solidarität mit den PalästinenserInnen ausgeschlossen wurde. Um das einfache, binäre Schema »gut / böse« nicht durcheinander zu bringen, wird Israel nur als Folge der Shoah begriffen, womit die Politik der gegenwärtigen israelischen Regierung der Kritik entzogen wird. Auf der anderen Seite konstruiert man sich die Palästinenser, die Araber und die Muslime, erklärt sie samt und sonders zu Antisemiten und ignoriert damit alle anderen Gründe des Nahostkonflikts.

Die Solidarität mit PalästinenserInnen gegen die Militärdiktatur in den von Israel besetzten Gebieten und mit dem Protest der Israelis palästinensischer Herkunft gegen ihre Diskriminierung sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit des linken Internationalismus darstellen. Diese Solidarität schließt selbstredend eine deutliche Kritik aller antisemitischen, völkisch-nationalistischen bzw. islamistischen Töne diverser palästinensischer Strömungen mit ein.

Vernünftigen Linken sollte es leicht fallen, zwischen Internationalismus und kritikloser Unterstützung des palästinensischen Befreiungsnationalismus zu unterscheiden und den Antisemitismus im Antizionismus zu erkennen und kenntlich zu machen. Doch die Anfang der neunziger Jahre noch möglichen komplexen Betrachtungsweisen waren anscheinend nur ein kurzes Aufflackern des kritischen Denkens, die wieder binären Positionen Platz gemacht haben. Nur die Fahnen haben gewechselt. »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns«, sagt eine israelische Regierung, die sich genauso mit Israel gleichsetzt, wie es die VertreterInnen der radikalen Linken in Deutschland tun. Diese Linke kennt keine Unterschiede mehr, nicht einmal zwischen der Regierung und den Regierten, zwischen Klassen, zwischen Frauen und Männern, zwischen EinwandererInnen aus den GUS-Staaten und sephardischen Juden.

Positionen für einen sofortigen Abzug aus den besetzten Gebieten und Frieden gibt es durchaus, wie es z. B. im vergangenen Sommer das Symposium »Palästina: Israel 2002. Das Ende der Zukunft?« in Hamburg zeigte. Doch die VertreterInnen von Positionen, die sich gegen ethnisch und/ oder religiös homogene Staaten richten, bekommen wenig Gehör in der linken Debatte. Für manche Linke sind solche Positionen zu kompliziert. Sie sind lieber kompromisslos - für Israel und gegen Palästina. Im nächsten Jahr vielleicht wieder umgekehrt. Hauptsache, man weiß, welche Flagge hochzuhalten ist.

II. Eine Sharon-Linke kann es nur außerhalb Israels geben

Die Zeitschrift konkret zum Beispiel unterstützte früher entschieden die PLO, und zwar zu einem Zeitpunkt, als die Fatah das Existenzrecht Israels noch nicht anerkannte. Heute ist sie in den Reihen der überzeugtesten Verteidiger der israelischen Politik zu finden. Zurecht wird diese Position als »Sharon-Linke« bezeichnet (Stefan Reinecke am 7. Mai 2002 in der taz). Der Kampf gegen den Antisemitismus wird mit der Solidarität mit einem rechten Abenteuerer in eins gesetzt.

Das über Jahrzehnte gepflegte binäre Denken in der Linken hat nicht unwesentlich zur ihrer theoretischen und praktischen Schwächung beigetragen und setzt sich bruchlos im Nahostkonflikt fort, nur dass man die Seiten gewechselt hat. Statt eines Antiimperialismus, der häufig einen antisemitischen Antizionismus einschloss, setzt man nun auf eine »Analyse« des Nahostkonflikts, die allein aus der Perspektive der deutschen Verantwortung für die Shoah entworfen wird. Solche undifferenzierten binären Positionierungen werfen all das über Bord, was aufgeklärtes Denken ausmacht.

Es entbehrt nicht einer gewissen Absurdität und einer latenten Allmachtsphantasie, dass gerade deutsche radikale Linke sich als SprecherInnen der Regierung Sharon in Deutschland sehen und sich damit völlig über die Kritiken und Einschätzungen israelischer Linker und Gruppen wie Bat Shalom oder Gush Shalom hinwegsetzen.

Die israelische Gesellschaft hat nach dem Scheitern der Verhandlungen von Camp David und Tabla einen beeindruckenden Rechtsruck vollzogen, der mit jedem neuen Selbstmordattentat noch verstärkt wird. Die Militarisierung der

israelischen Gesellschaft und die Zerschlagung der palästinensischen Zivilgesellschaft sind langfristige Ziele des Premierministers Ariel Sharon, die nach und nach zum Nachteil beider Gesellschaften erreicht werden. Während sich die israelische Linke völlig im Klaren darüber ist, dass eine militärische Lösung keinen Frieden bringt und die Selbstmordattentate vom harten Vorgehen der israelischen Armee eher angestachelt als beendet werden, weigert sich ein Teil der Linken hierzulande, diese Positionen zu unterstützen oder überhaupt zu verstehen.

Eine Linke, die ihren Namen verdient, müsste hingegen gemeinsam mit israelischen Linken die sofortige Beendigung der israelischen Okkupation, den Abbau der Siedlungen sowie Friedensverhandlungen unterstützen. Das würde eine kritische Solidarität mit den linken Bewegungen in Israel einschließen, die sich gegen die Besatzungspolitik engagieren, statt einer politisch irrelevanten Anbiederung an einen starken Staat.

Das Letzte, was Sharon braucht, sind deutsche Linke. Linke Solidarität sollte sich vor allem an die in der Gegenwart Unterdrückten richten, also an PalästinenserInnen. Die israelische Besatzung ist der Ausdruck eines Staatsterrorismus, die palästinensische Gewalt ist eine Reaktion darauf. Dieser Grundsatz darf aber nicht dazu verleiten, alle anderen Einflüsse auf den palästinensischen Widerstand zu ignorieren. Während in der ersten Intifada zum Beispiel Frauen eine bedeutende Rolle einnahmen, werden sie nun von patriarchalischen Kräften aus dem politischen Leben verbannt.

Der Antisemitismus in Deutschland wird zur alleinigen Beurteilungskategorie im Nahostkonflikt erhoben. Zwar ist es richtig, dass die Deutschen am meisten vom Antisemitismus verstehen, aber dass es gerade die Linken sein müssen, die keine Parteien und politischen Positionen, sondern nur noch ein homogenes Staatsgebilde zur Kenntnis nehmen, wenn es um Israel geht, bedeutet nichts anderes als die Preisgabe elementarer linker Überzeugungen. Die Verbohrtheit dieser Position geht so weit, dass die in diversen Nationalstaaten lebenden Jüdinnen und Juden gerade so, wie es Antisemiten üblicherweise tun, einfach Israel zugeordnet werden.

Völlig ignoriert werden dabei Positionen, wie sie zum Beispiel Hanno Loewy formulierte (Die Zeit, 17./18. April 2002): »So bin ich kein Israeli, sondern Jude und deutscher Staatsbürger.« Ebenso geht es vielen linken Juden in Frankreich, die sich keineswegs dem »weltweiten jüdischen Projekt« von Leuten wie Sharon zugehörig fühlen. In Januar des Jahres 2001 erschien in Le Monde ein Aufruf jüdischer Intellektueller, der sich sowohl gegen die antisemitischen Angriffe in Frankreich als auch gegen die israelische Politik gegenüber den PalästinenserInnen richtete.

Daniel Bensaid argumentierte in diesem Zusammenhang ähnlich wie Loewy: »Persönlich verstehe ich mich zuerst als laizistischen und internationalistischen AktivistIn und als Staatsbürger des Landes, in dem ich lebe und arbeite. Als Jude bezeichne ich mich nur unter zwei Umständen: Gegenüber Antisemiten, in der Erinnerung an die Leiden der Vergangenheit, und gegenüber Zionisten, die vorgeben, in meinem Namen zu sprechen. Natürlich gerät man dabei in Widersprüche. Doch diese Widersprüche sind ein Produkt der Geschichte. Der Massenmord der Nazis an den Juden war eine hundertprozentig europäische Tragödie, so wie die Dreyfus-Affäre eine hundertprozentig französische Angelegenheit war. (...) Zu zeigen, dass 'die Juden' und die israelischen Regierenden nicht dasselbe sind, ist ein Mittel des Kampfes gegen Antisemitismus.«

Teile der deutschen Linken dagegen kennen nur noch »die Juden« als eine homogene Gruppe, auf die man die eigenen Sehnsüchte nach Identität und Orientierung projiziert. Gegen Deutschland, gegen den Antisemitismus zu sein, bedeutet, so der Kurzschluss, die Juden nur als Opfer des Antisemitismus wahrzunehmen. Damit werden die PalästinenserInnen zum Sündenbock einer linksdeutschen Trauerarbeit, die nicht auf Reflexion, sondern auf Identifikation abzielt. Die Rechte der PalästinenserInnen werden für diese eigenwillige deutsche Vergangenheitsbewältigung geopfert.

In diesem verworrenen Rollenspiel sind die Juden nur noch eine metonymische Figur, in der die Ermordeten von gestern die Unterdrücker von heute überlagern. Dass beides wahr ist, ohne dass das eine das andere erklärt oder gar legitimiert, dass es gegenwärtig Opfer des Antisemitismus und von Juden zu verantwortendes Leid gibt, passt nicht ins Bild.

Früher gehasst, werden die Juden heute als idealtypische Verkörperung der Opfer, als Objekte von Liebe und Mitgefühl wahrgenommen, doch bleiben sie für die Deutschen eine Projektion, ein selbst geschaffenes Bild, ein Fetisch. Sie sind immer noch nicht das, was die Aufklärung postulierte, nämlich menschliche Wesen, die man ihren Handlungen gemäß beurteilen, anerkennen, kritisieren, lieben oder hassen kann, sondern die TrägerInnen einer früher verabscheuten Wesenheit, die heute bedingungslos verteidigt wird.

In diesem Zusammenhang beweist der Philozionismus eines Teils der deutschen radikalen Linken nicht deren Befreiung von einem alten Vorurteil, sondern ihre Unfähigkeit, sich davon zu lösen. Ihre Werteskala hat sich nur umgedreht. Deshalb entspricht das Bild, das sich Deutsche von Juden machen, gerade nicht den Selbstbildern von Juden. Die unterschiedlichen Selbst- und Fremdbilder, insbesondere die unterschiedlichen kollektiven Erinnerungen an die Shoah, sind aber für eine Beurteilung des Nahostkonflikts wesentlich.

Es ist interessant zu beobachten, dass einige der bekanntesten VertreterInnen der israelischen radikalen Linken eine entgegengesetzte Haltung einnehmen. Manche israelischen AktivistInnen weigern sich, als BürgerInnen eines repressiven Staates öffentlich die palästinensischen Selbstmordattentate zu denunzieren. Michael Warschawski sieht seine Rolle als Israeli im Kampf gegen die 50jährige Unterdrückung einer vertriebenen und rechtlosen Bevölkerung nicht darin, die PalästinenserInnen über Wege und Mittel ihres Kampfes zu belehren. Diese hierzulande schwer nachvollziehbare Position bedeutet keine Gleichgültigkeit gegenüber den völlig willkürlich gewählten Opfern der Attentate,

sondern ist Ausdruck des Bewusstseins, dass die palästinensische Gewalt ein Resultat des israelischen Staatsterrorismus darstellt.

Gleichwohl sollte dabei nicht vergessen werden, dass die Selbstmordattentate, die aus archaischen Vorstellungen und aus der Religion sich legitimieren wollen, nicht das Geringste mit einer aufgeklärten linken Politik zu tun haben. Sie sind zwar Akte der Verzweiflung, dennoch sind sie barbarisch. Zudem sind sie ein Teil der militärischen Strategie unter anderem der Hamas, die die Verzweiflung instrumentalisiert. Dass Verzweiflung zu religiösem Fanatismus führen kann, ist soziologisch zwar zu erklären, aus einer aufgeklärten Position aber zu verurteilen. Es ist auch falsch, alle PalästinenserInnen mit diesen Anschlägen zu identifizieren, genauso wie es falsch ist, alle Israelis mit ihrer Regierung gleichzusetzen.

III. Unterschiedliche Erinnerungen

Die Erinnerung an die Judenvernichtung während des Zweiten Weltkrieges formte das historische Bewusstsein Israels. Die brillante Analyse »Die siebte Million« von Tom Segev beschreibt dieses Phänomen. Einerseits wurde die Erinnerung an die Shoah ein Pfeiler der israelischen Identität, andererseits instrumentalisierte der Zionismus diese Erinnerung, um seine nationalistische Politik zu legitimieren.

Der israelische Historiker führte mehrere Beispiele an, um dieses Phänomen zu illustrieren. Angefangen in den fünfziger Jahren, als Ben Gurion den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser mit Adolf Hitler verglich, bis zum Libanonkrieg, als Menachem Begin erklärte, die Alternative zur israelischen Besatzung in Beirut sei ein neues Treblinka.

Dan Diner interpretierte dies als einen Ausdruck des israelischen Selbstverständnisses. Zur überlieferten Repräsentation der Yshuviste, der Erde der Pioniere und der »Gründerväter«, kam eine shoahzentrierte Repräsentation, die Israel als eine Antwort auf den Genozid der Nazis und eine »Wiedergutmachung« darstellte. Ab 1967 hätten die zionistischen Autoritäten Auschwitz als eine »Metapher für den Mangel an Sicherheit im Inneren Israels« gewählt. Die Grenzen des Landes wurden vor der Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens häufig als »Auschwitz-Linie« bezeichnet.

All das sollte nicht vergessen werden. Diese Überlegungen können uns helfen, die psychologischen Reflexe, die israelische Erinnerung und das Selbstverständnis besser zu verstehen. Allerdings können sie keine objektive Analyse der Tatsachen ersetzen. In Sabra und Shatila kam es zu Massakern, unabhängig von den Beweggründen und dem Selbstverständnis derer, die sie ausgeführt oder befohlen haben.

Die palästinensische Erinnerung ist völlig anders. Sie hat mit dem Erbe eines in Europa geplanten und ausgeführten Genozids nichts zu tun. In den Augen der PalästinenserInnen ist der Staat Israel nicht die Antwort auf ein grauenhaftes, an den Juden begangenes Verbrechen – ein Verbrechen für das sie nicht verantwortlich sind und an dem sie nicht teilgenommen haben. Sie begreifen Israel deshalb nicht als einen Zufluchtsort für die Verfolgten des europäischen Antisemitismus, für tausende Heimatlose und für Überlebende aus den Vernichtungslagern der Nazis, sondern als Ergebnis eines Kolonisierungsprozesses, der sie aus ihrer Heimat vertrieb und sie ihrer Rechte und einer Zukunft beraubte.

Das Bild, das man in Gaza von Juden hat, ist dem in Deutschland genau entgegengesetzt. Es gründet nicht auf der Erinnerung an einen Genozid, der im Namen Deutschlands verübt wurde, sondern auf der Realität einer Besatzungsarmee. Weit davon entfernt, eine befreiende Wirkung zu haben, traf die Gründung Israels mit der Naqba, der Katastrophe, zusammen. Israel war beides, ein Hafen für eine Masse von Parias, für Überlebende eines Genozids, und ein Staat, dessen Gründung direkt zum Krieg und zur Vertreibung führte. Genau darin besteht auch die Wandlung des Zionismus, dessen historische Legitimität als nationale jüdische Bewegung wir nicht bestreiten.

Anders verhält es sich mit seiner staatlichen Praxis. Die Anerkennung der Tatsache, dass der Krieg von 1948 die Vertreibung der PalästinenserInnen aus ihrer Heimat bedeutete, durch die »neuen israelischen HistorikerInnen« (Ilan Pappé, Benny Morris und andere), ist ein erster Schritt eines jüdischen Verständnisses der palästinensischen Erinnerung. Auf der anderen Seite bedeutet die Kritik zahlreicher arabischer Intellektueller an Roger Garaudys Leugnung von Auschwitz ebenfalls einen wichtigen Schritt der Integration der Shoah und ihrer Bedeutung für das israelische kollektive Bewusstsein in die palästinensische Geschichtsschreibung. Es geht dabei nicht um Details, sondern um entscheidende Tatsachen, auch wenn ihre Auswirkungen im Moment noch nicht deutlich werden. Ohne gegenseitiges Verständnis werden die beiden entgegengesetzten kollektiven Gedächtnisse nur blutige Feindschaft legitimieren.

Diese Spaltung der Erinnerungen lässt sich gut am Beispiel einiger aktueller Episoden in Frankreich deutlich machen. Sébastien Jolivet, ein Mitglied der LCR (Ligue Communiste Révolutionnaire), und Daniel Mermet, ein Redakteur des Radiosenders France Culture, wurden wegen Antisemitismus und »Aufhetzung zum Hass« angeklagt, weil sie Sharon als »Mörder« bezeichneten und die palästinensische Intifada unterstützen. Einige jüdische Intellektuelle reagierten sofort und formulierten einen Aufruf zur Unterstützung der beiden Angeklagten. Die antirassistischen Organisationen spalteten sich; die Licra (Ligue contre le racisme et l'antisémitisme) ist die Klägerin, die Ligue des Droits de l'Homme verteidigt die Angeklagten. Der israelische Regisseur Eyal Sivan, der als Zeuge der Verteidigung während des Prozesses gegen Jolivet aufgerufen war, erklärte, dass der Vergleich Sharons mit den Nazis bei israelischen PazifistInnen gebräuchlich sei, ohne dass dies jemals zu juristischen Schritten geführt hätte. Beide Angeklagten wurden schließlich

freigesprochen, doch bleibt ihr Missgeschick ein Ausdruck des Niedergangs einer politischen Debatte und interner Instrumentalisierungen des Nahostkonflikts.

Die komplizierte Situation bedeutet jedoch keineswegs, dass nicht Position ergriffen werden kann. Ein Brandanschlag auf eine Synagoge ist ein antisemitischer Akt, der zu verurteilen und zu sanktionieren ist. Aber es ist nützlich zu wissen, ob es Skins waren, Nostalgiker eines Vichy-Frankreich, islamische FundamentalistInnen oder Jugendliche maghrebischer Herkunft, die dadurch ihre Unterstützung der palästinensischen Intifada ausdrücken wollen.

Im Namen der Erinnerungsarbeit geschehen heutzutage viele Instrumentalisierungen. So zum Beispiel wenn der israelische Außenminister das durch einige antisemitische Anschläge erschütterte Frankreich mit dem Deutschland der Kristallnacht vergleicht, einer staatlich organisierten Pogromwelle. Die Erinnerung wird in diesem Fall demagogisch in den Dienst gegenwärtiger Interessen gestellt.

Die Erinnerung und die Unterschiede zwischen den Erinnerungen führen häufig zu zweifelhaften Vergleichen. Der portugiesische Schriftsteller José Saramago veröffentlichte nach einer Reise mit anderen SchriftstellerInnen ins Westjordanland einen von der internationalen Presse rezipierten Artikel, in dem er die Vernichtungslager mit der israelischen Besatzung verglich. Selbstverständlich ist das ein absurder Vergleich, denn der Staat Israel hatte niemals vor, die PalästinenserInnen auszurotten.

Die VertreterInnen eines »Groß-Israel« wollen eher die Ausweisung, um einen rein jüdischen Staat zu errichten. Der Vergleich mit einem Apartheidssystem ist weit zutreffender. Denn die Ausdehnung der militärischen Besatzung - die Aufteilung der Gebiete, die Ausbreitung der jüdischen Siedlungen, die Grenzen und die Umgehungswege, die Störung und die Erniedrigung der palästinensischen Bevölkerung - schafft eine Situation der Absonderung, die an die der schwarzen Bevölkerung in den Townships Südafrikas zu Zeiten der Apartheid erinnert.

Auch wenn der Vergleich Saramagos falsch ist, wirkt die Aufregung, die er erzeugte, suspekt. Man wird den Eindruck nicht los, dass Saramagos Artikel nicht nur dazu dient, die vielfache Banalisierung der Shoah zu denunzieren, sondern als Vorwand willkommen ist, um nicht mehr über die israelische Politik gegenüber den PalästinenserInnen sprechen zu müssen.

Die Erinnerung an Auschwitz wird somit zu einer Sichtblende, hinter der sich eine oft mit blutiger Gewalt ausgeübte Unterdrückungspolitik verbirgt. Der Banalisierung von Unterdrückung und Gewalt aber darf in einem Denken nach Auschwitz kein Platz eingeräumt werden. Man muss deshalb beides in seiner Unterschiedlichkeit in den Blick nehmen, ohne das eine zugunsten des anderen zu verharmlosen. Wenn Saramagos Worte Kritik verdienen, so verdient die Banalisierung der Geschehnisse in den besetzten Gebieten im Namen der Erinnerung an Auschwitz unsere Entrüstung.

Die Gründe für die beschriebenen politischen Haltungen sind vielfältig. Einer besteht darin, sich der gesellschaftlichen Konfrontation zwischen historischer Verantwortung und zeitgeschichtlicher Erfahrung zu verweigern. Stattdessen wird, so wie der gesellschaftliche Mainstream es tut, auch in der Linken dem Bedürfnis nachgegeben, endlich ein Opfer sein zu dürfen bzw. sich mit den historischen Opfern in eins zu setzen. Möllemann und seine Freunde wollen die Israelis und letztlich auch die Juden nur als Täter sehen, um die Deutschen von ihrer historischen Schuld zu entlasten.

Die Linken, die sich bedingungslos hinter den Staat Israel stellen, völlig gleichgültig, welche Politik dessen Regierung betreiben mag, glauben sich damit mit den Opfern der Geschichte, mit den in Auschwitz ermordeten Juden identifizieren zu können, und lassen das Bedürfnis erkennen, sich ebenfalls ihrer historischen Verantwortung zu entledigen. Stattdessen wähen sie sich auf der richtigen Seite und imaginieren sich ein kollektives Feindbild, einen weltumspannenden islamischen Faschismus, der kurz davor stehe, Israel zu vernichten.

Eine existenzielle militärische Bedrohung des Staates Israel steht aber im Moment gar nicht zur Debatte. Israelische Militärexperten streiten ab, dass Israel durch die erste und zweite Intifada militärisch in seiner Existenz bedroht sei. Kein Land der Arabischen Liga hat Interesse, einen Krieg mit Israel zu beginnen, den es militärisch nur verlieren könnte.

Eine bizarre Vernichtungsphantasie der deutschen FreundInnen Israels? Die größte Gefahr geht im Moment vom inneren Zerfall der israelischen Gesellschaft und der Zerstörung der Reste der Infrastruktur der palästinensischen Gesellschaft aus. Wenn die Besatzungspolitik des Westjordanlandes und des Gazastreifens sich über Jahrzehnte fortsetzt, wäre nicht nur die Existenz der palästinensischen Bevölkerung bedroht, sondern auch die Demokratie in Israel und die internationale Akzeptanz des Staates.

Der Antizionismus in der arabischen Welt und der vieler PalästinenserInnen wird mit dem traditionellen Antisemitismus der westlichen Welt, der die Shoah hervorbrachte, in eins gesetzt. Damit wird der eliminatorische Antisemitismus verharmlost und in seiner historischen Einmaligkeit relativiert. Wenn die PalästinenserInnen als die Antisemiten von heute verurteilt werden, liegt darin ebenfalls eine Schuldabwehr und eine Relativierung der Shoah.

So wenig wie Israel im Umgang mit den PalästinenserInnen Auschwitz wiederholt, so wenig taugen die drastischen Bilder der Judenvernichtung für die Beschreibung des palästinensischen Antizionismus. Beide Seiten bedienen sich dieser Bilder, um eine eindeutige und drastische Position zu formulieren, die die legitimen Interessen der Gegenseite ausblendet. Ob Benjamin Netanyahu Yassir Arafat mit Hitler gleichsetzt oder José Saramago die Vernichtungslager der Nazis in den besetzten Gebieten zu erkennen glaubt, beide Vergleiche dienen nur dazu, der politischen Abscheu vor dem Gegner eine nicht mehr steigerungsfähige Dimension zu verleihen und bezeugen nichts als die Hilflosigkeit vor

einer politischen Tragödie. Doch während Netanyahu mit diesem Vergleich seine Politik legitimiert, verleiht Saramago nur seinem Entsetzen über die israelische Besatzungspolitik mit einem falschen historischen Bild Ausdruck.

Hinter bedingungsloser Solidarität steht nichts anderes als die Flucht vor einer historischen Verantwortung und der Analyse einer komplexen politischen Situation, in der es sehr wohl Parteien, Ideen und Individuen gibt, die man verstehen kann und mit denen man sich solidarisch erklären sollte. Undifferenzierte, bedingungslose Solidarität wird notwendig falsch und ungerecht. Sie dient weit eher dem Bedürfnis einer Linken, die eine Identifikation mit den Opfern sucht, als einem linken Ein- und Widerspruch.

Eine Linke, die ihren Namen verdient, sollte sich gegen die brutale Besatzungspolitik der israelischen Regierung wenden und sich für die legitimen Rechte der PalästinenserInnen stark machen. Denn es liegt heute primär am israelischen Staat, die Gewalt im Nahen Osten zu beenden.

Projektion und Wahn

Das Dossier »Schuld und Erinnerung« demonstriert die Unmöglichkeit, binären Denkmustern zu entkommen.

Udo Wolter

Die AutorInnen des Dossiers »Schuld und Erinnerung. Die Shoah, der Nahostkonflikt und die Linke« sind angetreten, eine Kritik an einer linken Solidarität mit Israel zu leisten, die durch die bloße Umkehrung der zuvor auf die PalästinenserInnen gerichteten identifikatorischen Projektionen gekennzeichnet sei. Ihr zentraler Vorwurf lautet, dass dabei dieselben binären Denkmuster reproduziert würden.

Tatsächlich hat es sich in der linken Debatte um den Nahostkonflikt bislang als nahezu unmöglich erwiesen, die Ressentiments, die bei jeder neuen Eskalation des Konfliktes auftreten, zu vermeiden. Daraus folgt allerdings, dass sich die AutorInnen an ihrem eigenen Anspruch messen lassen müssen. Leider trifft ihre Aussage, dass »die Anfang der neunziger Jahre noch möglichen komplexeren Betrachtungsweisen anscheinend nur ein kurzes Aufflackern des kritischen Denkens waren, die wieder binären Positionen Platz gemacht haben«, auch auf ihren eigenen Essay zu.

Das zeigt sich bereits im Gestus des Textes. Sowohl antiimperialistischen Antizionisten als auch der von ihnen so genannten »Sharon-Linken«, die sich solidarisch mit Israel erklärt, werden »binäre Positionierungen« vorgeworfen. Da die Kritik sich vor allem gegen die proisraelische Fraktion richtet, muss sie als Gegnerin identifizierbar werden.

So werden »einige in der Jungle World erschienene Artikel, das Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus und die an den antiarabischen Rassismus der Liste Pim Fortuyn erinnernden Polemiken diverser Antideutscher« sowie die Zeitschrift konkret als die üblichen Verdächtigen angeführt, um eine »bedingungslose Solidarität mit Israel und generell der Judenheit« jener Linken zu kritisieren, die »den Nahostkonflikt nur als Projektionsfläche« benutzen.

Tatsächlich wird das Adjektiv »bedingungslos« nur von einer bestimmten Strömung um die Zeitschrift Bahamas als Bekenntnisticket benutzt. Auf Differenzierung wird in dem Beitrag schon hier verzichtet. Nur so ist es möglich, den Gegensatz zwischen den scheinbaren Projektionen einer »Sharon-Linken« und dem aufklärerischen Denken, wie es die AutorInnen für sich beanspruchen, zu konstruieren. Der unterstellte kritiklose Schulterchluss mit jeglicher israelischen Regierungspolitik gerät zu einer Nebelwand, hinter der alle berechtigten Fragen nach den Aporien bei der Begründung einer grundlegenden Notwendigkeit von linksradikaler Solidarität mit dem Staat Israel verschwinden.

Der bedenkenlose Gebrauch von Begriffen, die nur zum Abrufen von Reflexen und Ressentiments geeignet sind, setzt sich in den Thesen der AutorInnen zum Nahostkonflikt und der Shoah fort. Eine zentrale Aussage zur »linksdeutschen Trauerarbeit« offenbart die ganze fatale Tendenz ihres Beitrags: »Die Rechte und das Leiden der PalästinenserInnen werden für diese eigenwillige deutsche Vergangenheitsbewältigung geopfert. In diesem verworrenen Rollenspiel sind die Juden nur noch eine metonymische Figur, in der die Ermordeten von gestern die Unterdrücker von heute überlagern.«

Nicht nur, dass dadurch der von den AutorInnen doch explizit zum Gegenstand ihrer Kritik erklärte Täter-Opfer-Dualismus wieder restituiert wird, schlimmer noch: Man kann sich nur schwer dem Eindruck entziehen, dass sich hinter »die Ermordeten von gestern überlagern die Unterdrücker von heute« als »metonymische Figur« (also der Ersetzung eines Begriffes durch einen anderen für den gleichen Gegenstand) die alte antizionistische Formel von den zu Tätern gewordenen jüdischen Opfern verbirgt.

Dass mit dem Vorwurf des Antizionismus sehr vorsichtig umzugehen ist, zeigt das Vorgehen der Zeitschrift Bahamas, die ihn in denunziatorischer Weise gegen alle richtet, die nicht absolut ihre Position bestätigen. Ein Beispiel dafür liefert die Kampagne gegen den Autor Stefan Vogt, bei der ein gefälschtes Zitat (»Israel ist eine Katastrophe«) aus einem Artikel (vgl. Jungle World, 22/02) verwendet wird.

Dass der Vorwurf dennoch im Fall des in der vorigen Woche erschienenen Dossiers berechtigt ist, erweist sich an der Wiederkehr des antizionistischen Vokabulars für Israels Palästinenserpolitik (Staatsterrorismus, Apartheid, Militärdiktatur ...) ebenso wie am »Verschwinden« des palästinensischen Antisemitismus als eines nicht auf einen Opferstatus rückführbaren Faktums. Was die AutorInnen durch ihren ausschließlichen Blick auf die PalästinenserInnen als Opfer ausblenden, lässt sich auch an einem Vergleich mit dem türkisch-kurdischen Konflikt verdeutlichen.

Es ist noch nicht allzu lange her, dass die kurdische Nationalbewegung um die PKK wegen einiger völkisch-nationalistischer Aspekte ihrer Ideologie und damit zusammenhängenden antisemitischen Tendenzen von einem Teil der radikalen Linken in Deutschland kritisiert wurde. Und das zu einem Zeitpunkt, als der türkische Staat einen brutalen Krieg in Kurdistan führte und die Anhänger der PKK in Deutschland erheblichen Repressionen ausgesetzt waren.

Eine nicht unerhebliche Rolle spielte in dieser Kritik die Tatsache, dass die PKK dazu übergegangen war, Selbstmordaktionen zu propagieren. Meist waren dies Selbstverbrennungen, einige Selbstmordanschläge richteten sich ausschließlich gegen die türkischen Sicherheitskräfte, wie zum Beispiel im Fall einer jungen Kurdin, die sich in eine Militärparade stürzte und in die Luft sprengte.

Selbst zu einem Zeitpunkt, als die türkische Armee weit brutaler vorging als die israelische, als es täglich zu Opfern unter der Zivilbevölkerung kam, Hunderte von Dörfern zerstört und ganze Landstriche systematisch verwüstet wurden, Todesschwadronen kurdische Menschenrechtsaktivisten, Intellektuelle und Politiker ermordeten, kam kein Anhänger der PKK auf die Idee, sich in einem Istanbuler Café in die Luft zu sprengen, um dort möglichst viele Zivilisten zu töten. Das aber ist bei palästinensischen Selbstmordbomben die Regel.

Selbst die Tamil Tigers in Sri Lanka, die zumindest in der deutschen Linken in einem weitaus höheren Maße diskreditiert sind als die PKK, haben ihre zahlreichen Selbstmordanschläge vor allem gegen die staatlichen Sicherheitskräfte und nicht gegen die singhalesische Zivilbevölkerung verübt.

Dennoch stand für nationalismuskritische Linke auch im Fall der PKK außer Frage, dass mit der »patriotischen« Aufopferung für das nationale Kollektiv der emanzipatorische Gehalt einer Befreiungsbewegung hinfällig geworden war und dass dies keinesfalls mit dem Opferstatus der Unterdrückten »erklärt« werden konnte.

Dass die Leiden der kurdischen Bevölkerung durch solche Kritik nicht ignoriert wurden, war zumindest einer kritischen Linken jenseits der antiimperialistischen Freunde unterdrückter Völker durchaus vermittelbar. Um wie viel mehr muss das erst gelten, wenn sich der völkisch bzw. religiös inspirierte Todeskult als antisemitisch aufgeladene Mordtat gegen ein halluziniertes jüdisches »Feindkollektiv« richtet? Wenn also nicht einmal vor bekannten Treffpunkten linker und friedensbewegter Israelis in Tel Aviv oder, wie in der vergangenen Woche, einem linken Kibbuz, dessen BewohnerInnen für den Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967 und einen unabhängigen Palästinenserstaat eintreten, zurückgeschreckt wird?

Der israelisch-palästinensische Konflikt darf zwar sicher nicht auf den Antisemitismus und die Shoah reduziert werden, er kann aber auch nicht einmal ansatzweise ohne beide gedacht werden. So findet die Vergleichbarkeit der beiden Konflikte natürlich ihre Grenze im Antisemitismus und der Shoah als einer Ursache der Gründung Israels im Gegensatz zur Gründungsgeschichte der türkischen Republik.

Bezeichnend ist jedoch die unterschiedliche öffentliche Reaktion auf das staatliche Vorgehen in den beiden Fällen. Die Türkei ist, wie viele ähnlich autoritär strukturierte Staaten, trotz der jahrzehntelangen blutigen Unterdrückung der Kurden und permanenter Menschenrechtsverletzungen noch nie von internationalen Institutionen und der »zivilgesellschaftlichen« Öffentlichkeit derart verurteilt und als Staat delegitimiert worden wie Israel. Niemals hat sich ein dem Antizionismus vergleichbarer »Antikemalismus« als eigenständiges Ideologem herausgebildet, der die Türkei mit derselben schlafwandlerischen Sicherheit ins Zentrum aller Weltkonflikte stellen würde, wie es mit Israel allein in der letzten Zeit, von Durban über den 11. September bis zu den GlobalisierungskritikerInnen, geschehen ist.

Es bleibt unverständlich, dass diese Rolle Israels als »Jude unter den Staaten« in einem Text völlig ausgeblendet wird, dessen Mitautor Klaus Holz in seinen Arbeiten zum Antisemitismus betont, dass die »Deutung des 'Zionistenstaates' durch die semantische Form des nationalen Antisemitismus strukturiert (wird), die den 'Juden' unweigerlich als Gegenprinzip zur Norm 'ein Volk, ein Staat, eine Nation' darstellt. Das gilt vor und nach der Gründung des Staates Israel.« (Die Figur des Dritten in der nationalen Ordnung der Welt, in: jour fixe initiative berlin (Hg.): Wie wird man fremd?, S. 42)

In ihrem Bemühen, eine ahistorische und ihrerseits auf eine »Schuldabwehr und eine Relativierung der Shoah« hinauslaufende Gleichsetzung des Antisemitismus von PalästinenserInnen und in der arabischen Welt mit dem eliminatorischen Antisemitismus der Deutschen zu kritisieren, verstellen sich die AutorInnen zudem den Blick auf wesentliche Berührungspunkte zwischen beiden.

Nicht nur, dass in den entsprechenden Passagen des Textes statt von Antisemitismus verharmlosend vom »Antizionismus in der arabischen Welt und vieler PalästinenserInnen« gesprochen wird, als gäbe es nicht zahlreiche dokumentierte Belege für die Popularität von antisemitischen Stereotypen und Verschwörungstheorien in der arabischen Welt. Ausgeblendet wird auch die Vernichtungsdrohung gegen Israel, die im Islamismus bzw. im palästinensisch-arabischen Antizionismus als »semantische Form des nationalen Antisemitismus« enthalten ist, sich aber vielleicht über die »Semantik« allein nicht erschließen lässt.

Gemeint ist die dem modernen Antisemitismus in seiner Ausprägung als völkischem Antikapitalismus eigene Heilserwartung, dass sich mit dem Verschwinden der Juden die »Kälte« der abstrakten kapitalistischen Vergesellschaftung auflösen und das Glück in der völkischen Gemeinschaft verwirklichen würde. In einem ähnlichen Sinne ist in der Jihad-Ideologie des Islamismus die »Wiederherstellung der Islamischen Gemeinschaft« an das Verschwinden Israels geknüpft.

Natürlich dürfen solche Berührungspunkte nicht überinterpretiert werden und zu einer falschen Gleichsetzungen der Palästinenser mit den Nationalsozialisten führen. Sie sollten aber auch nicht einfach ignoriert werden.

Wie sehr sich die AutorInnen über solche Differenzierungen hinwegsetzen, zeigt sich schließlich in der unterschiedlichen Bewertung unangemessener NS-Vergleiche, je nachdem, ob sie von proisraelischer oder propalästinensischer Seite kommen. So erwähnen sie die unglaubliche Entgleisung des Schriftstellers José Saramago, nach dessen Ansicht über Ramallah der »Geist von Auschwitz« schwebt. Natürlich wollen die AutorInnen mit einem solchen Vergleich nichts zu tun haben, führen aber ausgerechnet über dessen Zurückweisung den Begriff der »Apartheid« ein. Schließlich schreiben sie: »Wenn Saramagos Worte Kritik verdienen, so verdient die Banalisierung der Geschehnisse in den besetzten

Gebieten im Namen der Erinnerung an Auschwitz unsere Entrüstung.« Saramago verdient also Kritik, eine im allgemeinen auf rational verhandelbaren Urteilen über »falsch« und »richtig« beruhende Form der Auseinandersetzung.

Die »Banalisation der Geschehnisse in den besetzten Gebieten im Namen der Erinnerung an Auschwitz« - was immer damit genau gemeint ist - jedoch »verdient unsere Entrüstung«, fügt dem kritischen Urteil also genau jenen moralisch-emotionalen Überschuss hinzu, der für gewöhnlich das Ende des Verhandlbaren signalisiert. Zuletzt billigen sie Saramago auch noch prinzipiell ehrenwerte Motive zu, schließlich »verleiht Saramago nur seinem Entsetzen über die israelische Besatzungspolitik mit einem falschen historischen Bild Ausdruck«.

Das ergibt einen moralisch binären Bewertungsmaßstab für NS-Vergleiche, der natürlich zu Ungunsten Israels ausfällt, anstatt Saramagos Entgleisung dem einzig möglichen Urteil der Kritik auszusetzen, dass sie genau jenen Punkt eines Totalausfalls jeglicher Reflexion ausmacht, den Max Horkheimer und Theodor W. Adorno treffend als »pathische Projektion« bezeichnet haben.

So bestätigt sich auch hier der Eindruck, dass die als »Selbstverständlichkeit des linken Internationalismus« deklarierte »Solidarität mit den PalästinenserInnen« gegen die israelische Politik zu einem Rückfall auf alte linke Deutungsmuster gerät. Das ist umso ärgerlicher, als das Anliegen, eine aus der Erinnerung an Auschwitz gewonnene antideutsche Identitätspolitik zu kritisieren, unbedingt zu teilen ist. Denn diese Identitätspolitik arbeitet mit zu Tickets geronnenen Formeln wie dem Begriff der »bedingungslosen Solidarität«, um mit der fast schon systematisch betriebenen Verwischung der Grenze zwischen Kritik und persönlicher Diffamierung politische Hegemonie im antideutschen Spektrum durchzusetzen.

Dass die AutorInnen beim Versuch, den schlechten linksdeutschen Traditionen eine differenziertere Haltung entgegenzustellen, selbst wieder in binäre Täter-Opfer-Muster verfallen, kann daher kein Anlass zu auftrumpfender Selbstvergewisserung sein. Die Schwierigkeit, dem Teufelskreis binärer Wahrnehmungsmuster zu entkommen, kann nur überwunden werden, indem die Aporien einer aus dem Fortwirken und der ständigen Erneuerung des modernen Antisemitismus unter kapitalistischen Verhältnissen begründeten Solidarität mit Israel angesprochen und ausgetragen werden, ohne das kritische Denken durch den Rückzug auf vermeintlich aufklärerische Gewissheiten zu beschwichtigen.

Aufruf von 55 palästinensischen Intellektuellen gegen die Selbstmordattentate

*In der palästinensischen Tageszeitung al-Quds erschien am
19. Juni 2002 folgender ganzseitiger Artikel:*

„Aufruf - Ausgehend von unserem Gefühl nationaler Verantwortung und angesichts der Gefahren, die von der Situation, in der sich das palästinensische Volk befindet, ausgehen, wünschen wir, die Unterzeichner, dass jene, die hinter den militärischen Operationen gegen Zivilisten in Israel stehen, kritisch ihre Bilanzen begutachten und damit aufhören, unsere Jugend zu diesen Operationen anzutreiben. Wir wünschen dies, weil wir als einziges Ergebnis dieser Anschläge die Verfestigung der Abneigung, der Wut und des Hasses und die Vertiefung der Kluft zwischen den beiden Völkern sehen. Sie zerstören die Möglichkeit, dass beide Völker Seite an Seite in zwei benachbarten Staaten in Frieden leben.

Wir sehen nicht, dass diese Operationen Fortschritte bei der Realisierung unseres Projektes, das zur Freiheit und Unabhängigkeit aufruft, verwirklichen. Vielmehr stärken sie auf der anderen Seite die Reihen unter den Feinden des Friedens und bieten der aggressiven Regierung, der Scharon vorsitzt, eine Rechtfertigung, um mit seinem unbarmherzigen und brutalen Krieg fortzufahren – einem Krieg, der auf die Söhne unseres Volkes abzielt, unsere Dörfer und Städte, unsere Alten und unsere Kinder, unsere Errungenschaften und Hoffnungen und unser nationales Projekt.

Die militärischen Operationen sind nicht unabhängig von dem, was sie für die politischen Ziele erreichen, als positiv oder negativ zu beurteilen.

Dafür, diese Operationen kritisch zu betrachten, spricht auch das Wissen, dass das Drängen zu einem existentiellen Konflikt zwischen den beiden Völkern im Heiligen Land nichts als Zerstörung und Verderben für alle Söhne dieser Region bringen würde.

Für dieses Resultat sehen wir keinerlei logische, menschliche oder politische Entschuldigung.“

Unterzeichner

Dr. Sari Nuseiba, Dr. Hanan Ashrawi, Saleh Ra'fat, Salah Zuheika, Mamdouh Nofal, Hanna Sineora, Dr. Mohammad Ishtiya, Ibrahim Kandalaf, Dr. Eyad El-Sarraj, Dr. Moussa El-Budeiri, Huda El-Imam, Dr. Marwan Abu El-Zuluf, Saman Khoury, Dr. Said Zidani, Dr. Omayya Khamash, Dr. Jad Is'haq, Dr. Manuel Hassasian, Salah Abdel Shafi, Shaher Sa'ad, Dr. Mohammad Dajani, Imad Awad, Fadel Tahboub, Majed Kaswani, Taysir El-Zibri, Dr. Ahmad Majdalani, Dr. Taleb Awad, Khader Sh'kirat, Zahi Khouri, Majed Abu Qubo', Ehab Boulous, Dr. Isam Nassar, Dr. Salim Tamari, Dr. Suad El-Ameri, Dr. Adam Abu Sh'rar, Dr. Riema Hamami, Subhi El-Z'beidi, Dr. Munther El-Dajani, Osama Daher, Simone Cupa, Jeana Abu El-Zuluf, Yousef Daher, Jamal Zaqout, Dr. Saleh Abdel Jawwad, Dr. Nathmi El-Ju'ba, Dr. Jamil Hilal, Dr. Arafat El-Hadmi, Dr. Leila Faydi, Dr. Zakaria El-Qaq, Amna Badran, Dr. Ali Q'leibo, Marwan Tarazi, Dr. Raja'l El-Dajani, Issa Q'seisiya, Hani El-Masri, Dr. Jumana Odeh, Lucy Nuseiba, Abdel Qader El-Husseini, Zahra El-Khaldi

ISRAEL und PALÄSTINA – Zeichen paradoxer Hoffnung

medico international

Ein Aufruf zur Hilfe und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen für Zusammenarbeit und demokratische Partizipation. (siehe auch http://www.medico.de/aktuell/pali/pali_009.htm)

Gemeinsam mit medico international rufen Wissenschaftlerinnen, Künstler und Intellektuelle zur Einrichtung eines Fonds auf, der zivilgesellschaftliche Initiativen in Israel und Palästina unterstützt. Gefördert werden Projekte, die sich in ihrer alltäglichen Arbeit der zunehmenden Verfeindung zwischen Israelis und Palästinensern entgegensetzen und so für die demokratische Ausgestaltung ihrer Gesellschaften streiten.

Es gehört zur Tragik des israelisch-palästinensischen Konfliktes, dass mögliche politische Lösungen von den Konfliktparteien als Bedrohung ihrer jeweiligen Existenz betrachtet werden. Die fatale Dynamik, die daraus resultiert, wird solange anhalten, wie Israelis und Palästinenser nicht in einen Prozess der Versöhnung eintreten, der von den zivilen Gesellschaften getragen wird. Versöhnung ist nicht nur das Ergebnis politischer Friedenslösungen, sondern auch deren Voraussetzung. Im Nahen Osten wird heute deutlich, was auch für andere Konflikte der Welt gilt: gesicherte Existenz liegt nicht in der Abgrenzung, dem Separieren von Staaten und dem Aufbau von Feindbildern, sondern nur im gleichberechtigten Neben- und Miteinander. Auf Dauer würde Palästina die Abkopplung von dem hohen israelischen Entwicklungsstand ebenso wenig Vorteil und Zukunft bringen wie Israel das Festhalten an Vorherrschaft und dem Dogma, dass eigene Sicherheit nur durch Überlegenheit gewährleistet ist.

Die aktuelle Politik der Kriegsparteien ist bei aller militärischer Ungleichheit letztlich von derselben Logik dominiert. Sie zielt auf die Unsicherheit und Demütigung der jeweiligen Gegenseite und hat die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten zu Geiseln des Konflikts werden lassen. Selbstmordattentate und Übergriffe gegen Flüchtlingslager erzwingen nationale Identifikationen und fördern den gegenseitigen Hass. Solche Identitäten aber sind nicht von Dauer und schaffen keine Sicherheit. Es mag als hoffnungsloses Unterfangen erscheinen. Trotzdem. Wir rufen auf zu direkter und unmittelbarer Hilfe. Denn es gibt Israelis und Palästinenser, die sich der weiteren Polarisierung ihrer Gesellschaften entgegenstellen; denn es gibt Juden und Araber, die in ihren Handlungen tagtäglich die Grundsätze der Unteilbarkeit der Menschenrechte und die Werte der Aufklärung in gegenseitiger Hilfe füreinander und miteinander praktizieren.

Die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland stehen in einer historischen Verantwortung gegenüber dem Staat Israel. Der Holocaust als singuläres Verbrechen und Zivilisationsbruch markiert das Scheitern der europäischen Moderne und bleibt Teil der Gründungsgeschichte Israels. Ein verantwortlicher Umgang mit den Ereignissen im Nahen Osten kann nicht geprägt sein von Bekenntniszwang und Identitätssuche derer, die sich die Tragödie aus sicherer Entfernung anschauen. Es gibt in diesem Konflikt keinen sicheren Grund, von dem aus man einfache Lösungen vorschlagen könnte. Das unbestreitbare Existenzrecht Israels aber legitimiert nicht die Menschenrechtsverletzungen gegen die Palästinenserinnen und Palästinenser, die Zerstörung ihrer zivilen Infrastruktur und die de facto Besetzung der Autonomiegebiete. Genauso wenig entschuldigen die Unterdrückung und Ohnmacht der palästinensischen Gesellschaft die unheilvollen Selbstmordattentate gegen die israelische Zivilbevölkerung. Auch in bewaffneten Konflikten muss das humanitäre Völkerrecht gelten und ist nicht jedes Mittel erlaubt. Auch darf der Menschenrechtsdiskurs nicht durch politische Opportunitätsabwägungen, von welcher Seite auch immer, missbraucht werden.

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, erklären unsere Unterstützung für zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte, die der zunehmenden Verfeindung zwischen Israelis und Palästinensern eine bewusste Zusammenarbeit entgegenzusetzen. Wir rufen zur Bildung eines zivilen Fonds auf, der Initiativen fördert, die auf Zusammenarbeit setzen und dabei in ihrer alltäglichen Arbeit für die demokratische Ausgestaltung ihrer Gesellschaften streiten. Exemplarisch stehen dafür die gemeinsamen Projekte der israelischen Physicians for Human Rights mit der Union of Palestinian Medical Relief Committees. Beide betreiben seit mehr als 10 Jahren gemeinsam eine mobile Klinik auf der Westbank. Für die israelischen Ärztinnen und Ärzte haben alle Bewohner Israels und Palästinas ohne Ansehen ihrer Herkunft und Religion Anspruch auf eine medizinische Grundversorgung. Die Union of Palestinian Medical Relief Committees ist in der medizinischen Versorgung der aktuellen Kriegesopfer engagiert. Ihr Leiter Dr. Mustafa Barghouti fordert zusammen mit anderen palästinensischen Intellektuellen das Ende der israelischen Besetzung und die Demokratisierung der palästinensischen Gesellschaft.

Die Zusammenarbeit beider Organisationen versucht nicht nur eine Notversorgung der unter den Gewalthandlungen leidenden Menschen zu gewährleisten, sondern ist ein manifester Beweis dafür, dass auch jetzt noch gleichberechtigte und freie Beziehungen zwischen Arabern und Juden möglich sind, die in der scheinbaren Hoffnungslosigkeit von unten »Inseln der Vernunft« schaffen.

Unterzeichnen Sie diesen Aufruf mit ihrer Spende für den zivilen Hilfsfond für Israel und Palästina. Das Stichwort dafür lautet: "Israel – Palästina"

Erstunterzeichner/innen (Stand 30.5. 02): Micha Brumlik, Daniel Cohn-Bendit, Jean-Luc Nancy, Axel Honneth, Jochi Weil-Goldstein, Richard Bernstein, Hans Koschnick

Israel – Palästina 2002: Das Ende der Zukunft?

Infos zur Ausstellung (Initiatorinnen: Najwa Abdulhaq und Anat Frumkin)

So lautet der Titel eines Projektes, das Anfang Juni in Hamburg der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Es besteht aus zwei Ausstellungen und einem begleitenden Symposium, das anlässlich der Ausstellungseröffnungen am 1. und 2. Juni in den Räumen des Museums für Völkerkunde stattfinden wird. Dort wird auch eine der beiden Ausstellungen zu sehen sein, eine Sammlung von Fotos aus dem Kontext der gegenwärtigen Konfrontation zwischen Israelis und Palästinensern, zusammengestellt von Anat Frumkin, einer in Hamburg lebenden Israelin.

Nachdem ein dauerhafter Frieden in Camp David so greifbar schien, hat seit September 2000 ein neuer Kreislauf der Gewalt Palästinenser und Israelis in einen neuen Krieg gestürzt. Eine politische Beilegung des Konflikts scheint gegenwärtig jenseits jeglicher Vorstellung. Die zahllosen zivilen Opfer auf beiden Seiten, das immense gegenseitige Misstrauen, Schmerz, Angst und Hass werden noch für lange Zeit ein schweres Erbe für beide Gesellschaften sein.

Tagtäglich sind wir mit Bildern dieser Gewalteskalationen konfrontiert. Fotos und Fensehbilder, die ein Gefühl des Unfasslichen erzeugen, uns zugleich rat- und sprachlos machen. Eine gerechte und kritische Perspektive auf den Nahost-Konflikt erleichtern sie nicht. Die Fotoausstellung versammelt Bilder israelischer und palästinensischer Fotografen. Sie ist jedoch keine Dokumentation des gegenwärtigen Kriegs. Vielmehr zeigen die Fotos alltägliche Begebenheiten und reflektieren die Folgen der Gewalt in beiden Gesellschaften. Die Bilder verweisen auf die Hintergründe des Konflikts und bezeugen, wie Israelis und Palästinenser jede Chance für eine zukünftige Koexistenz zu zerstören drohen. In ihrer Auswahl liegt zugleich der Versuch, Mehrdeutigkeit aufscheinen zu lassen und der Komplexität des Themas gerecht zu werden. Begleitet werden die Fotos von einer Chronologie der Ereignisse und einem Glossar. Im interaktiven Teil der Ausstellung werden zudem verschiedene Aspekte in Foto-Booklets vertieft.

Daneben wird in den Räumen der Neuen Gesellschaft, einer Hamburger Vereinigung für politische Bildung, eine Posterausstellung mit dem Titel „Sharing Jerusalem. Two Capitals for Two States“ zu sehen sein, die 1997 im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des Jerusalem Link entstand. Der Jerusalem Link ist ein Netzwerk israelischer und palästinensischer Frauenorganisationen und existiert seit 1994. Der Jerusalem Link koordiniert die Aktivitäten zweier unabhängiger Frauenzentren: Bat Shalom -- das Jerusalem Women's Center in West-Jerusalem sowie Markaz al-Quds la-l-Nisa' -- das Jerusalem Center for Women in Ost-Jerusalem. Der Jerusalem Link wurde in der Überzeugung gegründet, daß unabhängige, gleichberechtigte und interagierende Institutionen geeignet sind, die Vision eines gerechten und dauerhaften Friedens zwischen Israelis und Palästinensern zu verkörpern, indem sie den Prinzipien des Respektes für nationale und Menschenrechte, Gegenseitigkeit, Gleichberechtigung und Koexistenz eine konkrete Gestalt verleihen. Anlässlich des 30-jährigen Bestehens der israelischen Besatzung organisierte der Jerusalem Link im Jahr 1997 unter dem Titel "Sharing Jerusalem -- Two Capitals for Two States" eine einwöchige Veranstaltungsreihe. Anlässlich des nunmehr 35-jährigen Bestehens der israelischen Besatzung wird diese Sammlung von Postern in der Neuen Gesellschaft in Hamburg erneut ausgestellt. Die aus einem internationalen Wettbewerb hervorgegangenen Poster werden dabei auch käuflich zu erwerben sein, der Gewinn kommt dem Jerusalem Link zugute.

In einem einleitenden Symposium werden die beiden Ausstellungen kontextualisiert. Zunächst sollen die zentralen Fragen des israelisch-palästinensischen Konflikts thematisiert werden. Es wird auch die Frage zu diskutieren sein, ob und wie von Deutschland aus zu einer etwaigen Konfliktlösung in Israel/Palästina beigetragen werden kann. Von Deutschland aus, einem Land, in dem Antisemitismus noch immer ein signifikanter Faktor im öffentlichen Leben ist, fällt eine gerechte und kritische Perspektive auf den Nahost-Konflikt nach wie vor schwer. Daraus ergibt sich, dass dieser Konflikt in Deutschland nicht diskutiert werden kann, ohne die historische Verantwortung, die aus der Vernichtung der Juden im Nationalsozialismus erfolgt, in die Diskussion einzubeziehen.

Dieses Projekt will, kurz gesagt, etwas leisten, über dessen Durchführbarkeit Micha Brumlik in der taz vom 29. April orakelt hat: "Alle Menschen haben das Recht, wenn nicht gar die leise Pflicht, gegen Menschenrechtsverletzungen mindestens die Stimme zu erheben – egal wo sie geschehen. Derlei Protest mit bewusster Verantwortung für das singuläre Verbrechen des Holocaust zu vermitteln, bleibt die wahrscheinlich unlösbare Aufgabe einer spezifisch deutschen Menschenrechtskultur". Wir werden sehen.

Veranstalter:

- Die Neue Gesellschaft – Vereinigung für politische Bildung e.V.
- Museum für Völkerkunde Hamburg Evangelische Akademie Nordelbien
- Katholische Akademie Hamburg
- Arbeitskreis Gender der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient (DAVO),
- Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten (DIAK)

Unterstützer:

- Prof. Dr. Udo Steinbach, Deutsches Orient-Institut
- Jerusalem Link
- Umdenken e.V.
- Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e. V.
- Arbeitskreis Nahost Berlin
- HaGalil onLine / hagalil.com
- Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten (INAMO)
- und weitere Einzelpersonen in Hamburg und im Nahen Osten